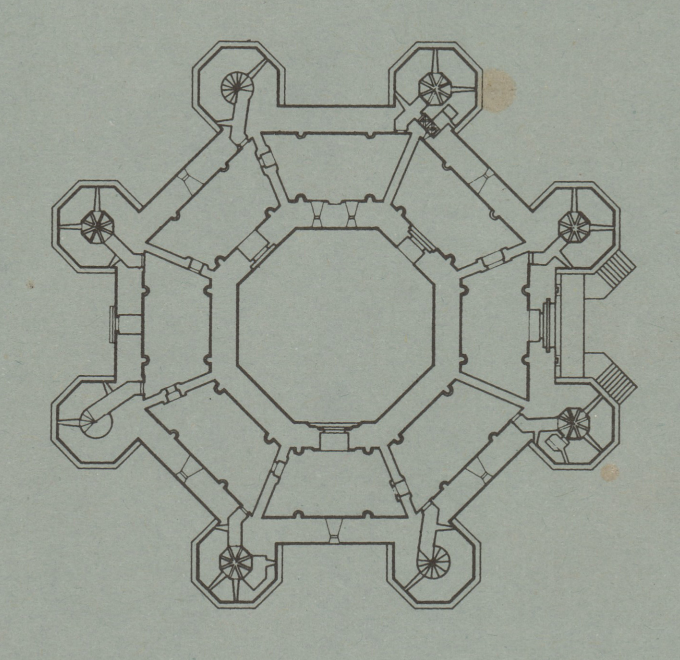
11. Jahrgang

B 10579 E
ISSN 0938-7951



2/2000

Reichskonturen - Totalitärer Liberalismus - Vernichtungskrieg - Die falschen Toten - Wenn die Hölle zum Himmel steigt - Wenn Feiglinge mutig werden - Wenn Mahnmale Urteile präjudizieren - Wiedergutmachung und Entschädigungsbusiness

STAATSBRIEFE

STAATSBRIEFE – Herausgeber: Dr. Hans-Dietrich Sander, Postf. 140628, 80456 München – Tel.: 089/297350, Fax: 089/21869472 – Erscheinungsweise: monatl. – Abonnement für ein Kalenderjahr: 150 Mark (für Schüler, Studenten, Lehrlinge, Soldaten 75 Mark) – Einzelpreis: 20 Mark – Kündigung: bis 31. 10. des lauf. Jahres – Geschäftskonto: Dr. Hans-Dietrich Sander w. Staatsbriefe, 73946, Raiffeisenbank Grafenau, BLZ 74164149 – Spendenkonto: Dr. Hans-Dietrich Sander, 18902015, Bankhaus Maffei & Co. München, BLZ 70030800; Druck Morsak oHG, 94481 Grafenau
INTERNET: http://www.staatsbriefe.de

HANS-DIETRICH SANDER / REICHSKONTUREN

Am Ende des 20. Jahrhunderts erscheint besiegelt, was am Ende des 19. Jahrhunderts das britische Empire hochmütig forderte: Germaniam esse delendam. Das Deutsche Reich ist letzten Säkulum durch zwei Weltkriege gründlich zum Boden geworfen worden. Ohne Kraft und ohne Willen, sich nach 1945 wieder zu erheben, wurde es zerteilt, besetzt und einer Fremdbestimmung unterzogen, die unser Volk bis ins Mark entkernt hat. Was es nach 1918 noch leistete, war nicht einmal mehr nostalgischer Wunsch. Auch wo Trotz sich noch regte, versteifte er sich rückwärts gewandt. Die Männer und Frauen, die ihre Nischen in Festungen verwandelten, waren immer nur eine Handvoll. Der Wohlstand und die Zwietracht, die, zugelassen und geschürt, die Lage befestigten, begrenzten ihre Ausfälle.

Als der östliche Pfeiler der Zerstückelung Deutschlands, der Sowjetblock, zerbrach, verfielen Briten und Franzosen in panikartige Reaktionen. Die USA, die Großbritannien samt seiner säkularen Zielsetzung übernommen hatte, förderten mit der Gelassenheit der nunmehr einzigen Weltmacht die Vereinigung, um in diesem unerwünschten Verbund das esse delendam generalstabsmäßig zu Ende zu führen – so wie es die *Staatsbriefe* in ihrem ersten Jahrzehnt chronologisch und analytisch auflisteten.

Es waren jedoch nicht nur Feigheit und Knechtsseligkeit, die deutsche Führungsschichten veranlaßte, das Zerstörungswerk am eigenen Volk und Land mitzuvollziehen. Seitdem vom November 1999 die Spendenaffären, die treffender Bestechungsskandale hießen, täglich eskalieren, bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß dieses Establishment an unserer Auslöschung verdient hat. Washington hatte von London auch die Methoden des Empire übernommen, die einverleibten oder angegliederten Länder mittels Korrumpierung ihrer Eliten zu beherrschen.

Diese Machtausübung ist bequem, kann aber unter gewissen Prämissen und ungewissen Prozessen das Gegenteil hervorkehren. Das weiß Washington auch und weiß ebenfalls entsprechend zu handeln. Das Weiße Haus reagierte prompt, als im deutschen Bundestagswahlkampf der SPD 1998 unerwünschte Antriebe hervortraten. Es reagierte vielleicht um so schärfer, als die *Staatsbriefe* die Bewegungen und Gegenbewegungen, in ihren Voraussetzungen und Konsequenzen genau beschrieben. Ich riskierte die Offenlegung, welche die Amerikaner besser aufklären konnte, als sie sich selbst zu unterrichten vermochten. Ich hielt den Gewinn für wichtiger, den ich darin sah, daß mit der Zerschlagung der Ansätze die verdeckten Mechanismen zu Tage treten müßten, von denen die eingelullten Deutschen nichts ahnten.

Die Auslöschungspolitik wäre nicht fortzuführen gewesen, wenn der gewählte Kanzler Gerhard Schröder, wozu ich ihn im Januar 1999 aufforderte, den Mut gehabt hätte, in Berlin die Bonner Karten auf den Tisch zu legen. Er hätte gehen müssen, aber nach ihm hätte kein Kanzler auch nur ein Quäntchen Vertrauen im Volk mehr erwerben können. Die hohen Kommissare hätten zurückkehren müssen. Damit aber wäre das Germaniam esse delendam gescheitert, von dem Washington schon vor 1945, ecce Nizer, wußte, daß es nur gelingen könnte, wenn die Deutschen es selbst exekutierten. Immerhin raffte sich Schröder noch dazu auf, die hohen Stimmenverluste seiner Partei bei den folgenden Landtagswahlen vor etwa einem halben Jahr sibyllinisch mit „enttäuschten Erwartungen" zu erklären, die sich nicht erfüllen konnten, weil die politische Realität anders aussieht.

Die Amerikaner konnten den unvorhersehbaren Schub 1998 in Deutschland noch schnell und problemlos begradigen, weil es nur einiger Eingriffe in die herrschende Klasse bedurfte, der es an jeglicher Standfestigkeit ermangelte. Das ist im Jahre 2000 im Falle Österreichs nicht so einfach zu bewerkstelligen, als aus der Wahl schließlich eine Koalitionsregierung der verläßlichen ÖVP mit der ominösen FPÖ hervorging. Denn hier ging die Gefahr eines Umschlags weniger von einer Partei aus, die man schon seit einigen Jahren fest im Griff hatte, als von einem Stimmungsumschwung im Volk, der auch auf andere Länder, vor allen auf Deutschland, übergreifen und sich in Österreich festigen und ausdehnen könnte, daß die gezügelte FPÖ gezwungen wäre, aus realpolitischen Opportunismus die Leinen abzuwerfen. Wie etwa Willy Brandt, der 1989 die „Lebenslüge von der Wiedervereinigung" mit dem Spruch „Laßt zusammenwachsen, was zusammengehört" austauschte.

So schlug Washington direkt und brutal zu, indem es die gesamte EU, Israel und hörige Länder aus der Dritten Welt gegen Wien mobilmachte, ohne Rücksicht auf das Image und die Konstitution der westlichen Wertegemeinschaft mit einer verschärften Übernahme der Breschnewdoktrin, mit welcher der Kreml, am Ende vergeblich, versucht hatte, den Zerfall seines Imperiums zu verhindern.

Der Berliner Kanzler Schröder bestätigte diese Zusammenhänge auf seine Weise, als er, laut *Spiegel* 9/2000 seine scharfe Kritik an den österreichischen Zuständen mit der Begründung untermauerte, es müsse verhindert werden, daß aus Haider ein deutsches Problem werde, weil „diejenigen, die uns international beobachten", uns einen gefährlichen Sonderweg vorwerfen würden. Von den Feindstaatenklauseln zu sprechen, verkniff er sich. Inzwischen war

nämlich durch Umfragen bekannt geworden, daß eine ähnliche Stimmungslage auch bei den Deutschen vorhanden ist.

In dieser bemerkenswerten Lage, in der die Entwicklung wieder offen und das esse delendam zweifelhaft wird, wäre es verhängnisvoll, wenn die Deutschen ihre imitatio Ahasveri um die sprichwörtlich jüdische Hast komplettierten, wie sie am 9. November 1999 in einem Leipziger Wirtshaus bei jener bizarren Reichsevokation zelebriert wurde. Solche Hast führt schlimmstenfalls dazu, daß das geringe Erneuerungspotential, über das wir noch verfügen, vernichtet wird. Bestenfalls entsteht eine neue Spielwiese, eine Reichsspielwiese, wo die Anwärter auf den Platzhirschposten unter strikter Beobachtung in Schaukämpfen zum Ergötzen des Publikums mit ihren Geweihen aufeinanderlosgehen.

Ich empfehle: Abwarten und Tee, bzw. Kaffee, trinken. Die Gelassenheit ist jetzt auf unserer Seite. Wir können es uns leisten, uns Zeit zu lassen, die wir benötigen: zu Wachstum und Tiefgang.

Jeder Zeitgewinn ist ein Schritt nach vorn. Ehe wir agieren, dürfen wir die Vorteile nicht verspielen, die uns in Hülle und Fülle durch die panischen Fehler unserer Feinde in den Schoß fallen. Diesmal verbiete ich es mir, sie darauf aufmerksam zu machen. Ich nenne nur: die Kampagne gegen Österreich. Was kann sie anderes bewirken, als die Österreicher, die sich nach 1945 geschickt aus dem deutschen Schicksal herausmogelten – Bruno Kreisky nannte es als eine epochale Leistung der neuen österreichischen Staatskunst, der Welt weiszumachen, daß Hitler ein Deutscher und Beethoven ein Österreicher war – in unsere elementare geschichtliche Verbundenheit wieder zurückzuprügeln?

Es ist zur Stunde nicht nötig, sondern schädlich, vom Reich konzeptiv zu reden. Wir sollten lieber die Reichskonturen allmählich aus dem Boden wachsen lassen. Wir sind zur Zeit nicht reichsfähig. Es herrscht nicht einmal eine ausgereifte Klarheit vor, was das Reich sei oder wie es werden solle. Alles was gegenwärtig hastig in die Reichsarena geworfen wird, ist am Zweiten Reich oder am Dritten Reich orientiert, die Nationalstaaten waren und untergingen, weil sie keine Reichsdimensionen annahmen.

Die Verfassung des Zweiten Reiches war ein guter pragmatischer Kompromiß, jedoch schon zu kodifiziert für perpektivische Prozesse. Selbst Bismarck konnte sich am Ende die wünschenswerte Entwicklung nur noch durch einen Staatsstreich vorstellen, an den keiner seiner Nachfolger auch nur einen Gedanken verschwendete. Und das Dritte Reich verlängerte, auch pragmatisch, die Weimarer Reichsverfassung, indem es sie mit dem Ermächtigungsgesetz wieder handlungsfähig machte. Zu einer neuen Schöpfung kam es auch hier nicht.

Wer heute konzeptiv vom Reich redet, beruft sich auch gern auf Hegel, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß er seine Reichsverfassungsschrift 1803/04 abbrach, weil es an einer konkreten Lage gebrach, und stattdessen seine ordnungspolitischen Gedanken auf eine Philosophie des Rechtes richtete, die der Vollendung des preußischen Staates als der künftigen Keimzelle eines neuen Reiches dienen sollte.

Man gibt sich zur Stunde einem Gesetzes- und Verfassungsfetischismus hin, der frenetisch präjudiziert, was noch nicht vorhanden, greifbar oder sichtbar ist. Wir brauchen eine offene Strategie und eine bewegliche Taktik. Wer sich vorzeitig festlegt, wird plötzliche Chancen weder nutzen noch wahrnehmen können. Es ist wie im Krieg, für den man, nach Moltke, nur den Aufmarsch und den Auftakt planen kann. Es müßte auch gefragt werden, ob den Konstitutionsvorstellungen, wie sie im 19. und 20. Jahrhundert umgingen, inzwischen nicht jeder Grund weggebrochen ist oder ob sie nicht gar das Scheitern ihrer politischen Ordnungen verursacht hatten.

Es wird auf einem Reichsbegriff insistiert, der definitorisch den Blick auf die Wirklichkeit verstellt, die zu gestalten ist. Woran wir uns zu orientieren hätten, wäre die Reichsidee. Und die Reichsidee ist aus dem Boden des Ersten Reiches, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gewachsen, in welchem sich um einen deutschen Kern andersartige Stämme und Völkerschaften gruppierten, die seinen Schutz genossen, der sie zur Loyalität verpflichtete. Wie sollte denn noch anders die Rückgewinnung des Deutschen Ostens vonstatten gehen? Wer sie nach den Kriterien und Methoden des Nationalstaates betreiben will, lädt zu einem Gang der Dinge ein, an dessem Ende das Germaniam esse delendam unwiderruflich vollstreckt wird.

Das Reich kann nicht am Anfang, sondern erst am Ende einer deutschen Wiedererhebung stehen. Jeder Weg vom Papier in die Politik führt über Blut und Terror. Die Reichskonturen lassen sich nicht dekretieren. Sie sind nur denkbar als eine begleitende politische Architektur zur Wiederbesinnung der Deutschen auf sich selbst. Das Gebot der Stunde ist die Erweckung.

Die neue politische Ordnung begründet im übrigen, wem die Gelegenheit zufällt, sie zu schaffen. Ein solcher Mann setzt sich gegebenenfalls über alles hinweg, was vor ihm gedacht und ersonnen wurde, und sei es auch noch so evident. Die Folge ist in der Regel ein rascher Einsturz seiner politischen Aufbauten.

Diese immanente Gefahr läßt sich nicht restlos bannen. Sie kann nur durch Konturen eingegrenzt werden, so anschaulich und handgreiflich, daß ihre Mißachtung als Frevel erscheint. Hitler fürchtete den Frevel nicht. Er setzte sich nach 1933 sträflich über die Reichskonturen hinweg, die Weimar betörend vorbildlich entsprossen.

FRIEDRICH S. FELDE / VERNICHTUNGSKRIEG

Auf der Tagesordnung steht seit dem Oktober 1990, als die DDR der BRD beigetreten und Deutschland wurde, wie es heute ist, ein sich von Etappe zu Etappe eskalierender Vernichtungskrieg gegen die deutsche Nation, gegen das deutsche Volk, gegen Denken und Geist des Deutschen, gegen die deutsche Sprache, die bereits als Sekundärsprache gehandelt wird. Gegen Martin Luther, vor allem wegen seiner grundlegenden Bedeutung für die deutsche Schriftsprache und wegen seiner theologischen Übersetzungsarbeit am Buch der Bücher: gegen Johann Wolfgang von Goethe, gegen Friedrich von Schiller, gegen Ernst Moritz Arndt, Hoffmann von Fallersleben und alle, die sich unserer Nation verbunden fühlten und heute noch fühlen. Ja, systematisch wird sogar seit langer Zeit Jesus Christus besonders in Deutschland in Frage gestellt und – soweit es den Einfluß des Abendlandes auf Deutschland betrifft, geschreddert.

Längst sind Schwerpunkte der deutschen Wirtschaft im Windschatten aus Deutschland verlagert, der sich im Zuge der Europäisierung entwickelte; ein anfangs warmer Wind, der Wirtschaftswunder und soziale Marktwirtschaft nicht als Übergangserscheinung zu härterem Umgang mit der deutschen Nation und dem deutschen Volk erkennbar machte. Diese Entwicklung ist die Folge der Politik gegen Deutschland, deren Exekutor der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt in den USA war. Es war der unglücklich verstrickte Michail Gorbatschow, der vor längerer Zeit hervorkramte, was Roosevelt seinem Widerpart Stalin sagte: „Die Deutschen dürfen nie wieder als Nation existieren!"

Stalins Antwort war der Satz, den an Ruinenmauern in Berlin 1945 auch ich lesen konnte: „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber, der deutsche Staat, bleiben bestehen!" Noch 1953 erschien in Mitteldeutschland die Deutsche Ausgabe der Großen Sowjet-Enzyklopädie – Reihe Länder der Erde „Deutschland". Natürlich sollte es ein Deutschland an der Seite Sowjetrußlands sein, wie die DDR, Vorposten für Stalins künftige Eroberungen jenseits der Westgrenze Deutschlands. Stalin hätte dieses Deutschland mit seinem Potential auch gebraucht, wie die Moskowiter Mitteldeutschlands DDR-Staatlichkeit bis zum Ende der DDR ge- und mißbraucht haben.

Franklin D. Roosevelts Pferdeflüsterer brauchten und brauchen hingegen einen starken deutschen Nationalstaat mit einer starken nationalen Wirtschaft nicht. Sie gebrauchten und mißbrauchten das deutsche Potential im Kalten Krieg gegen das Sowjetimperium, wie sie es heute gegen Rußland gebrauchen und mißbrauchen.

Hätte mir am 15. Januar 1990 in den Abendstunden auf dem Leipziger Opernplatz jemand gesagt, daß im fernen Nordamerika und im nahen Osten voller verhaltener Wut auf die Ereignisse in Mitteldeutschland gestarrt wird und daß die ganze deutschlandfeindliche Clique, die sich hinter der US-amerikanischen Administration wie immer versammelt hatte, in helle Aufregung verfallen ist – die sich strukturell in der Chance zurechtfand, die ein vergrößertes Deutschland als Glacis für die Aufrollung Eurasiens bot, sofern die Deutschen nicht wieder eine Nation würden – ich hätte es nicht geglaubt.

An jenem Januartag waren vor der Oper in Leipzig Zehntausende zu einer der letzten Montagsdemonstrationen erschienen. Darunter auch eine größere Gruppe aus Berlin, die ich anführte. Mit meiner „Flüstertüte", einem Megaphon. Ich war froh, daß ich die hatte, denn man hatte in Leipzig keine Übertragungsanlagen geschaltet, die Reden hätten übertragen können. So hielt ich meine „Ansprache zur deutschen Einheit" bis zur völligen Heiserkeit fünfmal an verschiedenen Stellen des Opernplatzes vor bis zu 5 000 Zuhörern. Immer wieder unterbrochen von dem „WIR SIND EIN VOLK".

Zur gleichen Zeit zogen junge Leute mit einer riesigen bundesdeutschen Fahne, wohl 10 mal 15 Meter groß, über den Platz. „WIR SIND EIN VOLK!" Alle sahen so aus, wie man die Aufmüpfigen der heutigen Generation als Rechtsextremisten denunziert. Tatsächlich empfanden ja die Beherrscher Mitteldeutschlands in der wankenden und schwankenden DDR solche Menschen als „Neonazis, Rechtsextremisten und Nationalisten". Aus dem Ruf „WIR SIND DAS VOLK" hatte sich zu diesem Zeitpunkt das kraftvolle „WIR SIND EIN VOLK" entwickelt. Dieser Ruf erreichte die Mittel- und die Westdeutschen und bildete den Wall, gegen alle, die aus welchen Gründen auch immer die DDR nur renovieren wollten; unter Umständen sogar mit einer weiteren Besatzungsmacht!

Nun stelle man es sich vor, in Mitteldeutschland wären Rufe, wie „WIR SIND DIE GESELLSCHAFT" oder „WIR SIND DIE BEVÖLKERUNG" ertönt! Oder man hätte „WIR SIND DIE GENOSSENSCHAFT" oder gar „WIR WOLLEN DIE PLURALISTISCHE GESELLSCHAFT" gerufen?

Jahrelang hatte sich das mitteldeutsche Regime bemüht, das an den Begriff der Deutschen Nation gebundene Denken zu manipulieren, eine „Sozialistische deutsche Nation" erfunden, zu der sich die Mitteldeutschen entwickelt hätten, aber immerhin noch als Nation. Jahrelang hatte sich das westdeutsche Regime bemüht, die nationalen Bindungen mit dem schalen Begriff des Verfassungspatriotismus aufzulösen. Und da kommen die Mitteldeutschen angelaufen und rufen „WIR SIND EIN VOLK"! und damit „Wir sind eine Nation".

Es dauerte unter der Wucht dieses Rufes nur wenige Monate, und der Koloss auf tönernden Füßen brach. Es dauerte aber auch nur eine geschichtlich kurze Zeit von 10 Jahren, um die Mitteldeutschen unter dem Anpassungsdruck dazu zu bringen, die kraftvollen Worte „VOLK" und „NATION" zu vergessen; von den lieben Brüdern und Schwestern im Westen ganz abgesehen, die nach kurzem Wachwerden wieder eingelullt worden sind.

Volk und Nation betreffend hat die Regierung Schröder das verdeckte Programm der Vorgängerregierungen in eine offene Mobilmachung verwandelt. Wir erleben seitdem, daß ein großindustrielles Unternehmen nach dem anderen von ausländischen Firmen qua Fusion übernom-

men wird, daß Mittelständler und Bauern in den Ruin abtreiben, daß die Reste deutscher Institutionen geschliffen werden und über die Spendenaffären die gesamte politische Struktur zur Disposition steht.

Der Kulturbeirat des Deutschen Bundestages gab vor diesem Hintergrund die gespenstische Anregung, ein Symbol für das Reichstagsgebäude zu schaffen, das bewußt gegen die tragenden Werte dieser Institution gerichtet sein sollte.

Den Auftrag erhielt der seit 1990 in New York lebende Interventionskünstler Hans Haacke, der mit der willkürlichen Verdrehung von Brechts Empfehlung an die DDR-Regierung, nach dem 17. Juni, doch einfach das Volk aufzulösen und sich ein anderes zu wählen: „Die Regierung machte den Fehler, dieses Patentrezept nicht anzunehmen. 1989 bekam sie zu hören: ‚Wir sind das Volk'" vorging. Haackes Patentrezept ist nun ein Trog, gefüllt mit deutscher Erde, „der Bevölkerung" gewidmet.

Bei Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der ein erklärter Widerständler gegen die Einheit des Vaterlandes war und mit Deutschland nichts, aber auch gar nichts am Hute hatte, wundert das nicht.

Als Thierse seine Nische in der DDR bewohnte, ließ die DDR-Führung in der Neustädtischen Kirchstraße in Berlin die Inschrift „Haus des deutschen Handwerks" in einer Nacht- und Nebelaktion tilgen. Man wähnte sich auf der Seite der Sieger. Das „Haus des deutschen Handwerks" wurde sinnigerweise von der SED-Satrapie an die USA verkauft. Diese errichteten darin ihre Botschaft in Mitteldeutschland. Fortan beherrschten die USA Haus und Straße.

Es wundert mich aber schon, daß die SPD das vollstreckt, die nach dem Ersten Weltkrieg die Inschrift „DEM DEUTSCHEN VOLKE" am Reichstag durchsetzte.

Offenbar soll den heutigen Landvögten nicht passieren, was den Landvögten Mitteldeutschlands 1989 passierte. Deswegen jetzt die Mobilmachung gegen Sprache, Denken, Geist, Volk und Nation. Es könnte ja sein, daß eines schönen Tages wieder gerufen wird „Wir sind das Volk". Wird dann geschossen, interniert, deportiert oder gar liequidiert, kommen dann Friedenstruppen auf der Grundlage der Feindstaatenklausel der UN-Charta? So gesehen könnten die Jahre von 1950 bis 1990 ja die „Goldenen Jahre „Deutschlands", trotz seiner Teilung, gewesen sein.

Nachdem ich das geschrieben hatte, pointierte am 17. Februar in der *Süddeutschen Zeitung* der Feuilletonchef Johannes Willms den dunklen Anschlag auf die deutsche Identität mit einem Pasquill wider den „Popanz der nationalen Identität", das die freche Überschrift trug: „Wir sind die Bevölkerung".

GERHOCH REISEGGER / TOTALITÄRER LIBERALISMUS

Die Vorgänge um die Regierungsbildung in Österreich, die Drohungen der EU, im Fall einer Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ, Österreich zu isolieren und boykottieren, und neueste Hintergründe über den offenbaren Landesverrat der höchsten Repräsentanten der Republik Österreich - des noch amtierenden Kanzlers Viktor Klima und des Bundespräsidenten Thomas Klestil - sind Anlaß und Hintergrund der nachfolgenden Betrachtungen. Bekanntlich sind ja die Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP nach drei Monaten - trotz eines von beiden Parteien fixierten und beschlossenen Regierungsprogramms! - gescheitert. Die Umstände waren so merkwürdig, daß man Zweifel haben konnte, nicht an vorgeplantes Kalkül der ÖVP zu glauben.

ZWISCHENZIEL ERREICHT!

Seit ein paar Jahren sind wir nun in der Europäischen Union. Wie uns die Regierung aus SPÖ und ÖVP da hineingelogen hat, kann man auf ein paar Seiten gar nicht wiedergeben, es geht kaum auf die buchstäbliche Kuhhaut. Eine ganze Lügenindustrie wurde mit Millionen verpulverter Steuergelder in Schwung gebracht, um nur ja kein Risiko einzugehen, daß die Österreicher vielleicht doch nachdächten und zu anderen Schlüssen kämen, als es unseren Landesverrätern ins Konzept paßte.

Als die ökonomischen Vorteile bezweifelt wurden, erfand man die „Sicherheits-Union". Wegen der Friedenssicherung und der Sicherheit überhaupt sei der Beitritt „nötiger" noch, als aus wirtschaftlichen Gründen. Mit dieser Botschaft war vor allem Außenminister Alois Mock unterwegs.

Ein Vertreter der ehemals christlich-sozialen Volkspartei, die noch nach dem Krieg ihre geistigen Wurzeln und politische Kraft aus dem Bauernstand bezog, belog sich damit selbst und täuschte die gutgläubigen Bauern. Sie wurden seither marginalisiert - und von der ÖVP und ihrem Bauernbund aufgegeben und verraten. Mit ein paar Transferzahlungen, die man als „EU-Förderungen" ausgab, obwohl sie natürlich unser eigenes Geld waren, das zu weniger als der Hälfte wieder zurückfloß, nachdem sich die EU-Bürokratie und die sogenannten „ärmeren südlichen Länder" am größeren Teil schadlos gehalten hatten, wurden sie für den Augenblick ruhig gestellt. Inzwischen mögen sie sehen wie sie unter dem Agrarmarkt-Regime der EU über die Runden kommen. - Sie kommen aber nicht!

Heute sind aber inzwischen alle dran: die massiv gestiegene Arbeitslosigkeit bedroht viele Menschen, im Durchschnitt sind es über 200 000, jedoch im Laufe des Jahres betrifft es 6-700 000, wie ÖGB-Präsident Verzetnitsch am Sonntag (30. 1. 2000) in „Zur Sache" im ORF sagte. Daß diese Zahlen keine echten sind, zeigt die Debatte um die Frühpensionen, in die sich jeder der kann flüchtet, da er als 50-Jähriger (Frauen noch früher!) keine Chance mehr auf einen Arbeitsplatz hat.

Wie man den Verfassungsputsch organisierte, wäre ein eigenes Kapitel. Man stellte eine unzutreffende Frage - ob die Bundesregierung ermächtiget werde, einen Beitritts-

vertrag zu unterschreiben – wobei man in dieser Frage es wohlweislich unterließ, über die Folgen auch nur ein Wort zu verlieren: die Totaländerung unserer Verfassung. Darüber hätte es eine Volksabstimmung geben müssen, nach deren Ausgang die Regierung dann entweder unterschreiben oder eben nicht hätte dürfen. De facto haben wir mit der Unterschrift die Souveränität im Vorzimmer der EU abgegeben; die eigene Verfassung ist nur noch Makulatur.

Was hat man nicht über den „harten Euro" gelogen; inzwischen steht der Euro bei 1:0,97 zum Dollar. Die Freude der Export-Wirtschaft soll uns nicht trügen. Wir – und die EU – sind auch ein Importland: Rohstoffe, Öl, Gas, High-Tech wird in Dollar fakturiert. Die Verteuerung beim Öl auf inzwischen den 2,5–3-fachen Preis gegenüber Anfang 1999 schlägt bereits durch. Die Inflations-Indizes sind eine trügerische Marke, wie alle „amtlichen Statistiken", wenn damit unser „Reichtum" bewiesen werden soll. Es sind dies Märchen aus 1 000 und einer Nacht! Die katastrophale Regierungsbildung zeigt, wie desolat es um den Staat steht. –

Was sind die Gründe des Zerwürfnisses? – Doch die Malaise, in die uns beide Parteien – SPÖ und ÖVP – in langjähriger gemeinsamer Packelei manövriert haben. Nun sehen sie offenbar keinen Ausweg mehr und spielen „Schwarzer Peter". Das Budgetdebakel scheint nicht zu lösen zu sein, am wenigsten mit der bisherigen Methode der Wählerbestechung und des Stimmenkaufes. Niemand glaubt, daß es FPÖ und ÖVP gelingen könnte, das Ruder herumzureißen. Bisher einigten sie sich ja nur auf die vermeintlichen Wohltaten für die Wähler und die Wirtschaft, d. h. auf noch größere, unbedeckte Ausgaben.

Es mag vieles hausgemacht sein, aber die Grundströmung ist doch eine internationale. Und hier stehen die Zeichen auf Sturm. Zu all dem kommt ja, daß es Österreich (und den anderen Mitgliedern in gleicher Weise) nicht mehr möglich ist, seine Probleme nach eigenen Gutdünken zu lösen, daß wir mit EU-Erweiterung, Assoziationsverträgen, WTO, NATO usw. immer neue und größere Probleme aufgehalst bekommen. Die Zuwanderung ist unmittelbar sichtbar, die Folgen nicht. Doch sind diese tödlich für das eigene Volk.

Was bei all den vor der Öffentlichkeit verborgenen Konferenzen beschlossen wird, kommt – wenn überhaupt – nur mehr im Nachhinein heraus. So weiß niemand mehr, welcher neue Anschlag auf den Rest von Freiheit wieder ausgeheckt und per „Vertrag" fixiert wurde. – Maastricht, Amsterdam, Berlin, Helsinki, . . .

Wenn man z. B. hört, daß es eine europäische Sicherheits-Architektur geben solle, erweckt man den Anschein, daß dies die WEU sei, also die US-dominierte NATO damit zurückgedrängt werden sollte. In Wahrheit ist das nur ein Etikett, das den Widerstand der Bevölkerung durch Täuschung überwinden will, denn es bleibt natürlich bei der NATO als de facto-Besatzungsmacht der USA in Europa! Die Personal-Union des „Mr. GASP" und WEU-Generalsekretärs, J. Solana, der – welcher Zufall – eben noch NATO-Generalsekretär war, läßt das Schlimmste befürchten.

Vor einem halben Jahr erlebten wir vor unserer Haustüre und unseren Augen, wie die „Friedenssicherung" bzw. „-schaffung" aussieht. All die Propaganda hat aber nicht recht gefruchtet, denn die Österreicher waren zu über 75 % gegen diesen Krieg und vor allem gegen die diesen Krieg mutwillig losgetreten habende NATO. Kein Politiker wagt es mehr sich im Wahlkampf, und schon lange vorher, noch für einen NATO-Beitritt auszusprechen; die Protagonisten waren plötzlich ganz still und tönten sogar Gegenteiliges zum großen Erstaunen des Publikums.

An all das muß man erinnern, um zu begreifen, was sich heute, am 31. 1. 2000, ereignete. Die Rhetorik der aufgeputschten Linken nahm man im Grunde nicht ernst. Gessler'sche Hüte meist, oder schmutzige Hände, denen jegliche Legitimation fehlt, überhaupt das Wort zu ergreifen.

Es waren die feindseligen Unterstellungen und abgekarteten „Besorgnis"-Töne – Modell Schneeballsystem – schon ein unerhörter Angriff auf unser Land. (Man täusche sich nicht: man schlägt den Sack, und meint den Esel! – Haider ist nur ein Vorwand, wie es auch Hitler einer war: es ging, wie die Führer der damaligen Alliierten selbst sagten, nur gegen das deutsche Volk; daran hat sich auch heute nichts geändert.)

Vom belgischen Pack hört man seit Jahren nur von unglaublicher Korruption – man erinnere sich an den NATO-Generalsekretär und späterer Regierungschef Claas, oder an die Dutroux-Kinderschänder- und Mörderbande bis in die Regierung hinein (weswegen auch keinerlei Aufklärung passiert), usw. Von dort her wagt man das Maul aufzumachen?

R. Prodi als EU-Kommissionspräsident redet von sauberen Händen? Weiß er denn überhaupt was das ist? In Italien war er bei jedem Skandal, ja Verbrechen, der letzten 10 Jahre in unmittelbarer Nähe. Nach Andreotti bedeutet es wohl vom Regen in die Traufe gekommen zu sein.

Aber die Erklärung der 14 Mitglieder der EU – das 15., nämlich Österreich wurde nicht einmal konsultiert! – zur Regierungsbildung, ihr Einspruch verbunden mit einer Drohung, die praktisch einer Kriegserklärung gleichkommt, hat alles in den Schatten gestellt, was man seit Kriegsende in Europa für möglich hielt.

Das heißt, daß es völlig egal ist, ob gewählt wird oder nicht. Mit jakobinischem Terror wird jedes Ergebnis niedergeknüppelt. Die Mißachtung vor der Souveränität unseres Landes konnte nicht handgreiflicher als Farce aufgeführt werden. Das Besondere daran ist, daß wir ja: a. ein demokratischer Staat sind, b. in Frieden leben und c. ein Vollmitglied einer „Friedens"-Union sind.

Bis vor kurzem meinte man, daß es „nur" die „Schurkenstaaten" trifft – Castro, Gaddafi, Saddam Hussein, zuletzt Slobodan Miloševic – nach der beliebigen Definition des universalen „Friedenstifters". Seit heute wissen wir, daß das wie ein Blitz aus dem heiteren Himmel jederzeit auch über uns kommen kann. Unsere „Freunde" sind nämlich nicht unsere Freunde, sondern sind in Wahrheit unsere heimtückischen Feinde. Genaugenommen müssen wir differenzieren: es sind die delegitimierten Führer der Nachbarvölker, – wie die eigenen auch –, die am großen Betrug arbeiten – der „One World" –, und die auch dort ihren Völkern das gleiche Verbrechen antun wie uns auch: ihr Volk der Globalisierung – ein Euphemismus für die US-

Diktatur des Geldes und der Bomben - opfern. Diese „Elite" ist schon seit langem mit einer Verschwörung gegen Europa beschäftigt. Sie wird mit geradezu atemberaubendem Tempo vorangetrieben, als gelte es einen Termin einzuhalten.

Ohne Anlaß wird uns der Status eines Paria gegeben. Das ist in einer „zivilisierten" Welt schlimmer als Aussatz oder die Pest. Nicht der Umstand kränkt uns, daß ein österreichischer Botschafter nicht mehr mit den Regierungen, bei denen er akkreditiert ist, sprechen können soll, sondern die sich darin ausdrückende Absicht einer totalen Feindschaft uns gegenüber.

Wenn man bedenkt, wie lange die EU oft über banale Nebensächlichkeiten verhandelt, so ist es umso erstaunlicher, wie denn so ein „Beschluß" der portugiesischen „Präsidentschaft", - eine Kriegserklärung - noch dazu im Namen der „14" Mitglieder, erfolgen konnte. Man wird es kaum für möglich halten, daß dies aufgrund einer gründlichen Beratung einer Regierung oder gar von Volksvertretungen erfolgt sein konnte. Das ist ein so unglaubliches und derartig außergewöhnliches Ereignis, daß es die Frage aufwirft: Wer sind denn dann die Drahtzieher und anonymen Hintermänner solcher eskalierenden Feindschaft?

Wir haben immer schon mit Entsetzen gesehen, wie sehr Deutschland im Würgegriff seiner Feinde ist. Die jüngste Destabilisierung der Regierung - Lafontaines Rücktritt, die Perpetuierung der „Versailler Verträge" am Berliner EU-Gipfel, die fortdauernden Erpressungen im Holocaust-Business, das ungeheuerliche „Denkmal" - ein Mühlstein um den Hals wäre leichter zu ertragen - in Berlin, die plötzliche Demontage Kohls[1] (man schlägt auch hier den Sack und meint den Esel), usw. - führen uns zum Schluß, daß es zum letzten Treffen geht. Daß man uns hier nicht vergessen würde, war immer klar. Der Österreich-Patriotismus, die Erfindung der „österreichischen Nation" nach 1945, Haiders Absage an die „Deutschtümelei", all das nützt natürlich nichts und ändert nicht die Einschätzung, daß die Österreicher eben seit eh und je Deutsche waren und sind. Und so bekommen wir - die deutschen Österreicher - die Knute nun zu spüren.

Sollte es wirklich um Haider gegangen sein? Ist er nicht in den politischen Positionen auf den mainstream eingeschwenkt: der EU-Osterweiterung steht man offen gegenüber, man hält die EU-Anforderungen für die osteuropäischen Mitgliedswerber für ausreichend, und hat die früheren Vorbehalte fallen gelassen. Die Türkei als EU-Mitglied ist für die FPÖ nicht nur vorstellbar, sondern wird als moralisches und historisches Recht gewissermaßen aktiv begründet: sie schütze ja die Südostflanke Europas, wofür man sie nicht vor der Türe stehen lassen könne, und sie wäre doch durch Jahrhunderte eine „europäische" Macht gewesen! Die Kritik an der EU ist längst einem Akzeptieren gewichen[2], bei etwas Pseuo-Rhetorik, damit die Wähler es nicht gleich merken, daß längst ein anderer Wind weht.

Der Wiener Schwerpunkt im Wahlkampf, eine deutliche Abwehr des Ausländer-Zuzuges, wurde noch im FP-Wahlkampf sehr eingeschränkt - in Baden wurden diesbezügliche Plakate auf Anordnung der Bundespartei entfernt! - in den Regierungsverhandlungen ist man davon längst ganz abgerückt! Familien-Zusammenführung vor Neuzuzug lautet die neue Formel. (Warum muß dieses angebliche Menschenrecht in Österreich und nicht im eigenen Land erfüllt werden?) Die Unterordnung unter die NATO-Vorherrschaft ist schon lange vor den anderen sein Programm gewesen.

Alles das sind kaum Wunschziele nationaler Politik oder gar „nationalistische" oder was es hier noch an Steigerungen geben mag; eher hat man den Eindruck, daß sich dies eigentlich kaum von jenen Zielen der liberalen Internationale (Lib-Intern) unterscheidet. Haider und die FPÖ ist hier in Vorleistung getreten; nicht nur programmatisch, sondern auch personell. In seiner Umgebung etwa findet man nur noch liberale „Pragmatiker", selbst die versuchte Annäherung an das „seine Werte verteidigende Christentum" ist eher hedonistischer „Freiheit" gewichen. (Hat nicht Riess-Passer ihren Kirchenaustritt in Aussicht gestellt, sollte die Kirche nicht ihre „Kampagne" gegen die Mordpille Mifegyne einstellen?) Und den Wiedereintritt Thomas Prinzhorns - ein Bilderberger übrigens - in die Politik an der Seite der FPÖ machte dieser von der Entfernung Ewald Stadlers als geschäftsführenden Clubobmann abhängig. Man darf schließlich auch annehmen, daß die USA-Studienaufenthalte Haiders in Harvard ja kaum seiner „Nazifizierung" dienten, als der Auseinandersetzung mit amerikanischen Denkweisen und politischen und wirtschaftlichen Doktrinen. Jedenfalls sind die Vorschläge Haiders in wirtschaftlichen und budgetären Fragen neo-liberale und alles andere als protektionistisch oder nationalistisch.

Die „programmatische" Privatisierung des Restes der österreichischen Wirtschaft, der sich noch (teilweise) in unserer Hand befindet soll 160 Mrd. fürs Budget bringen. Es ist wie das letzte Aufgebot - ein paar Wochen vor dem 8. Mai.

Hier handelt es sich ja nicht mehr um „intentions" - die man jederzeit ändern könnte, sondern um „capabilities" - d. h. harte Fakten, an denen nichts mehr zu ändern geht, weil alles schon in diese Richtung abgefahren ist. Würde diese Politik von einer anderen Partei als der FPÖ, einem anderen Gesicht vertreten, würde man sie glatt eine der aufgeklärten liberalen Internationale ansehen. - Warum prügelt man Haider trotzdem? -

Weil man es nicht mehr nötig zu haben glaubt, ihn für sein Wohlverhalten zu schonen. Weil mit derartigen Provokationen die Menschen bei uns mit Absicht zu emotionalen Wutausbrüchen verleitet werden sollen; um einen Vorwand für weitere Erpressungen unter dem Titel des Antisemitismus oder der Fremdenfeindlichkeit zu fabrizieren?

Oder ist es aber auch eine Bestrafung für unser mangelndes „Wohlverhalten" währende des Kosovo-Krieges? Schließlich hat man ja auch die Chinesische Botschaft bombardiert oder eine Rakete auf Sofia abgefeuert! - Der „Irrtum" erfolgte von einer Luft-Boden-Rakete, deren Reichweite 25 km betrug, also von einem Flugzeug, das bereits 100 km in den bulgarischen Luftraum eingedrungen war und ganz unmöglich einen Navigationsirrtum aufgesessen sein konnte. Es war auch hier eine „Warnung", die von der bulgarischen Regierung sofort verstanden

wurde. Nur hätte das rein gar nichts mehr mit Haider zu tun, er hatte hier keine Optionen.

Nun ist es im Umgang mit uns auch so weit! Müssen wir nicht die Lage, das Bedrohungsbild, neu definieren? Es kommt nicht mehr aus dem Osten, sondern die Bedrohung ist bereits real – und sie ist dieselbe, die sie es schon vor 61 und 86 Jahren war!

Gott schütze Österreich und das deutsche Volk!

POST SCRIPTUM 1./2. FEB. 2000

Im *Morgenjournal* erklärt der Linzer Professor für Internationales Recht, Manfred Rotter, daß die Erklärung der 14 EU-Länder ein ganz außergewöhnlicher, schwerer Affront gegen Österreich, seinen Bundespräsidenten und die nach wie vor amtierende Regierung gewesen sei, ganz hinter ihrem Rücken diese erpresserische Drohung abzufassen und zu veröffentlichen. Die 14 Regierungen hätten sich damit klar in österreichische innere Angelegenheiten gemischt und mittels Druck Einfluß zu nehmen gesucht. Diese sei unbeschadet der Ansicht zu einzelnen Parteien ein einmaliger Vorgang, für den es keine Präzedenzfälle aus der jüngeren Zeit gäbe.

Damit ist fast alles gesagt. Aber die Gewöhnung an ständige Steh- und Konservensätze wirkt anscheinend auch auf das Denken von Gelehrten. Rotter sah nämlich die Ursache schließlich doch „bei nur einem Mann, dessen Name hier nicht genannt werden braucht". Selbst wenn man Haider nicht mag, seinen Stil verabscheut, seine Politik nicht billigt, eine andere Partei wählt, ist es immer noch eine Angelegenheit, die hier und nicht bei den Gessler´schen Hüten in Brüssler oder in europäischen Staatskanzleien auszumachen ist. Die Proteste der innenpolitischen Gegner klingen natürlich lauwarm, wenn man immer betont, daß man ja selbst dieselben „Bedenken" hätte, etc. Sie sind allesamt die nützlichen Idioten, die Stichwortgeber für die ausländischen Erpressungsversuche, was heißt „Versuche", sie werden ja längst dreist ausgeführt.

Unser Herr Bundespräsident (UHBP), selbst ein „Vorbild" an Lauterkeit und Ehrenhaftigkeit, er betrog ja nur die Wähler bei seiner ersten Wahl, indem er ihnen eine heile Familienwelt vorgaukelte, obwohl er nicht erst nach der Wahl von seinem damaligen „schlampigen Verhältnis" umschlungen ward, ist offenbar ein Diener seiner ausländischen Herrn.[3] Dieses Vorbild also, das übermannt von seinem Schmerz (über die Entdeckung seiner Untreue), mit Tränen des Selbstmitleides in den Augen eine UN-Konferenz im Wiener UNO-Center eröffnete, meinte – seine eigene Erbärmlichkeit zum Maß aller Dinge nehmend – „es stelle sich heute die Frage, ob das Modell der (ehelichen) Familie denn überhaupt noch Zukunft habe", dieser aufrechte Vertreter des Landes also rügt zwar – nein läßt durch seine Kanzlei rügen! –, den Ton Haiders, nicht aber die impertinenten An- und Untergriffe, die doch der Auslöser waren. Das ging selbst der Wiener Presse vom 2. 2. zu weit[4]: anstatt sich vor sein Land zu stellen, hätte er sich wie der Pressesprecher Chiracs[5] aufgeführt.

Bemerkenswert am Rotter'schen Statement war auch, daß er dies nicht als einen Übergriff der EU bewertete, es wären dies „nur" die 14 Regierungen gewesen und kein Bruch des Völkerrechts. Das ist eine merkwürdige Einschätzung. Wenn es irgendwelche Regierungen von überall auf der Welt gewesen wären, die einzeln und zu unterschiedlichen Zeiten mit verschiedenem Wortlaut „protestiert" hätten, wäre es nicht leicht, ein abgekartetes Spiel nachzuweisen, wiewohl auch dann kaum „Zufälle" eine so merkwürdige Häufung erklären könnten. Hier hat aber die „EU-Präsidentschaft" ausdrücklich in diesem Namen und auch ausdrücklich im Namen der vierzehn EU-Mitgliedsländer gesprochen. Die Drohungen betreffen u. a. die Nicht-"Unterstützung" (d. h. den Ausschluß) österreichischer Beamter in Gemeinschaftsorganen der EU. Man hat auch nicht irgend welche bilateralen Gründe für diese Drohung und Erpressung angeführt, sondern die EU betreffende: Kritik an gemeinsamen „EU-Werten" (was immer das ist). Mancher Dummkopf meinte, daß sich „die EU nicht beleidigen lasse" usw. und Turnschuh-Joschka – vor kurzem noch im „außergesetzlichen Milieu" beheimatet - stellt die Bühne zur Verfügung, daß Österreich von Deutschland aus – und seinem Außenminister - beschimpft wird. Wenn Lumpen nicht eben einen die eigene Verfassung brechenden Krieg mitgemacht und diesen nicht auch noch propagandistisch begleitet hätte, könnte man einen „moralischen" Standpunkt vermuten. So aber sind es nur Masken, durch die uns dieser ganze Müll ins Gesicht gespieen wird.

Bei allem Zorn über diese Impertinenz muß man aber das Gute auch sehen: wie wäre es irgend einer Opposition gegen die „One World"-Protagonisten möglich gewesen auf einen Schlag dieses ganze Gesindel und ihr niederträchtiges System so bloßzustellen?

Das wahre Gesicht ist sichtbar geworden.

1. FEBR. 2000

Es diskutieren im *Abendjournal ORF Ö1* Dr. Unterberger (Die Presse), ein *ARD*-Korrespondent, je eine Korrespondentin von Le Monde und El Pais. Die Niedertracht der beiden Damen war unüberbietbar. Aber das dürfte die Geschäftsgrundlage ihrer Beschäftigung bei diesen Blättern sein.

Unterberger wendet ein, daß alle möglichen üblen Vokabel herumschwirrten, aber man für diese Behauptungen jeden Beweis schuldig geblieben sei. Nur „Gefühle", Meinung, aber keine Fakten. Er meint auch, daß es gerade in der EU um rechtsstaatliche Prozeduren und Fakten ginge, und für all die Anwürfe jegliche Grundlage fehle, die aber von den Rechtsnormen gefordert würden. Auf die bloße Behauptung hin wäre hier ein unerhörter Vorgang ausgelöst worden.

Er gestehe den europäischen Regierungen jegliche „Besorgnis" zu, wenn sie mit gleichen Maßstäben auch in anderen Fällen zu „Besorgnis" tendierten: u. a. erwähnt er die Beteiligung orthodoxer Kommunisten in anderen Regierungen, die sich nie von der Verantwortung des Kommunismus für die zig-Millionen Ermordeter abgrenzten, oder den Umstand, daß in Spanien die Kontinuität der Regie-

rungspartei mit der Partei Francos auch zu den nicht an die große Glocke gehängten Geheimnissen gehörte.

Wie aufs Stichwort geben beide Damen eine weitere Probe des eben beklagten Sachverhalts: Vernaderung statt irgend eines Faktums oder eines konkreten Vorwurfes.

Dem *ARD*-Mann platzt sichtlich der Kragen, als nicht mehr nur die Worte (von Taten war ohnedies nie die Rede) der Polit-Rhetorik allein das Anathema begründen sollten, sondern, „daß man es diesen Leuten schon am Gesicht ansähe" ... Als die demokratische Wahl und ihr Ergebnis eingewandt wurde, meinte El Pais, das Problem läge ja darin, daß man diese Partei (FPÖ) überhaupt zu den Wahlen zugelassen und nicht schon längst vorher verboten hätte.

Wahrlich eine Lektion in Menschenrechten, Freiheit und Demokratie!

2./3. FEBRUAR 2000

Die Bombe ist geplatzt! Dänische Zeitungen[6] berichten, daß die EU-Sanktionen von Noch-Bundeskanzler Klima während der Stockholmer Konferenz zwecks „Erinnerns an den Holocaust" eingefädelt wurden und dies von Wien aus mittels Telefon-„Diplomatie" Präsident Klestil ebenfalls kräftig beförderte.

Die Berichte zitieren präzise die unabhängigen Quellen, sie wurden inzwischen in allen großen Zeitungen aufgenommen, an ihrer Korrektheit ist nicht zu zweifeln. Bestätigungen kamen auch aus Regierungskreisen in Paris. Die Beschreibung der Umstände ist erdrückend: die Kumpanei gegenüber dem Brudervolk gewissermaßen, zu der sich hier Schröder und Fischer bereitfanden, ist nicht minder schändlich und verräterisch.

Heißt das nicht mehr oder weniger, als daß die höchsten Spitzen der Republik Österreich Landesverrat[7] geübt haben?

Das ganze Verhalten Klestils vor und während der Regierungsbildung läßt nach Ansicht des Chefredakteurs der Wiener Presse gar keine andere Deutung zu und er seziert dies detailliert.[8] Noch hat diesen unerhörten Skandal niemand als das bezeichnet, was er ist: Landesverrat.

Von den Betreffenden wird das weit von sich gewiesen: die SPÖ etikettiert diese Meldungen als „Verschwörungstheorie", Klestil dementiert, was gar nicht behauptet wurde (er hätte mit dänischen Politikern in den letzten Wochen gar nicht telefoniert). Es wird eingewendet, daß trotz des „hohen Ansehens" es ja kaum möglich sei, vierzehn Regierungschefs so einfach zu vergattern.

Das hat gewiß viel für sich, aber es zeigt zweierlei: daß eben schon länger daran „gearbeitet" wurde – wie man inzwischen weiß – und zweitens, daß die Ordre tatsächlich von „höherer" Stelle kam und man die plumpe Agitation der beiden höchsten Vertreter Österreichs nun aufgriff, um a. die eigentlichen Drahtzieher, Lib-Intern, als anonyme Macht nicht zu demaskieren, und b. diese als Verräter zugleich bloßzustellen – nach dem Motto: man liebt den Verrat, aber man verachtet die Verräter; insbesondere, wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben.

Es ist ja doch sehr erstaunlich, warum doch dieser, wie es den Anscheine hat, Verrat von drei unterschiedlichen Parteien angehörenden Teilnehmern des „Außenpolitischen Rates" Dänemarks ans Licht gebracht wurde, oder daß der bisher völlig auf der Linie von Lib-Intern agierende Presse-Chefredakteur nun so unerwartet und eindeutig in seiner Sprache ist. An eine Änderung der Blattlinie ist keinesfalls zu denken, es bleibt also nur: ein Auftrag zu einer präzise kalkulierte (Des-) Information. In ihrer Mischung aus Wahrheit – über den Landesverrat – und Camouflage – über die in ganz anderen Etagen organisierte Stigmatisierung und Erpressung Österreichs –, erfüllt die Wiener Presse ihre Rolle: die wirklichen Zusammenhänge zu verschleiern.

Welcher Art diese einmalige Erpressungsaktion der 14 EU-Staaten ist, zeigt das Medienecho. Die kleineren Länder sind äußerst kritisch und distanzieren sich: z.B. Griechenland noch am selben Tag; es wurde offenbar über den Tisch gezogen – und weiß, daß es der nächste Paria sein wird. (Wegen seiner katastrophalen Wirtschaftslage und des Widerstandes gegen die Pläne, die Türkei zum EU-Mitglied zu machen. Damit ist vorgezeichnet, was diesem Land blüht. Mit seiner ablehnenden Position gegen den NATO-Überfall auf Serbien sind sie bereits vorgemerkt.)

Auch die osteuropäischen Staaten beobachten, was es heißt als Ersatz für die Breschnew-Doktrin nun unter eine Brüsseler Doktrin zu geraten. Die FAZ vom 2. 2. 2000 stellt diesen Zusammenhang her. „Haben wir uns nicht schon immer so eine EU gewünscht? Kraftvoll, einmütig und entschlossen tritt sie auf, weist einen finsteren Schurkenstaat in die Schranken und verteidigt Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde gegen jeden, der es wagt, seine schmutzigen Finger an sie zu legen . . ." Nun wurde uns deutlich wie noch nie vor Augen geführt, welchen Klang diese ewigen Wahrworte – Demokratie, Rechtsstaat, Menschenwürde – doch haben.

Was übrigens der neben Österreich zweite „Schurkenstaat" dazu meint, soll dem Leser nicht vorenthalten werden: „Serbien kritisiert EU-Drohung an Österreich". Belgrad (*Reuters*) – „Die jugoslawischen Regierungsparteien haben am Donnerstag die EU-Reaktion zu einer Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich kritisiert. Mit Blick auf die USA sagte ein Sprecher von den Sozialisten des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Miloševic in Belgrad, alle Länder der Welt bekämen die Folgen der Schaffung der neuen Weltordnung spüren. Seit diese Welt Serbien und Jugoslawien überrannt habe, seien nun andere Ländern an der Reihe. Deshalb sei das, was derzeit in Österreich passiere, nur ein neues Beispiel für das Einmischen in interne Angelegenheiten eines anderen Landes. Denn offensichtlich sei in einem Europa, das nicht sich selbst, sondern den USA diene, alles möglich . . ."

RESUMÉE

Sollten die ausländischen Berichte stimmen, steht der Landesverrat des Bundespräsidenten fest. Die Rolle eines Möchtegernkanzlers aus Eitelkeit auch. Ebenso Eitelkeit Klestils und Haiders. Die Tendenz der Sozialisten zum Landesverrat ist nicht die erste Erfahrung in dieser Republik, die Waldheim-Affäre wurde ebenfalls – wie aus Protokol-

len einer in Ungnade gefallenen SP-Mandatarin, Mattisek, gerichtsnotorisch wurde – vom damaligen SP-Kanzler Sinovatz angezündet.

Der Solidarisierungs-Effekt in Österreich wegen der de-facto Kriegserklärung[9] von 14 EU-Staaten an das 15. Mitglied der EU, Österreich, übertüncht einen ganz anderen „ideologischen" Verrat an den politischen Zielen des national-freiheitlichen Lagers durch Haider und seine wendehalsige FPÖ.

Das nun beschlossene Regierungsprogramm unterscheidet sich kaum von jenem der alten Koalition. Neu ist nur, daß es dagegen nunmehr keine Opposition gibt. Alle „One World"-Ziele der EU, jener „local global governance" sind nun akzeptiert, in der Präambel zum Regierungsprogramm des – sich selbst als „geradlinigen Politiker"! bezeichnenden – Präsidenten ließen sich die Paktanden Schüssel und Haider zu einer Unterschrift unter Selbstverständlichkeiten nötigen – den Rechtsstaat zu achten, ... – und zu einen Kotau.

Da, wie gezeigt wurde, Haider ja zu 150 % die Vorgaben von Lib-Intern erfüllte – und das nicht erst unter dem Druck der EU-Proteste, sondern schon längst, und erkennbar in seinen neuen politischen Weichenstellungen –, ist der Angriff auf Haider und die FPÖ in Wahrheit keiner auf die Partei, sondern einer auf ihre 1,5 Millionen Wähler, auf die im Volk tatsächlich herrschende Opposition gegen all die unerträglichen An- und Übergriffe des Auslandes, der anonymen Mächte, der Geschäftsagenten und Erpresser im Holocaust-Business.

Die lokale Schäbigkeit der politischen Akteure, der Gutmenschen und pc-Presse ist nicht die treibende Kraft in diesem Geschehen. Daß aber die österreichischen Ereignisse, die Kohl'sche Demontage, in einem inneren Zusammenhang stehen, scheint uns auf der Hand zu liegen.

Nachdem der globalistische Angriff der USA in Asien – China und Indien sind nach wie vor weitgehend geschlossene Volkswirtschaften – gescheitert ist, Rußland sich wohl abnabeln wird, ist das Schlachtfeld um die hegemoniale Vorherrschaft der USA wieder stärker Europa. Die Folgen spüren wir täglich – und sie werden immer drückender.

HÖHEPUNKT AM 4. 2. 2000

Die Angelobung war sozusagen fortgesetzter, öffentlich inszenierter Landesverrat. Das Fernsehen berichtet, der Reporter erwähnt ausdrücklich, daß Klestil grußlos in den Maria Theresien Saal hereinkommt. Die Atmosphäre ist eisig. Gruppenfoto gab es keines.

Zu den Erklärungen des Vortages, daß er diese Regierung ohne seine Zustimmung und gegen seinen Willen angelobt würde, was ja nichts anderes ist, als die Wahlentscheidung nicht anzuerkennen, kommt die Impertinenz jener Präambel, die einerseits Selbstverständliches einfordert, als wäre Österreich einen südamerikanische Bananen-Republik und die Parteien und die künftigen Repräsentanten des Staates Verdächtige beim Haager Tribunal.

Der unerhörte Landesverrat und die mit keiner völkerrechtlichen Gepflogenheit zu entschuldigende Unerträglichkeit setzt sich fort mit dem Brief an das Wiesental Center, dem er die „Gründe" seines Handelns erklärt. Nicht anderen Staaten und ihren Repräsentanten, sondern einem Privatverein des Holocaust-Business erklärt der UHBP, er hätte schließlich keine Alternative mehr gehabt. Eine Neuwahl hätte Haider die absolute Mehrheit beschert.

Abgesehen von den medial in Szene gerückten Demonstranten, kocht die Volksseele wegen dieser den Menschen völlig gegen den Strich gehende Vernaderung der eigenen Heimat durch den „ersten Mann im Staate".

SCHURKENSTAAT ÖSTERREICH

Der Chef der Grünen, Univ. Prof. Van der Bellen, läßt es nicht dabei bewenden, im Inland zu hetzen – was ja wegen der im Ausland aufgegriffenen Stichwortgeberei allein schon hart an den politischen Landesverrat reicht, Nein, er fährt dazu auch ins Ausland. Ausgerechnet in Belgien wird der Verstärker der Österreichhetze tätig. Daß ihn sein Weg über das Büro Joschka Fischers natürlich auch führt, war unvermeidlich.

Heute berichten die *OÖN* (16. 2.), daß Schüssel über all die Maßnahmen der EU informiert gewesen sei. – Na und? Ändert das etwas an der illegalen, vertrags- und sittenwidrigen Ausgrenzung eines 1 000jährigen europäischen Kulturlandes, das Jahrhunderte die Ostmark Europas, das Bollwerk gegen nichteuropäische Mächte war? Das Ergebnis der Konspiration gegen Österreich dem Außenminister kurz vor dem Zuschnappen der gestellten Falle mitzuteilen, bedeutet ja kaum, daß Österreich – EU-vertragskonform – in die „Beratungen" einbezogen war. Das wäre ja auch gar nicht möglich gewesen, denn in Wahrheit handelt es sich um das Werk jener, die seit eh und je die EU-Fäden ziehen. Globale Konspiration, Aufhebung jener Europa konstituierenden Eigenschaften und Besonderheiten – One World!

Der eitle und politisch einfältige französische Präsident Jacques Chirac setzt die französische, gegen Europa gerichtete Politik in gerader, ununterbrochener Linie fort: auch der französische König hatte mit der Pforte gegen den deutschen Kaiser in Wien konspiriert, als die Zweite Türkenbelagerung Wiens, also gegen das europäische, christliche Abendland vor über 300 Jahren im Osten anbrandete.

In ihrer eitlen und kurzsichtigen Politik haben französische Führer in diesem Jahrhundert sich immer wieder zum Steigbügelhalter der Inthronisation fremder Mächte über Europa gemacht. Nachdem sie als letzte europäische Nation (nach Spanien, Portugal, Niederlande, Belgien) ihre mögliche maritime Bestimmung an England verloren hatten, wurde ihnen bis heute nicht klar, daß der Gegensatz zwischen Land und Meer, terraner und maritimer Bestimmung, sie existenziell mit dem europäischen, terranen Kontinent verbunden hatte und der Feind die maritime Nation England bzw. seit dem Ersten und endgültig mit dem Zweiten Weltkrieg die USA geworden ist. Diese Narren machen noch immer die Politik der vergangenen Jahrhunderte – und damit gegen sich selbst.

Da jedermann klar ist, daß die behaupteten Anwürfe so dumm wie falsch sind, Österreich überdies als kleines, machtloses Land keine tragende politische Rolle spielt, ist natürlich anderes im Spiel. Man kann auch nicht annehmen, daß es die anderen europäischen Nationen (= Völker) sind, die hier auf Österreich eindreschen, denn es ist ja offensichtlich, daß sie sich damit selbst abschaffen! Das bedeutet aber, daß auch sie von globalen Konspirateuren beherrscht werden, die zielstrebig an der Vernichtung Europas arbeiten.

Die Masken der „EU" sind gefallen!

Am 28. 2. trat Haider als FPÖ-Chef zurück. „Politische Gründe" den Rücktritt zu erzwingen, gab es nicht. Haider erfüllt ja alle Zumutungen der Neuen Weltordnung Der Staat ist halb bankrott. 8 700 Mrd. öS sind die gigantische und immer noch wachsende Staatsschuld. Davon distanziert sich Haider. Ob er es „unbeschädigt" überstehen wird, ist die Frage. Ein Rücktritt ist immer auch ein Machtverzicht. In Österreich gibt es aber niemand, der zweifelt, daß er trotz „Rücktritt" der wirkliche „Chef" bleibt. Er wird wohl als Phönix nach dieser Legislaturperiode nach dem Kanzleramt greifen. Interessanterweise hat ja sein US-Querverbinder Sichrowsky vor der entscheidenden Sitzung den Rückzug höchst positiv begrüßt. Ein Schritt zurück, zwei Schritte vorwärts, sagte Prinzhorn frei nach Lenin. Freilich: der Mensch denkt – und Gott lenkt. Noch hält die EU an ihren Sanktionen fest. Als volkstreue Deutsche müssen wir deswegen aber nicht in Trauer verfallen.

Anmerkungen

[1] Wir halten nicht das Geringste von Kohl, am wenigsten halten wir ihn für den „Kanzler der Wiedervereinigung"; aber er wurde es mit politischer Propaganda in der Wahrnehmung der Deutschen. Indem man ihn nun in derartiger Weise demontiert und kriminalisiert, wird den Deutschen ihr Denkmal zertrümmert. Das einzige, auf das sie stolz sein zu dürfen glaubten. Bei all dem „Nie vergessen!" – „Vae victis!", Rache bis in den Tod! – bricht ihnen der letzte Strohalm. – Und sie sollen ge- und zerbrochen werden!

[2] Die krampfhafte Distanzierung von anderen europäischen nationalen Gruppen, Vlaams Block, Front National, selbst der Lega Nord, zeigen ja wie sehr man sich selbst über das Ausgegrenztsein beklagt, aber es mit den europäischen Wölfen hält, wenn es um's Heulen über die als „Rechtsradikale" verteufelten Oppositionsparteien geht.

[3] Die *Oberösterreichischen Nachrichten* vom 4. Feb. 2000 bringen einen Kommentar „News vom Präsidenten" von Karl Danninger, S. 5. „Klestil ist durch sein Vorgehen bei der Bildung einer neuen Bundesregierung aus eigener Schuld in einen derartigen Rechtfertigungszwang geraten, daß er nicht einmal mehr die Wahl der Mittel beherrscht. Klestil ist zum Illustrierten-Präsidenten geworden. Daß er seine Ehe-News der Öffentlichkeit auf buntem Hochglanzpapier darlegte, kann man als seinen Stil abtun. Daß er aber seine politischen Enunziationen im Zuge der schwierigsten Phase der Geschichte der zweiten Republik ebenfalls auf *News*-Ebene transportieren läßt, geht über die Frage von Geschmack und Stil hinaus. Weit hinaus ...Aus Dänemark kommen Nachrichten, wonach der Bundespräsident im Zusammenspiel mit einem ihm genehmen Parteiführer (Klima) die Isolierung Österreichs durch 14 EU-Staaten initiiert habe ..." (*News* ist ein Sex and Crime Revolverblatt der Linken, dessen „Aufklärungs-Journalismus" die höchste Rate von gerichtlich erzwungenen Widerrufen aufzuweisen hat.)

[4] „Femegericht" von Andreas Unterberger. Die Presse, 2. 2. 2000, S.1. „... Ein blühendes Land, in dem das Normalste passiert, was in einer Demokratie passieren kann, nämlich daß Machthaber abgewählt und ausgetauscht werden, ist in einer schweren Krise ... Hätte Österreich einen Bundespräsidenten, der seiner Aufgabe gewachsen wäre, würde er sich in diesem Sinne deutlicher bemühen, die Wogen zu glätten, die Bürger zu trösten, statt sich als Pressesprecher Jacques Chiracs zu betätigen. Mindestens so schlimm wird aber auch der Katzenjammer für die arroganten 14 sein. Sie werden bald entdecken, daß sie eine sehr gefährliche Saat gesät haben. Denn solche vernichtenden Urteile über einzelne Staaten, Parteien oder Personen sollten in keinem Rechtssystem ohne geordnetes Verfahren vor unabhängigen Richtern, ohne eine präzise Anklage, geordnete Verteidigungsmöglichkeit und Beweisaufnahme möglich sein. So aber erinnert die Union heute mehr an ein mittelalterliches Femegericht als an eine Institution, die die von ihr postulierten Werte auch verkörpern würde."

[5] Dieser ehrenwerte Verteidiger der Menschenrechte und Gegner des „Rassismus" beliebte zu seiner Zeit als Bürgermeister von Paris die offenbar aus den ehemals französischen Kolonien kommenden Ausländer (die eigentlich französische Staatsbürger sind!) als „faules, stinkendes und kriminelles Pack" zu bezeichnen, was man heute noch jederzeit als APA-Meldung nachlesen kann.

[6] In *Jyllands Posten* berichtet die Journalistin Ulla Östergaard laut *Die Presse* vom 2. 2. 2000, S. 1. „Dänisches Blatt: EU-Protest von Klima und Klestil bestellt"; Hannes Gamillscheg, S. 1. „Kopenhagen. Der Beschluß, Österreich bei einer Regierungsbeteiligung der FPÖ zu isolieren, sei auf Intervention von Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ) und Bundespräsident Thomas Klestil zurückzuführen, melden dänische Zeitungen. Klima habe in der Vorwoche seine sozialdemokratischen Kollegen am Rande der Holocaust-Konferenz in Stockholm um Aktionen gebeten. Klestil habe am Wochenende nachgehakt ... Die Informationen stammen von sozialdemokratischen Premier Poul Nyrup Rasmussen. Er informierte den Außenpolitischen Ausschuß des dänischen Parlaments über die außergewöhnliche EU-Aktion. Die Treffen des Ausschusses sind streng vertraulich. *Jyllands Posten*, die darüber berichtet, erhielt die Version jedoch von drei Ausschußmitgliedern dreier verschiedener Parteien unabhängig von einander bestätigt, erklärte die Journalistin Ulla Östergaard der „Presse" ... Er (Klima) habe dabei Schützenhilfe gegen Haider erbeten ... Auch Klestil soll sich dem Wunsch nach Reaktionen angeschlossen haben, heißt es in Kopenhagen ... Rasmussen sei als letzter der 14 informiert worden und habe keine andere Möglichkeit gehabt, als sich der Aktion anzuschließen. Außenminister Niels Helveg Peters will erst davon erfahren haben, als die Maßnahmen bereits beschlossen waren. Nun stellt sich jedoch heraus, daß die Aktion langfristig vorbereitet worden ist."

[7] Laut Brockhaus werden unter Landesverrat eine Reihe von Straftaten zusammengefaßt, die sich gegen die äußere Sicherheit und Machtstellung des Staates (im Verhältnis zu andern Staaten) richten. Landesverrat im engeren Sinne begeht: wer einer fremden Macht oder deren Mittelsmännern ein Staatsgeheimnis mitteilt, es in der Absicht die BRD zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen, an Unbefugte gelangen läßt oder es öffentlich bekannt macht und dadurch die konkrete Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der BRD herbeiführt. Landesverräterische Konspiration begeht, wer als Deutscher ... zu fremden Mächten Beziehungen aufnimmt, ... um einen Krieg oder ein bewaffnetes Unternehmen gegen die BRD herbeizuführen... Nicht zu Staatsgeheimnissen zählende Tatsachen, die zwar alle Merkmale eines Staatsgeheimnisses aufweisen, ... Wer solche Tatsachen einer fremden Macht mitteilt und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der BRD herbeiführt, wird wegen Quasi-Landesverrat wie ein Landes-verräter nach § 97a bestraft. In Österreich wird der militärische Landesverrat ... bestraft, während die Herbeiführung oder Vergrößerung einer Gefahr für den Staat von außen als Hochverrat (§ 58 Straf-Ges.) gilt.

[8] Die Presse, 3. 2. 2000, „Der Scherbenhaufen", Andreas Unterberger, S. 1. „Der Bundespräsident wie der Bundeskanzler haben dementiert. Der dänische Ministerpräsident muß also offenbar lügen oder sich irren, wenn er – nach kongruenten berichten dänischer Zeitungen sowie Abgeordneter – sein Parlament davon informiert hat, daß die Aktion der 14 EU-Staaten gegen eine VP-FP-Koalition auf Wunsch Viktor Klimas und Thomas Klestils zustande gekommen sei. Nun: Es hätte genügt, wenn Klestil dem französischen Präsidenten Chirac das gesagt hat, was er nun unbestritten einem Magazin aufs Tonband diktiert hat. Das mußte ein Chirac als Aufforderung auffassen. Dementsprechend hat er die andern informiert, und unter führender Mithilfe Portugals, Deutschlands und Belgiens einige kleine Länder über den Tisch gezogen, die wie sich nun herausstellt - gar nicht genau wußten, was sie mittragen. Das Interview, die Aussagen aus Dänemark und Klestils Verhalten seit Oktober sprechen alle dieselbe Sprache. Der Bundespräsident intrigierte mit voller Kraft gegen eine Koalition ohne Klima ..."

[9] Boykott und Blockade sind Kriegsmittel des (englischen) Seekrieges, die sich weniger gegen die Regierung oder deren Streitmacht richten, sondern ausschließlich die Zivilisten als Ziel und Opfer haben. Wenn man moderne Werke über „Strategie" liest, so gehen diese immer von einem „umfassenden Strategie-Begriff" aus, d. h. alle Lebensbereiche – Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen, Zivilschutz, psychologische und mediale Aspekte, die Interpretation der Geschichte, ... – sind hier eingeschlossen. Die eigentlichen Kriegsmittel der bewaffneten Kräfte machen noch vielleicht 10 % in diesem Kontext aus. Man sprach vom „Kalten Krieg", die Rede ist immer wieder von „Wirtschaftskriegen" und der jüngste im Kosovo, hat mittels psychologischer und propagandistischer Kriegsführung in eben der Weise begonnen, wie es den Österreichern jetzt auch passiert! Auch hier werden die Opfer Bürger sein, die ihre Arbeit verlieren.

GEORG FECHTER / WIEDERGUTMACHUNG UND ENTSCHÄDIGUNGSBUSINESS

Die in den zurückliegenden Monaten gegen die deutsche Wirtschaft gerichtete und weitestgehend vom deutschen Staat zu bedienende Forderung unter dem Namen „Zwangsarbeiter-Entschädigung" gibt Veranlassung, das Thema Wiedergutmachung zwischenbilanzierend zu reflektieren.

Alsdann soll der politische Ablauf bis zur Vereinbarung einer Bundesstiftung für Zwangsarbeiter nachgezeichnet und aufgezeigt werden, daß Zwangsarbeiter im Dritten Reich bei Entschädigungsleistungen keineswegs vergessen wurden.

I. BILANZ DER WIEDERGUTMACHUNG

Mit der Bezeichnung Wiedergutmachung werden die Bemühungen der BRD bezeichnet, durch finanzielle Leistungen an die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft oder deren Hinterbliebene die materiellen Folgen geschehenen Unrechts zu lindern. Diese Bemühungen unterscheiden sich durch ihre Freiwilligkeit von den Reparationen, die nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten den besiegten Staaten auferlegt wurden.

Nach aktuellen amtlichen Zahlen des Bundesfinanzministeriums wurden mit Stand 1. 1. 1999 rd. 104 Mrd. Mark an staatlicher Wiedergutmachung gezahlt. Die unten veröffentlichte Gesamtübersicht (Anlage 1)[1] zeigt die Breite der Empfängerschaft. Im wesentlichen zahlen Bund, Länder, Bezirksregierungen, Renten- und Unfallversicherungsträger, Stiftungen, Fonds.

Besonderer Erwähnung bedarf vielleicht der Umstand, daß der Staat Israel, den die Übersicht aufführt, zwar nicht zu den Geschädigten des Dritten Reichs gehört, da er erst 1948 gegründet wurde, er erhielt aber trotzdem offiziell 3 Milliarden Mark aufgrund einer besonderen Vereinbarung (Israel-Vertrag von 1952) und insgesamt in den vergangenen 50 Jahren materielle staatliche Leistungen, die diesen Betrag weit übertreffen. Die Höhe kann nicht beziffert werden, da die Behörden die entsprechenden Tatbestände und Transfers systematisch verschleiern. Sie werden entweder nicht bekanntgegeben und/oder statistisch nicht erfaßt. Die Lizenzmedien befleißigen sich angesichts dieser Thematik einer äußersten Passivität, die von den Gewalthabern über Deutschland stillschweigend erwartet wird.

Die jüdische Weltorganisation „Conference on Jewish Material Claims against Germany", zu der auch bereits 1952 der Zentralrat der Juden in Deutschland gehörte, erhielt im Rahmen des Israel-Vertrages 450 Mio. Mark „für die Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung" außerhalb Israels lebender Juden „nach der Dringlichkeit ihrer Bedürfnisse".

Insgesamt wäre es ein weites Feld, sich mit all den ebenfalls irgendwie als „Wiedergutmachung" einzustufenden und jeweils nur als Faktum bekannten staatlichen Leistungen an insbesondere jüdische Empfänger zu befassen, über die das stark jüdisch beeinflußte und inspirierte Mediensystem der BRD[2] gleichfalls schweigt. Hierunter fallen z. B. die hohen Kosten für die „Integration" der 50 000 auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum vermittelbaren Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, die – ganz ohne irgendeine rechtliche Verpflichtung – von Kohl nach einer Absprache mit dem jüdischen Zentralratsvorsitzenden Galinski in den 80er Jahren zur Zuwanderung nach Deutschland gebeten wurden und zum starken Wachstum der jüdischen Gemeinden in Deutschland beitrugen.[3]

Desgleichen harrten an sich einer Zusammenstellung und Beleuchtung die nicht unbeträchtlichen Zahlungsverpflichtungen, zu denen sich nach 1990 feierlich die – in diesem Zusammenhang muß es einmal so gesagt werden – fünf finanziell impotenten Empfängerländer des „Aufbaus Ost" großspurig in Staatsverträgen gegenüber den jüdischen Gemeinden auf Dauer verpflichtet haben oder die vom Steuerzahler zu tragenden und nirgends auftauchenden Unterhaltungslasten für jüdische Friedhöfe und andere Einrichtungen.

Speziell Israel und jüdische Empfänger weltweit haben nach den offiziellen Zahlen bis Anfang 1999 von der Gesamtsumme ca. 84 Milliarden Mark erhalten (Anlage 2[4]). Aufgrund von Verträgen mit westlichen Staaten („Globalabkommen") zahlte Bonn 972 Millionen Mark, nach der Vereinigung ließ sich die BRD dann herbei, in weiteren Abkommen 1,5 Mrd. Mark für Empfänger in osteuropäischen Staaten zu versprechen.

Die entsprechende offizielle Übersicht (Anlage 3)[5] ist hinsichtlich Vollständigkeit und Höhe der Zahlungen wie immer mit Vorsicht zu betrachten. So führt sie den 1997 vereinbarten sog. „Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds"[6] noch nicht auf. Er wird mit 140 Millionen Mark Tschechen bedienen.

Die in der Übersicht genannte, 1991 vereinbarte Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung", die mit 500 Mio. Mark ausgestattet sein soll, stellt lediglich ein Sahnehäubchen auf den – selbstverständlich unerwähnten – Milliardenbeträgen dar, die deutsche Kanzler seit Schmidt dem polnischen Staat als „Kredite" überlassen, teilweise in nahezu wertlose Zloty-Verbindlichkeiten umgewandelt, zum größten Teil aber nach kurzer Schamfrist dann jeweils einfach kaltlächelnd ausgebucht haben. Auch diese Transfers waren „Wiedergutmachung" ...

Der oben genannte Gesamtbetrag von rd. 104 Mrd. Mark ist selbst nach Angaben der Bundesregierung um Milliardenbeträge zu ergänzen, die nicht im einzelnen beziffert werden können.[7] Von der für die neue Zwangsarbeiter-Bundesstiftung vorgesehenen Ausstattung abgesehen, sind im Rahmen der alten Regelungen als zukünftige Leistungen schätzungsweise 23 Mrd. Mark aufzubringen, was bereits jetzt feststeht.[8]

II. BUNDESSTIFTUNG FÜR ZWANGSARBEITER

Fordernde betreten die Bühne

Die Lobbyorganisationen, voran die Jewish Claims Conference, hatten sich zur Durchsetzung ihrer Forderungen, die im Dezember 1999 zur Vereinbarung einer Bundesstiftung führten, des US-Finanzstaatssekretärs Eizenstat bedient. Dem Vorgehen der Lobbyisten und der USA verleiht die Bundesregierung in einer offiziellen Erklärung den Heiligenschein, indem sie die abgeschlossene Vereinbarung „ein Beispiel für das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und den USA" nennt.[8a] Bereits dieses Vorgehen stellt jedoch seitens der USA diplomatisch eine Ungeheuerlichkeit dar. Es geht dabei um folgenden Tatbestand: Die US-Regierung als Regierung eines mit Deutschland eng verbündeten Staates findet sich bereit, im Dienst – wie auch immer argumentierender – privater Anspruchsteller und Organisationen erpresserischen Druck auf die Wirtschaft und Regierung eines anderen Staates auszuüben, um Forderungen durchzusetzen, auf die weder nach nationalem noch internationalem Recht ein Anspruch besteht. Stellte man sich dieses Vorgehen einmal in anderer Konstellation vor, wäre es nicht zu beanstanden, wenn beispielsweise ein chinesischer Regierungsvertreter Entschädigungsforderungen deutscher Kriegsgefangener gegenüber den USA oder Rußland durchsetzen (helfen) wollte oder – noch „realistischer", da nicht Deutsche beteiligt – wenn z. B. Frankreich Überlebende des einzigartigen US-Völkermords an den Indianern politisch gegenüber den USA bei der Geltendmachung indianischer Entschädigungsansprüche verträte.

Bereits das äußere Bild zeigt also Schutzgelderpressung: wenn die deutsche Wirtschaft nicht will, daß der eigene Laden demoliert wird (angedrohte Boykottaufrufe gegen deutsche Firmen), wenn der deutsche Staat verhindern will, daß politisches Feuer gelegt wird, sollte sie bzw. er lieber zahlen . . .

Warmlaufen der Erfüllungsgehilfen

Dies vorausgeschickt, dokumentiert der Ablauf bis zur Vereinbarung geradezu klassisch das vorsätzliche schädigende Wirken des deutschen politischen Establishments zu Lasten des deutschen Volkes. Als handelnde Akteure stechen in diesem Fall die Herren Schröder und Rau hervor. Gerhard Schröder gab die Initialzündung, wie die Ereignisse zeigen, Johannes Rau den Schlußsegen.

Die Lobbyisten hatten die Forderung nach einer „Zwangsarbeiter-Entschädigung" bereits seit den 80er Jahren lanciert, aber keine „große Lösung" für dieses Anliegen erreichen können, da die bis Herbst 1998 amtierende Bundesregierung dem nicht nähertrat. Sie stand auf dem zutreffenden Standpunkt, daß Rechtsansprüche nicht bestünden und Forderungen im übrigen in jedem Fall verjährt wären.

Wenn nach Abtritt dieser Regierung eine Bedienung der Forderungen doch noch Wirklichkeit werden sollte, bedurfte es für die Lobbyisten Hilfswilliger an der Spitze der neuen Regierung und eingespielter flankierender Medien-Maßnahmen. Solche Hiwis fanden sich schon im Vorfeld der Bundestagswahl 1998, und so kam Bewegung in die Sache: der seinerzeitige niedersächsische Ministerpräsident und VW-Aufsichtsrat Schröder hatte im Mai 1998 als aufgestellter Kanzlerkandidat der SPD nach einer erneuten Erklärung der VW-Konzernspitze, im Zusammenhang mit Zwangsarbeit geltend gemachte Forderungen nicht befriedigen zu wollen, angekündigt, er werde sich im Falle seiner Wahl zum Bundeskanzler für eine Stiftung zur Entschädigung einsetzen, an der sich außer VW auch andere Unternehmen beteiligen sollten.[10] Von Schröder stammte auch der Vorschlag, sich der Höhe nach an 10 000 Mark pro errechneten Betroffenen/Antragsteller zu orientieren.[11]

Dieser Vorstoß Schröders wurde in der Presse zwecks Profilierung des Spitzenkandidaten breit gestreut und in den interessierten Kreisen aufmerksam zur Kenntnis genommen. Als Schröder dann im Oktober 1998 als Kanzler vereidigt war, kannten einerseits ebendiese Kreise Schröders Bereitschaft und Festlegung zu einer Vereinbarung auf staatlicher Ebene und gleichfalls die Größenordnung einer anzupeilenden individuellen Summe (10 000 Mark), an der man auch bis zum Schluß festhielt.[12]

Andererseits hielt sich Schröder mit eigenen Stellungnahmen zur Entschädigungsfrage nach seinem Amtsantritt taktisch zurück und überließ das Feld den Beauftragten Hombach und Lambsdorff. Der Verzicht darauf, hier irgendetwas zu forcieren, ruhte auf dem Wissen, daß er, Schröder, den Stein ins Wasser geworfen hatte und nun das Herannahen der Wellen – mit unvermeidlichen Aufgeregtheiten der Verhandlungsführung als Pressefutter – gelassen verfolgen konnte. Auf der Schaumkrone der Forderungswellen seitdem tanzten vornehmlich lüsterne US-Anwälte mit Quotenansprüchen auf die fixierte Beute.[13]

Die Verhandlungsführer und Anwälte der fordernden Seite wußten, wen sie in Deutschland vor sich hatten und wurden nicht enttäuscht. Als beim Gebot von insgesamt acht Milliarden (Schröder: „Der Betrag ist nicht zu erhöhen") der Zuschlag nicht erfolgte, kam nach kürzestem Sich-Zieren Schröders sein Plazet für staatlich aufgestockte zehn Milliarden, die – obwohl sich die hier in Rede stehenden Forderungen gerade gegen Wirtschaftsunternehmen gerichtet hatten – ganz überwiegend wegen der Abschreibungsmöglichkeit für sich beteiligende Firmen zu Lasten des deutschen Steuerzahlers gehen werden.

Schlußspruch – Vorhang

Den Schlußakkord durfte dann der aus antideutscher Leidenschaft handelnde oberste Repräsentant der Bußerepublik setzen, der seine Genugtuung über den besiegelten Abfluß der Milliardensummen aus noch zu verhökerndem Staatsbesitz[14] mit einer moralischen Deklassierung der Deutschen verband. Am 16.12.1999 gab Rau eine Erklärung heraus[15], in der er es – wie auch sonst wohlbedacht ausschließlich bei solchen und ähnlichen thematischen Anlässen – fertigbrachte, den Begriff des „deutschen Volkes" in den Mund zu nehmen. Man kann den ab-

schließenden Satz seiner Erklärung „Ich bitte im Namen des deutschen Volkes um Vergebung" als nach Bundespräsidenten-Verständnis obligatorischen Kniefall, noch eher aber als rituelle Verfluchung der Deutschen werten: Denn Herr Rau weiß, daß es keine Vergebung gibt, ist doch nach einem Ausspruch eines prominenten jüdischen Funktionärs „Versöhnung ein absolut sinnloser Begriff".[15a]

ZURÜCKLIEGENDE ENTSCHÄDIGUNG FÜR ZWANGSARBEITER

Damit kommen wir zu einer gewissen Pointe. Denn anders als der Bundespräsident behauptet („Seit dem Ende des Krieges, 54 Jahre lang, mußten Menschen, die von der Kriegsmaschinerie der Nationalsozialisten mißbraucht wurden, auf eine Entschädigung warten"[15]), anders als die jetzige Regierung sich gibt und entgegen den Darstellungen der Systemmedien wurden Zwangsarbeiter im Dritten Reich bisher keineswegs bei Entschädigungsregelungen vergessen oder übergangen, was die *Staatsbriefe* hier belegen.

In einem „Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht", der dem Bundestag zur Unterrichtung zugeleitet wurde (Bundestags-Drucksache 10/6287 vom 31. 10. 1986) wird in dem ausführlichen Kapitel „Entschädigung der Zwangsarbeiter"[16] ausgesagt, daß alle *„Verfolgte(n), die unter der NS-Gewaltherrschaft auf Veranlassung oder mit Billigung einer Dienststelle oder eines Amtsträgers des Reiches, eines Landes, einer sonstigen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, der NSDAP, ihrer Gliederungen oder ihrer angeschlossenen Verbände Zwangsarbeit in einem Konzentrationslager oder sonst unter haftähnlichen Bedingungen bei deutschen Unternehmen leisten mußten, Haftentschädigung nach dem BEG (Bundesentschädigungsgesetz) erhalten."* (S. 47).

Aber auch andere Zwangsarbeiter (z. B. sog. Nationalgeschädigte) bekamen Entschädigung, was der Bericht im einzelnen ausführt.

Die bei den Stiftungsfonds-Verhandlungen von deutscher Seite hingenommenen Hochrechnungen von Lobbyisten und Anwälten, sie verträten 135 000 ehemalige Zwangsarbeiter, erscheinen höchst zweifelhaft. Der US-Historiker Norman Finkelstein, dessen Eltern selbst in einem KZ arbeiten mußten, hält allenfalls eine Zahl von 25 000 möglichen Anspruchstellern für realistisch und beschuldigt die Jewish Claims Conference, von Deutschland in den 50er Jahren gewährte Gelder zur Entschädigung von meist jüdischen Zwangsarbeitern (damals 80 Mio. US-$) veruntreut zu haben: „Es ist tragisch, aber die gleichen Verhandlungen wie heute fanden schon einmal statt – und das mit den gleichen Leuten", sagte unlängst Finkelstein der *Berliner Zeitung*. „Umgehend, nachdem die ersten Zahlungen Deutschlands auf den Konten der JCC eingingen, fing man an, ihren Verwendungszweck neu zu definieren. Ein Großteil der Gelder floß dann an jüdische Gemeinden in arabischen Ländern."[16a] In dem Bericht der Bundesregirung von 1986 heißt es: *„Angaben über die Zahl der als Verfolgte ... entschädigten Zwangsarbeiter können die Entschädigungsbehörden der Länder und das Bundesverwaltungsamt Köln nicht machen ... Bei einem großen Teil der Verfolgten haben jedoch Freiheitsentziehung und Zwangsarbeit unter haftähnlichen Bedingungen zur Freiheitsschadenentschädigung und Entschädigung für Schaden an Körper und Gesundheit geführt."*

Zur Frage der Entschädigung ehemaliger ausländischer Zwangsarbeiter außerhalb der gesetzlichen Wiedergutmachungsregelungen wird berichtet: *„Soweit ausländische Zwangsarbeiter außerhalb der genannten Wiedergutmachungsregelungen Schadensersatzansprüche geltend gemacht haben, steht das Londoner Schuldenabkommen (LSchA) vom 27. Februar 1953 ... entgegen ... Das LSchA ist von über 30 Staaten unterzeichnet worden und gilt überdies auch gegenüber allen Staatsangehörigen von Staaten, die dem Abkommen nicht beigetreten sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist daran gebunden. Sie durfte davon nur im Rahmen der Entschädigung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts abweichen ..."*

Schließlich ist dem Bericht auch zu entnehmen, daß der überwiegende Teil der verfolgten Displaced persons[17] Zwangsarbeit unter haftähnlichen Bedingungen geleistet hat und insoweit auch entschädigt worden ist. Im Dritten Reich für den besonderen Bedarf der Rüstungsbetriebe dienstverpflichtete Personen – „entsprechende Dienstverpflichtungen gab es während des Krieges auch in demokratisch regierten Staaten"[18] – wurden dem Bericht zufolge regulär bezahlt und waren sozialversichert.[19]

Setzt man die Feststellungen dieses Berichts in Beziehung zu der nun getroffenen Vereinbarung, die Deutschen ein weiteres und ganz sicher nicht letztes Mal für sozusagen außerplanmäßige Milliardenbeträge an pauschalen Sühnezahlungen an wen auch immer in Anspruch zu nehmen, liegt der Befund offen zutage: Schröder als politischer Hauptinitiator der Stiftungsinitiative in Deutschland hat sich erneut als „geklonter Kanzler" (H.-D. Sander in *Staatsbriefe* 6-7/1999) in fremden Diensten erwiesen und dem deutschen Volk vorsätzlich vermeidbaren Schaden zugefügt, indem er finanzielle Anforderungen an den Staat provoziert und die Anspruchsteller nicht an die großen Wirtschaftsunternehmen, die Profiteure aus der Zwangsarbeit, verwiesen hat. An ihnen wäre es gewesen, Ansprüche entweder juristisch abzuwehren[20] oder zu erfüllen.

*

In einem zukünftigen Beitrag werden sich die *Staatsbriefe* mit den Unter- und Hintergründen von Forderungswut und Zahlungsbereitschaft im Nachkriegsdeutschland sowie mit den künftigen Ertragsaussichten des Entschädigungs-Business befassen.

Anmerkungen

[1] Übersicht des Bundesministeriums der Finanzen „Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts", Stand 1.1.1999, Anlage 1.

[2] Zu dem auch der private „Nachrichten"sender *n-tv* gehört, an welchem der Eigner des US-Propagandakanals CNN, TIME Warner Inc., der größte Medienkonzern der Welt, beteiligt ist und der sich als höchst williges Transportmedium amerikanischen Geldgeists und Endverbreiter vorfabrizierter Wahrheiten betätigt.

[3] Die jüdischen Gemeinden sind nach Angaben des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Spiegel zu 80 % hochverschuldet. Spiegel gab im ersten Fernseh-Interview direkt nach seiner Wahl zum Vorsitzenden am 9. 1. 2000 unverblümt seine „Wunsch"-Forderung bekannt, daß „Bund, Länder und Gemeinden" rasch dieses Problem lösen (ARD-Tagesschau 9. 1. 2000, 20.00 Uhr). Diplomatischen Vorgehens bedarf es angesichts der in Berlin sitzenden Erfüllungsagentur auch nicht mehr.

[4] Übersicht des Bundesministeriums der Finanzen „Leistungen an den Staat Israel und an jüdische Verfolgte", Stand 1. 1. 1999, Anlage 2.

[5] Übersicht des Bundesministeriums der Finanzen „Globalabkommen Wiedergutmachung/Weitere Abkommen", Anlage 3.

[6] Eine Namensgebung in Neusprech, die wie die Namen für die anderen Fonds für Empfänger in Osteuropa oder für die Zwangsarbeiter-Bundesstiftung („Erinnerung, Verantwortung und Zukunft") Orwell Freude gemacht hätte ...

[7] Vgl. Anlage 1 (Fn. 1), letzter Satz.

[8] Vgl. Anlage 1 (Fn. 1), vorletzter Satz.

[8a] Bulletin der Bundesregierung, Erklärung „Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern", veröffentlicht nach dem 15. 12. 1999.

[9] Der eigentlich antiquierte Begriff „Weltjudentum" ist Sprachgebrauch des Jüdischen Weltkongresses und wurde z. B. von dessen Generalsekretär Singer in deutscher Sprache bei seiner Ansprache anläßlich der Frankfurter Trauerfeier für den gestorbenen Zentralratspräsidenten Bubis im vergangenen Jahr verwendet.

[10] Bericht von Tjark Kunstreich in *Jungle World*, 15. 7. 1998

[11] *FOCUS* 33/1999 und 34/1999 S. 30

[12] als „Untergrenze" (*FOCUS* 34/1999 S. 30)

[13] Der *SPIEGEL* berichtete von vorgesehenen Honoraren für die Anwälte in Höhe von 100 Millionen Mark aus dem Fonds (49/1999, S. 80).

[14] Um das Geld möglichst still aufzutreiben, sollen nach Überlegungen des hier nicht im Kostüm des Sparkommissars auftretenden Finanzbeschaffers Eichel nicht direkt Steuermittel eingesetzt, sondern Erlöse u. a. aus dem Verkauf von 114 000 Eisenbahnerwohnungen verwendet werden. Wann ist das letzte Tafelsilber verkauft?

[15] „Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau zur Einigung über die Höhe des Stiftungsvermögens zur Entschädigung von Zwangsarbeitern" vom 16. 12. 1999 (Quelle: Bundespräsidialamt).

[15a] M. Friedman, zit. in David Korn, *Wer ist wer im Judentum?*, 2. Aufl. 1996, S. 146.

[16] Anlage 4 – Bundestags-Drucksache 10/6287 v. 31. 10. 1986 (Auszug: „Entschädigung der Zwangsarbeiter", Bericht S. 47–49).

[16a] Bericht von Stefan Elfenbein, Schwere Vorwürfe gegen die Jewish Claims Conference, *Berliner Zeitung*, 28. 1. 2000.

[17] Displaced persons nannte man nichtdeutsche verschleppte Personen und Flüchtlinge, die sich bei Ende des 2. Weltkrieges (insbes. als Zwangsarbeiter) auf dem Gebiet des früheren Deutschen Reiches befanden. Vgl. die Aussagen des Berichts (unter 2).

[18] Anlage 4 (Fn. 16), unter 6.

[19] S. Fn. 18.

[20] „Tatsächlich sind die meisten Prozesse, die Zwangsarbeiter bislang anstrengten, zu Gunsten der Unternehmen ausgegangen." (*SPIEGEL* 49/1999, S. 80).

Anlage 1

WIEDERGUTMACHUNG NATIONALSOZIALISTISCHEN UNRECHTS

Stand: 1. Januar 1999

Übersicht über Regelungen und Leistungen

Bisherige Leistungen in Mrd. DM

A) GESETZLICHE REGELUNGEN

I. Bundesentschädigungsgesetz (BEG) i. d. F. des BEG-Schlussgesetzes vom 14. September 1965 **79,6**

Entschädigung von Personen, die in der NS-Zeit wegen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung verfolgt worden sind und hierdurch Schaden (z. b. an Körper oder Gesundheit oder im beruflichen/wirtschaftlichen Fortkommen) erlitten haben.

II. Alliierte Rückerstattungsregelungen und Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG) vom 19. Juli 1957 **4,0*)**

Ansprüche auf Geldleistungen oder auf Schadensersatz für nicht rückgebbare entzogene Güter (BRüG).

Hinzu kommen Leistungen aufgrund von entsprechenden Bestimmungen für jüdische Vermögenswerte, die sich im Gebiet der ehemaligen DDR befanden, durch das „NS-Verfolgten-Entschädigungsgesetz" (geschätzt auf rd. 2 Mrd. DM) und die im US-Pauschalentschädigungsabkommen vom 13. Mai 1992 enthaltenen Leistungen in Höhe von 102 Mio. US-$.

*) Hierin nicht enthalten ist die Rückgabe von Vermögensgegenständen (Sachen und Rechten), die Verfolgten des NS-Regimes aus diskriminierenden Gründen entzogen wurden (alliiertes Recht und Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen).

III. Artikel 1 des Gesetzes über Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet vom 22. April 1992 **1,0**
(Entschädigungsrentengesetz - ERG -)

Neuregelung der Zahlung von Ehrenpensionen und Hinterbliebenenpensionen der früheren DDR für NS-Verfolgte durch das ERG (Entschädigungsrenten in Höhe von 1 400 DM bzw. Witwen-/Witwerrenten von 800 DM monatlich).

B) VERTRAGLICHE LEISTUNGEN

I. Israelvertrag vom 10. September 1952 **3,5**

Globale Entschädigung in Form von Warenlieferungen und Dienstleistungen über rd. 3 Mrd. DM für die Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung von jüdischen Flüchtlingen in Israel aufgrund eines Abkommens mit dem Staat Israel.

Außerdem erhielt die Jewish Claims Conference (JCC) 450 Mio. DM für die Ansiedlung außerhalb Israels lebender Juden.

II. Globalabkommen bis 1994 **2,6**

Globalvereinbarungen mit 11 westeuropäischen Staaten über die Zahlung von Pauschalbeträgen zugunsten von Angehörigen dieser Staaten, die durch NS-Verfolgung Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit oder an Freiheit erlitten haben und nach den deutschen Entschädigungsregelungen nicht anspruchsberechtigt waren. Mit Österreich wurde eine vergleichbare Regelung getroffen. In den Jahren 1991 und 1993 wurden an Stiftungen in Polen, der Russischen Föderation, der Republik Weißrussland und der Ukraine Mittel in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd. DM für Einmalleistungen gewährt.

III. Globalabkommen ab 1995 **0,2**)**

Globalabkommen mit den USA von 1995/1999 i. H. v. insgesamt 37,5 Mio. DM über abschließende Entschädigungsleistungen zugunsten von bestimmten, durch nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahmen betroffene US-Bürgern.

Für die Jahre 1998–2000 stehen zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 80 Mio. DM für weitere mittel- und osteuropäische Staaten zur Verfügung (mit Ausnahme von Tschechien). Aus dem Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, zu dem die Bundesrepublik Deutschland nach der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Januar 1997 einen Beitrag in Höhe von 140 Mio. DM bereitgestellt, sollen Projekte insbesondere zugunsten von NS-Verfolgten finanziert werden.

**) Bisher nur zum Teil ausgezahlt.

C) SONSTIGE GESETZLICHE LEISTUNGEN 8,6

I. Bundesgesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (BWGöD) vom 11. Mai 1951

Berücksichtigung der im BWGöD aufgezählten Schädigungstatbestände, wie z. B. die verfolgungsbedingte Beendigung eines Dienstverhältnisses oder die Entfernung aus dem Dienst. Leistungen seit 1951: Etwa 7,8 Mrd. DM.

II. Leistungen an Nationalgeschädigte nach Art. VI BEG-Schlußgesetz

Personen, die aus Gründen ihrer Nationalität geschädigt worden sind, erhalten Wiedergutmachungsleistungen für Schaden an Körper oder Gesundheit.

Bisherige Leistungen: Rund 0,8 Mrd. DM.

D) LEISTUNGEN DER LÄNDER AUSSERHALB DES BEG 2,5

Die alten Bundesländer haben nach Regelungen außerhalb des BEG bis Ende 1998 eigene Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von rd. 2,5 Mrd. DM erbracht.

E) AUSSERGESETZLICHE HÄRTEREGELUNGEN DES BUNDES 2,2

I. Regelungen für jüdische Verfolgte

a) Richtlinien der Bundesregierung vom 3. 10. 1980 sowie Folgevereinbarungen

Einmalbeihilfen bis zu 5 000 DM sowie Mittel zur Förderung jüdischer Institutionen.

Leistungen bis 1992: Insgesamt 535 Mio. DM.

b) Artikel 2 – Abkommen vom 29. 10 1992 auf der Grundlage der Zusatzvereinbarung vom 18. 9. 1990 zum Einigungsvertrag

Zusätzlich zu den unter a) genannten Einmalbeihilfen auch laufende Beihilfen bis zu 500 DM monatlich für schwerstgeschädigte jüdische Verfolgte.

Leistungsumfang: 1,689 Mrd. DM (davon rd. 1,290 Mrd. DM abgeflossen).

c) Richtlinien der Bundesregierung über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet vom 13. 5. 1992

Entschädigungsleistungen nach Maßgaben des ERG auch an jüdische NS-Verfolgte im Beitrittsgebiet.

Bisherige Leistungen: Rund 4,5 Mio. DM (einschließlich der Leistungen für nicht jüdische Verfolgte).

d) Beitrag zu einem Fonds der JCC zur Entschädigung von jüdischen NS-Verfolgten in Osteuropa

Bereitgestellt werden insgesamt 200 Mio. DM in den Jahren 1999 bis 2002 (jährlich 50 Mio. DM).

II. Härtefonds für rassisch Verfolgte nicht jüdischen Glaubens vom 15. September 1966 (HNG-Fonds)

Einmalige und laufende Leistungen an rassisch Verfolgte nicht jüdischen Glaubens und ihre mitbetroffenen nahen Angehörigen.

Bisherige Leistungen: Rund 68 Mio. DM.

III. Regelungen für nicht jüdische Verfolgte

a) Richtlinien der Bundesregierung vom 26. 8. 1981 i. d. F. 7. 3. 1988

Einmalige und laufende Wiedergutmachungsleistungen für nicht jüdische Verfolgte aus dem Härtefonds der Bezirksregierung Köln und dem Wiedergutmachungs-Dispositions-Fonds des Bundesministeriums der Finanzen.

Bisherige Leistungen: rund 77 Mio. DM.

b) Richtlinien der Bundesregierung über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet vom 13. 5. 1992

Gleiche Anspruchsmöglichkeiten wie jüdische oder sonstige Verfolgte (s. o. E I c).

IV. Außergesetzliche Regelungen für Nationalgeschädigte

Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention, die unter der NS-Gewaltherrschaft aus Gründen ihrer Nationalität geschädigt worden sind, aber die gesetzlichen Antragsfristen versäumt haben, erhielten aufgrund von Vereinbarungen mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Härteleistungen in Höhe von insgesamt 59 Mio. DM.

V. Sonstige Regelungen

Die Bundesregierung hat in zusätzlichen Sonderregelungen ergänzende Entschädigungsmöglichkeiten geschaffen, z. B.

- Fürsorge für Opfer pseudomedizinischer Menschenversuche
- Entschädigung für gesundheitlich geschädigte Opfer des Lagers „Wapniarka“
- Kosten im Zusammenhang mit den einzelnen Härteregelungen
- Verwaltungskosten an den Staat Israel
- Dokumentation

Bisherige Leistungen: Rund 200 Mio. DM.

Leistungen bis 31. 12. 1998 insgesamt: rd. 104 Mrd. DM

Im Rahmen der vorgenannten Regelungen wird in Zukunft schätzungsweise ein weiterer Betrag in Höhe von rund 23 Mrd. DM aufzubringen sein.

In der Übersicht nicht berücksichtigt sind nicht beziffer-

bare sonstige Leistungen in Milliardenhöhe nach anderen Regelungen, wie z. B. dem Gesetz über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung, dem Bundesgesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Kriegsopferversorgung und dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Stand 1. 1. 1999.

Anlage 2

WIEDERGUTMACHUNG NATIONALSOZIALISTISCHEN UNRECHTS

LEISTUNGEN AN DEN STAAT ISRAEL UND AN JÜDISCHE VERFOLGTE

Die nach Israel und an jüdische Verfolgte im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG), des Bundesrückerstattungsgesetzes (BRüG) und sonstiger Vorschriften geflossenen Wiedergutmachungsleistungen können nur grob geschätzt werden, weil die hierzu geführten Statistiken regelmäßig nicht nach Verfolgungsgründen oder Empfängergruppen, sondern nach Schadenstatbeständen gegliedert sind. Jedoch ist davon auszugehen, dass der überwiegende Teil der Wiedergutmachungsleistungen des Bundes auf jüdische Empfänger entfiel, weil die Gruppe der jüdischen Verfolgten mit Abstand die zahlenmäßig stärkste war.

Bis zum Stichtag 1. Januar 1999 hat die Bundesrepublik Deutschland nach Schätzungen im Rahmen der Wiedergutmachung folgende Leistungen an den Staat Israel sowie an jüdische Verfolgte erbracht:

I. Leistungen an den Staat Israel

An den Staat Israel wurden aufgrund des sogenannten Israelvertrages vom 10. September 1952 (Bundesgesetzblatt II 1953, Seite 36 ff.) als Eingliederungshilfe für entwurzelte Juden aus Deutschland und den ehemals besetzten Gebieten in Form von Warenlieferungen und Dienstleistungen gezahlt: 3,0 Mrd. DM.

Daneben erhielt – ebenfalls im Rahmen des Israelvertrages – die Conference on Jewish Material Claims against Germany, eine jüdische Weltorganisation, zum Zwecke der Unterstützung, Eingliederung und Ansiedlung außerhalb Israels lebender Juden: 0,45 Mrd. DM.

II. Leistungen der öffentlichen Hand an jüdische Empfänger weltweit

1. Nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) wurden bisher rd. 79,6 Mrd. DM gezahlt. Davon dürften etwa 80 v. H. an jüdische Verfolgte geleistet worden sein: rd. 63,7 Mrd. DM. Von diesem Betrag entfallen auf Empfänger in Israel: rd. 31,8 Mrd. DM.

2. Nach dem Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG) sind bisher Leistungen in Höhe von rd. 4 Mrd. DM erbracht worden. Davon dürften ebenfalls etwa 80 v. H. jüdischen Empfängern zugute gekommen sein: rd. 3,2 Mrd. DM. Von diesem Betrag entfallen auf Empfänger in Israel: rd. 1,6 Mrd. DM.

3. An sonstigen Wiedergutmachungsleistungen (insbesondere öffentlicher Dienst, Entschädigungsrentengesetz, Nationalgeschädigte) sind bisher nach interner Schätzung rd. 9,8 Mrd. DM gezahlt worden. Auch hier ist davon auszugehen, dass 80 v. H. der Empfänger jüdische Verfolgte sind: rd. 7,8 Mrd. DM.

Von diesem Betrag entfallen auf Empfänger in Israel: rd. 3,9 Mrd. DM.

4. Im Rahmen von außergesetzlichen Härteregelungen wurden bisher ca. 2,0 Mrd. DM für jüdische NS-Verfolgte in aller Welt zur Verfügung gestellt.

Hiervon sind rd. 70 v. H. an in Israel lebende Empfänger gezahlt worden: rd. 1,4 Mrd. DM.

5. Die Bundesländer haben aufgrund eigener Wiedergutmachungsregelungen Leistungen in Höhe von rd. 2,5 Mrd. DM erbracht. Hiervon dürften 80 v. H. an jüdische Verfolgte gezahlt worden sein: rd. 2,0 Mrd. DM.

Von diesem Betrag entfallen auf Empfänger in Israel: rd. 1,0 Mrd. DM.

6. Die Bundesrepublik Deutschland hat seit 1959 mit 16 Staaten Wiedergutmachungs-Globalabkommen geschlossen. Es handelt sich dabei um folgende Staaten: Luxemburg, Norwegen, Dänemark, Griechenland, Niederlande, Frankreich, Belgien, Italien, Schweiz, Großbritannien, Schweden, Österreich, Polen, Rußland, Weißrußland und Ukraine. Zugunsten der Staatsangehörigen dieser Länder wurden insgesamt rd. 2,5 Mrd. DM in Form von Pauschalbeträgen gezahlt.

In Israel lebende NS-Opfer gehörten wegen ihres Wohnsitzes nicht zu den Antragsberechtigten; sie hatten vielmehr Anspruch auf Leistungen nach dem Israel-Vertrag sowie den gesetzlichen und außergesetzlichen deutschen Wiedergutmachungsregelungen.

Anlage 3

GLOBALABKOMMEN WIEDERGUTMACHUNG

Staat	Datum des Vertragsabschlusses	Veröffentlichung BGBl. II	Betrag in Mio. DM
Luxemburg	11.07.1959	1960, S. 2077	18
Norwegen	07.08.1959	1960, S. 1336	60
Dänemark	24.08.1959	1960, S. 1333	16
Griechenland	18.03.1960	1961, S. 1596	115
Niederlande	08.04.1960	1963, S. 629	125
Frankreich	15.07.1960	1961, S. 1029	400
Belgien	28.09.1960	1961, S. 1037	80
Italien	02.06.1961	1963, S. 791	40
Schweiz	29.06 1961	1963, S. 155	10
Österreich	27.11.1961	1962, S. 1041	96
Großbritannien	09.06.1964	1964, S. 1032	11
Schweden	03.08.1964	1964, S. 1402	1
			972

WEITERE ABKOMMEN

Staat	Notenwechsel vom	Mio. DM
Polen	16. 10. 1991 (Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung", Warschau)	500
GUS-Staaten	30. 03. 1993	
Republik Belarus (Stiftung „Verständigung und Aussöhnung", Minsk)		200
Russische Föderation (Stiftung „Verständigung und Aussöhnung", Moskau)		400
Ukraine Nationale Stiftung „Verständigung und Aussöhnung", Kiew		400
		1 500

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, 1999.

Anlage 4

ENTSCHÄDIGUNG EHEMALIGER ZWANGSARBEITER NACH DEM BEG UND DEM BEG-SCHLUSSGESETZ

Zwar haben Personen, die aus rassischen, politischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden, keinen gesonderten Anspruch auf Entschädigung wegen geleisterter Zwangsarbeit als solcher. Jedoch haben Verfolgte, die unter der NS-Gewaltherrschaft auf Veranlassung oder mit Billigung einer Dienststelle oder eines Amtsträgers des Reiches, eines Landes, einer sonstigen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, der NSDAP, ihrer Gliederungen oder ihrer angeschlossenen Verbände Zwangsarbeit in einem Konzentrationslager oder sonst unter haftähnlichen Bedingungen bei deutschen Unternehmen leisten mußten, Haftentschädigung nach dem BEG erhalten. Anspruch auf Entschädigung wegen Zwangsarbeit unter haftähnlichen Bedingungen besteht nach § 43 Abs. 3 BEG auch dann, wenn die Verfolgten außerhalb des Arbeitseinsatzes nicht unter haftähnlichen Bedinungen gelebt haben. Für die durch die Zwangsarbeit erlittenen Schäden an Körper oder Gesundheit und in beruflicher Existenz erhalten sie Entschädigung in Form von Renten, Kapitalentschädigung und Heilverfahren. Ggf. wird auch Hinterbliebenenversorgung gewährt. Bei Verfolgten, die Schäden im beruflichen Fortkommen i. S. der §§ 64 ff. BEG erlitten haben, wird der Zeitraum, in dem Zwangsarbeit geleistet wurde, bei der Berechnung der Berufsschadensentschädigung berücksichtigt.

Darüber hinaus erhalten Personen, die unter der NS-Gewaltherrschaft aus Gründen ihrer Nationalität unter menschenrechtswidrigen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mußten und hierdurch einen dauernden Körper- oder Gesundheitsschaden erlitten haben, als sog. Nationalgeschädigte i. S. von Artikel VI BEG-SchlußG von 1965 Heilverfahren, Rente und Kapitalentschädigung. Voraussetzung ist u. a., daß der Geschädigte am 1. Oktober 1953 Flüchtling i. S. der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 gewesen ist.

Um die genannten Leistungen zu erhalten, mußten allerdings die sonstigen gesetzlichen Frist-, Stichtags- und Wohnsitzvoraussetzungen erfüllt sein.

Im übrigen ist zu bemerken, daß nach § 8 BEG Ansprüche gegen das Deutsche Reich, die Bundesrepublik Deutschland und die deutschen Länder nur nach Maßgabe des BEG geltend gemacht werden können und Ansprüche gegen andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts oder gegen Personen des privaten Rechts durch das BEG nicht berührt werden (vgl. Nummer 8 des Schriftlichen Berichts 1956, Drucksache II/2382).

2. ANZAHL DER ALS VERFOLGTE i. S. VON § 1 BEG ODER ALS NATIONALGESCHÄDIGTE i. S. VON ARTIKEL VI BEG-SCHLUSSGESETZ ENTSCHÄDIGTEN ZWANGSARBEITER

Angaben über die Zahl der als Verfolgte i. S. von § 1 BEG oder als sog. Nationalgeschädigte entschädigten Zwangsarbeiter können die Entschädigungsbehörden der Länder und das Bundesverwaltungsamt Köln nicht machen, weil weder Verfolgtengruppen noch Verfolgungs- oder Schädigungssachverhalte statistisch erfaßt wurden. Bei einem großen Teil der Verfolgten haben jedoch Freiheitsentziehung und Zwangsarbeit unter haftähnlichen Bedingungen zur Freiheitsschadensentschädigung und Entschädigung für Schaden an Körper oder Gesundheit geführt. Insoweit kam der gesetzlichen Vermutung in § 31 Abs. 2 BEG besondere Bedeutung zu, nach der angenommen wird, daß eine mindestens einjährige KZ-Haft und eine allgemeine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von 25 % als eine rentenberechtigende verfolgungsbedingte MdE von 25 % gilt. Hiernach dürfte die Zahl derjenigen Verfolgten, insbesondere der Juden, Sinti, Roma und Angehörigen verwandter Gruppen, äußerst gering sein, die bei einer KZ-Haft von einem Jahr oder längerer Dauer ohne Rentenanspruch geblieben sind.

Des weiteren hat der überwiegende Teil der verfolgten und nach § 40 Abs. 1 Nr. 2 BEG anspruchsberechtigten Displaced Persons Zwangsarbeit unter haftähnlichen Bedingungen geleistet und ist daher auch insoweit entschädigt worden.

Die Leistungen für sog. Nationalgeschädigte i. S. von Artikel VI BEG-SchlußG für Schaden an Körper oder Gesundheit kamen überwiegend ehemaligen Zwangsarbeitern zugute, soweit sie wegen ihrer polnischen Nationalität besonders diskriminierenden und schädigenden Maßnahmen ausgesetzt waren (vgl. hierzu auch I. B 3.b). Dasselbe gilt auch für die dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge aufgrund der Abkommen vom 5. Oktober 1960 und 24. November 1966 sowie der Vereinbarungen vom 2./26. November 1981 und 10. September/21. November 1984 zugunsten von Nationalgeschädigten zur Verfügung gestellten Mittel (vgl. hierzu VIII).

Soweit die Verfolgteneigenschaft i. S. von § 1 BEG oder Schädigung aus Gründen der Nationalität i. S. von Artikel VI BEG-SchlußG vorlag und die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt waren, stand die Staatsangehörigkeit des Antragsstellers einer Entschädigung nicht entgegen.

3. ENTSCHÄDIGUNG EHEMALIGER AUSLÄNDISCHER ZWANGSARBEITER AUSSERHALB DER GESETZLICHEN WIEDERGUTMACHUNGSREGELUNGEN

Soweit ausländische Zwangsarbeiter außerhalb der genannten Wiedergutmachungsregelungen Schadensersatzansprüche geltend machen, steht das Londoner Schuldenabkommen (LSchA) vom 27. Februar 1953 i. d. F. des Gesetzes vom 24. August 1953 (BGBl. II S. 331, 340) entgegen. Bei Forderungen nach Entschädigung wegen Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Dies gilt auch für Forderungen ehemaliger Zwangsarbeiter gegen private Firmen. Die Prüfung solcher Reparationsforderungen ist – unabhängig von ihrer moralischen Rechtfertigung und den Entstehungsgründen – nach Artikel 5 Abs. 2 LSchA bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt worden.

Diese Zurückstellung gilt auch gegenüber Forderungen, die sich nicht gegen das Deutsche Reich, die Bundesrepublik Deutschland oder die deutschen Länder richten, sondern gemäß § 8 Abs. 2 BEG gegen andere Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts (z. B. auch gegen Gemeinden) oder gegen Personen des privaten Rechts (vgl. BGH in RzW 1963 S. 525 Nr. 44 und NJW 1973 S. 1549).

Das LSchA ist von über 30 Staaten unterzeichnet worden und gilt überdies auch gegenüber allen Staatsangehörigen von Staaten, die dem Abkommen nicht beigetreten sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist daran gebunden. Sie durfte davon nur im Rahmen der Entschädigung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts abweichen (vgl. BGH in RzW 1964 S. 34 (36)).

Jede vom LSchA abweichende Regelung wäre präjudizierend, z. B. für Forderungen von Kriegsopfern osteuropäischer Staaten und für die elf mit westeuropäischen Staaten geschlossenen Wiedergutmachungsabkommen (vgl. dazu VIII).

4. ZAHLUNGEN AN EHEMALIGE ZWANGSARBEITER AUFGRUND PRIVATRECHTLICHER VEREINBARUNGEN

Einige deutsche Industrieunternehmen haben sich aufgrund privatrechtlicher Abkommen mit der Conference on Jewish Material Claims against Germany (Claims Conference) bereiterklärt, Abfindungssummen für die bei diesen Unternehmen während des Zweiten Weltkriegs beschäftigten Zwangsarbeiter zu zahlen.

Wie sich aus einer Veröffentlichung ergibt, wurden an insgesamt 14878 ehemalige jüdische Zwangsarbeiter insgesamt 51935095 DM gezahlt (siehe Benjamin F. Ferencz: Lohn des Grauens, Campus Verlag, Frankfurt/Main, 1981, S. 264, 265).

Da es sich ausschließlich um die Regelung privatrechtlicher Forderungen handelte, war die Bundesregierung an dem Abschluß dieser Vereinbarungen weder beteiligt noch hatte sie darauf Einfluß genommen.

5. BERÜCKSICHTIGUNG VON ZWANGSARBEITERN IN DER SOZIALVERSICHERUNG

In der Rentenversicherung werden Zeiten der Zwangsarbeit über die Ersatzzeitenregelung für Zeiten der Freiheitsentziehung berücksichtigt. Die Anerkennung einer Ersatzzeit setzt voraus, daß die Freiheitsentziehung – einschließlich der während dieser Zeit geleisteten Zwangsarbeit – aus Verfolgungsgründen geschehen ist, der Versicherte in Beziehung zur deutschen Rentenversicherung steht und Verfolgter im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes ist (vgl. hierzu die Ausführungen zur Verfolgungsersatzzeit unter I.E).

Ersatzzeiten werden für die Erfüllung der Wartezeit angerechnet. Bei der Berechnung der Renten werden diese Zeiten, wenn dies für den Verfolgten günstiger ist, mit Werten berücksichtigt, die auf die zuletzt vor der Verfolgung ausgeübte rentenversicherungspflichtige Beschäftigung abstellen. Hätte der Verfolgte ohne die Verfolgung eine höherwertige Beschäftigung ausgeübt, so ist diese maßgebend.

Soweit eine versicherungspflichtige Beschäftigung vorlag und grundsätzlich damit ein Versicherungsschutz in der Sozialversicherung gegeben war, werden Zeiten, in denen der Verfolgte, gemessen an seiner Beschäftigung oder früheren Beschäftigung, ein zu niedriges Entgelt erhielt, oder Zeiten, für die keine Beiträge entrichtet wurden, bei der Rentenberechnung ebenso berücksichtigt wie bei der Regelung der Verfolgungsersatzzeit.

Ggf. kommen hier auch die Versicherungslastregelungen im internationalen Bereich zur Anwendung (vgl. I. E. – Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung im Rahmen des zwischenstaatlichen Rechts).

Bei Unfällen, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Zwangsarbeit stehen, kommen Leistungen nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung in Betracht, soweit nicht Ansprüche nach dem Bundesversorgungsgesetz bestehen.

Ausländische Arbeitskräfte, die während des Krieges zur Arbeitsleistung in das Reichsgebiet verbracht und hinsichtlich ihrer Sozialversicherung diskriminiert wurden, werden, wenn sie den Rechtsstatus eines heimatlosen Ausländers haben, in der Rentenversicherung für die Zeit ihrer Arbeitsleistung nachversichert.

6. DIENSTVERPFLICHTETE PERSONEN

Soweit Personen eine Entschädigung wegen „Zwangsarbeit" fordern, weil sie vor oder während des Krieges aufgrund Dienstverpflichtung zum Arbeitseinsatz herangezogen worden waren, handelt es sich weder um einen Entschädigungstatbestand i. S. des BEG noch von Artikel VI BEG-SchlußB noch des AKG. Entsprechende Dienstverpflichtungen gab es während des Krieges auch in demokratisch regierten Staaten.

Die Dienstverpflichtung von Personen aufgrund der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben

von besonderer staatspolitischer Bedeutung von 13. Februar 1939 (RGBl. I S. 206) begründete eine Arbeitsverpflichtung mit geregelter Entlohnung und normalem Sozialversicherungsschutz.

Bei Gesundheitsschäden im Zusammenhang mit einer Dienstverpflichtung für kriegswichtige Aufgaben in der Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges können Rentenansprüche nach dem Bundesversorgungsgesetz in Betracht kommen, wenn die Dienstleistungen aufgrund behördlicher Heranziehung nach der Dritten Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 15. Oktober 1938 (RGBl. I S. 1 441), der sogenannten Notdienstverordnung, erbracht wurden. In diesen Fällen gilt die Dienstleistung als militärähnlicher Dienst.

In anderen Fällen von Dienstverpflichtungen kann bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen ein Anspruch auf Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung gegeben sein.

Quelle: Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht, Bundestags-Drucksache 10/6287 vom 31. 10. 1986, S. 47–49.

KARL SALM / ALS DEUTSCHER OFFIZIER AN DER OSTFRONT (2)

EIN PERSISCHER BRIEF

Der ... „persische Brief" an die „Parteigenossen der Ortsgruppe Waldsee" ist – in Kopie – erhalten geblieben; ich fertigte diese Kopie seinerzeit – aus Vorsicht! – für mich an. Für das Verständnis der heutigen Leser schicke ich zum nachfolgend wiedergegebenen Brief vom 5. 7. 1941 folgendes voraus:

Den Parteigenossen wollte ich die – mehrfach hervortretende – Parallelität und Gleichartigkeit von bolschewistischer und nationalsozialistischer Parteiherrschaft möglichst eindringlich „unter die Nase reiben", dies aber so, daß keiner mich als offenen Partei- und Staatsfeind anprangern und denunzieren konnte. Ich stellte mich – mit den scheinbar ganz nüchternen Beobachtungen „aus Rußland" – einfach dumm; und dazu gebrauchte ich die in der Partei herrschende Terminologie und (damals) „politisch korrekte" Sprachregelung ganz so, daß man meinen konnte, ich sei noch immer ein „gläubiger Parteigenosse und Gefolgsmann des Führers". Also:

Ich verwendete die Ausdrücke „Spitzel" für die (sowjetische!) „Geh. Staatspolizei" (statt richtig, und russisch: „GPU"). Ich nannte den kommunistischen „Legionär" einen „alten Kämpfer" (was damals, im Dritten Reich, der Ehrenname für diejenigen war, welche schon vor 1933 der Partei bzw. SA, SS usw. beigetreten waren). Mit dem Wort „unzuverlässig" gebrauchte ich den NS-Partei-Ausdruck, welcher alle diejenigen verdächtigte und aus dem Kreis der „Anständigen" ausgrenzte, welche nicht blind Hitler-gläubig waren: der übliche Ausdruck „weltanschaulich unzuverlässig" war insbesondere die partei-interne Bezeichnung für diejenigen Deutschen, die als gläubige und bekennende Christen bekannt waren. Und schließlich sprach ich ganz offen von der „Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern".

Ferner: dem sowjetischen „Klub" gab ich – „ganz unschuldig" – den NS-Namen „Parteiheim", als Mittelpunkt der „geistigen Betreuung" (letzteres der politisch korrekte Ausdruck für: NS-Beeinflussung und Propaganda). Im „Klub" fanden sich die Parteimitglieder u. a. auch für ein „gemeinsames Abhören von Rundfunksendungen" (sprich: von Stalin- und von „Führer"-Reden). Als gemeinsam bezeichnete ich die gleichartige „Literatur" mit dem Wort „Kampfschriften". Mit dem Hinweis auf die „Bilder der Sowjetgrößen", „Stalin und Woroschilow" verwies ich auf die damalige Bild-Propaganda: „der Führer und sein Reichsmarschall" (= Hitler und Göring). Und mit den Worten: „geistige Freiheit unterdrückt" sprach ich meine grundsätzliche Kritik an der Parteiherrschaft aus.

Besonders lag mir daran, der Unterdrückung des Christentums durch den Nationalsozialismus entgegenzutreten: ich wies hin auf den – in beiden Systemen gemeinsamen – Versuch, „der Bevölkerung ihren Glauben zu nehmen", und zwar –, „auf langsamem und kaltem Wege", „ohne Märtyrer zu schaffen". Und mit einem Unterton der Befriedigung gab ich den Parteigenossen zu lesen, daß dieses System letztlich doch nicht durchdringen konnte!

In dieser meiner Freiburger Ortsgruppe der NSDAP ging es – wie ich gerne betonen möchte – vergleichsweise recht annehmbar und (noch) „menschlich" zu. Schikanen oder gar Terror-Maßnahmen sind mir nicht bekannt geworden und haben nach meiner Überzeugung auch nicht stattgefunden. Unser „Blockwart", der Hauptlehrer Engler, (Vater des nachmaligen badisch-württ. Kultusministers) war ein gutartiger Zeitgenosse, der dieses „Amt" nur auf Druck von „oben" übernommen hatte, und der von seinem Naturell her niemand etwas zu Leid tun konnte. Ebenso war der Ortsgruppenleiter (an dessen Namen ich mich nicht mehr erinnere) ein durchaus harmloser Mann, dem später – nach 1945 – niemand eine bösartige Verfolgungsmaßnahme nachsagen konnte und auch von kommunistischen „Antifaschisten" bei der „Entnazifizierung" „geholfen" worden sein soll (die „Akten" hierzu kenne ich allerdings nicht!).

Gefährlich war nur der Zwischenmann zwischen Ortsgruppenleiter und Blockwart: der Zellenleiter, der zugleich für die „weltanschauliche Ausrichtung" der Ortsgruppe verantwortlich war. Dieser Zellenleiter (namens Haas (?); meine Erinnerung ist unsicher) war von Beruf ebenfalls Volksschullehrer, aber ein aus der katholischen Kirche aus-

getretener Fanatiker, der – mit dem Haß des Renegaten – bei jeder Versammlung in irgend einer Form als anti-christlicher Hetzer auftrat. Während meines Studienurlaubs hatte ich einige Male an solchen Partei-Versammlungen teilnehmen müssen, und eben gegen diesen Zellenleiter war, der Tendenz nach, mein Brief an die Ortsgruppe gerichtet.

Soweit in diesem Brief die Verhaftung kommunistischer Funktionäre erwähnt ist, handelte damals das Feld-Ersatz-Bataillon (FEB) auf Befehl der Division, vermutlich der Abteilung „Ic", wobei wir zur Zusammenarbeit mit dem Feldgendarmerie-Trupp 157 angewiesen worden waren; diesem wurden die Verhafteten zugeführt.

Abschrift des Briefes an die Ogru.
Freiburg-Waldsee der NSDAP.

In Eile! *An der polnisch-russ. Grenze, 5. 7. 41*

Liebe Pgn.!

Möchte Euch aus dem Sowjetparadies, in das wir nun immer tiefer eindringen, einen kurzen Gruß schicken! Der politische Soldat betrachtet die Dinge seiner Umgebung im fremden Land mit großem Interesse, u. gerade der bolschewist. Machtbereich gibt nun plastischen Anschauungsunterricht. Habe mir heute einen „Konsum"-, d. h. kommunistischen Staatsladen mit seinen Beständen angesehen, wie er zur Belieferung eines größeren Dorfes eingerichtet war. Alles war denkbar dürftig, viele Waren fehlten schon seit langem (wie z. B. eiserne Radfelgen, welche die Bevölkerung unbedingt braucht, wollene oder baumwollene Kleidung, dann vor allem sonstige Fertigwaren), das Vorhandene meist praktisch wertlos, mit Ausnahme eines sehr guten Schuhfetts. Wenn mal wieder was geliefert wurde – so erfährt man – mußte die Bevölkerung Schlange stehen, wobei dann die ersten 5 oder 10 vielleicht etwas bekamen – oft sehr viel –, der Rest gar nichts; von Verteilungssystem keine Rede!

Gestern nahmen wir 4 kommunistische Funktionäre fest; einer davon war ein Spitzel für die russ. Geh. Staatspolizei, ein anderer ein schon sehr alter Parteikommunist, „Legionär", d. h. sozusagen „alter Kämpfer", tätig als Buchhalter in d. hiesigen Kollektiv-Torffabrik, also praktisch ein Nutznießer des Systems. Diese 4 Leute entfalteten eine rege Tätigkeit als Versammlungsredner, kommunistische Hetzer, zugleich als Spitzel und hielten so die Bevölkerung ständig unter ihrem Druck; wen sie als „unzuverlässig" anzeigten, hatte Zwangsarbeit in Konzentrationslagern, welche da und dort in der Umgebung errichtet waren, zu gewärtigen. Als wir die Kerle – richtige asiatische Kommunegesichter – festnahmen, winkte uns die noch eingeschüchterte ukrain. Bevölkerung freudig zu.

Letzthin hatte ich Gelegenheit, in einem anderen Dorf ein kommunist. Parteiheim zu besichtigen, das als Mittelpunkt der „geistigen Betreuung" der Bev. gedacht war (sog. „Klub") u. wo die Komm. Partei ihren Sitz hatte. Es war da ein Raum z. gemeinsamen Abhören von Rundfunksendungen, eine Art Bibliothek, in der die „Kampfschriften" (leider uns nicht verständlich) überwogen, ein Büro und Kartothekenraum u. a. m.; leider war das Wichtigste für uns, die Mitgliederliste in d. Kartothek, schon verschwunden, auch sonst das meiste weggeräumt. Alles war in einem ausgeräumten Bauernhaus untergebracht sehr primitiv u. schmutzig; an den Wänden prangten die Bilder der Sowjetgrößen, Stalin, Woroschilow usw. Das Ganze machte einen überaus abstoßenden Eindruck: hier also war die geistige Freiheit einer tüchtigen und aufgeschlossenen Bevölkerung unterdrückt u. als Ersatz dafür ein Nebel marxistischer Phrasen ausgebreitet worden!

Die Landwirtschaft wurde von den Sowjets, als sie in das ehem. Polen einrückten, nur zögernd zum Kollektivbetrieb umgestellt; ich habe da in dieser Hinsicht noch nichts gesehen. Auch die Kirchen standen alle noch; wir erwarteten eigentlich, daß sie zum Großteil niedergebrannt seien. Offensichtlich hat man sich davor gescheut; doch wurden sie abgeschlossen u. ihr Besuch durch hohe Polizeistrafen verboten; man glaubte anscheinend, durch ein System von kommunistischer Propaganda, verbunden mit Bespitzelung, auf langsamem und „kaltem" Wege, ohne Märtyrer zu schaffen, zu demselben Erfolg zu kommen, der Bev. ihren Glauben zu nehmen. Es ist aber damit scheints nicht weit her, nicht einmal im eigentl. Sowjetrußld., denn gefangene Rotarmisten, die glaubten, wir würden sie erschießen, fielen auf die Knie u. wollten ihr letztes Gebet verrichten, einige bekreuzigten sich, usw. Das hätte von uns keiner von aktiven Verteidigern des bolsch. Gottlosensystems erwartet!

7. 7. 41. Forts. Nunmehr haben wir die alte poln.-russ. Grenze überschritten u. sind im eigentl. Sowjetparadies! Der Unterschied war unerwartet auffällig. War schon der Wechsel von Frankr. nach dem Gen.-Gouv. ein Absinken um mindestens 1 Stufe der Kultur, so war es der Wechsel in das ehem. polnische, seit 1939 russ. Gebiet nochmals, und von da ab in das stets russ. gebliebene Gebiet noch einmal ganz deutlich. Die „Häuser" in den Dörfern sind praktisch Lehmhütten, keinerlei Scheunen dabei, wohl aber in jedem Dorf das Kollektiv, d. h. eine Anlage von Gebäuden, welche der Bewirtschaftung des Gemeindebodens diente, mit Ställen, größeren Schuppen, Lagern, landwirtschaftl. Maschinen usw., alles in ziemlich verwahrlostem Zustand. – Hierher mußten die armen Bauern alles an die Kommissare abliefern – jeden Liter Milch, der gemolken, jedes Ei, das gelegt wurde! Das Kollektiv war eine regelrechte Zwingburg wirtschaftlicher Art. Die Sätze, die der Bauer dann wieder z. eig. Unterhalt bekam, waren erschreckend niedrig. Hier ist man das Hungern gewöhnt – dazu in dem überaus fruchtbaren Gebiet der westl. Ukraine! Wahrhaftig: Bolschewismus ohne Maske!

Wie erwartet, sind nun auch die Kirchen in den Dörfern verschwunden. In dem Ort, wo ich z. Zt. bin, steht dafür ein im protzigen Sowjetstil errichtetes Parteiheim, ein „Klub", mit dem Sowjetstern und Hammer u. Sichel an der Fassade. Vom Innern kann man nicht mehr viel feststellen, da schon seit einiger Zeit hier die Rote Armee im Quartier lag. Interessant war es für mich festzustellen, daß der „Klub" die „Kirche" bei der Bevölkerung

keineswegs völlig ersetzt hat. In den Stuben sieht man überall Heiligenbilder u. dergl., z. Teil frisch geschmückt; allerdings scheint damit ein recht primitiver Bilderkult getrieben zu werden, der sich über die Sphäre des Aberglaubens nicht viel hinaushebt.

Überall, wo wir durchkamen, machte die Bevölkerung noch einen förmlich gelähmten Eindruck. Das mag zwar z. Teil noch von den vorhergehenden Kampfhandlungen herrühren; ich führe es aber auch auf die unglaubliche Tiefe zurück, in die das Zwangsregiment des Bolschewismus die Leute sowohl in materieller, als auch in geistiger Hinsicht herabgedrückt hat. Alles kam in fürchterlichen Lumpen daher, kaum ein Lachen im Gesicht. Alles „alte" Gesichter – der Unterschied zum ehemals polnischen Gebiet war augenfällig. Wie diese Leute wohl einmal aufatmen werden!

Noch vieles gäbe es mitzuteilen, aber der Brief ist sowieso schon unerwartet lang geworden. Ich lege noch ein Bild bei, zu dem meine Männer sagten: „Der Führer und sein Reichsmarschall."

Militärisch kann ich bloß mitteilen, daß es wieder mal wie immer schwungvoll vorwärts geht. Über Rußland und dann England endlich in die Heimat!

Herzlich grüßt Euch bis dahin Euer Pg. K. Salm

Der Leser, der diesem Brief entnimmt, daß ich damals politisch gegen die Kirchenfeindschaft des Nationalsozialismus eingestellt war und eine Bedrohung der geistigen Freiheit befürchtete, urteilt richtig. Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß ich damals ein grundsätzlicher Gegner des Regimes gewesen wäre. Im Gegenteil: ich hielt es nach wie vor für grundsätzlich richtig, daß das deutsche Volk – durch den Reichstag und die nachfolgenden Wahlen – die Entscheidung für den „dritten Weg" getroffen hatte: weder den Weg des westlichen, individual-egoistischen Kapitalismus, noch den östlichen Weg des kollektiv-terroristischen Kommunismus, sondern den Weg der nationalen Solidarität: im Gedanken der Volksgemeinschaft.

Auch hatte ich das Vertrauen in Adolf Hitler noch nicht völlig verloren: ich war noch immer der Meinung, daß er ein verantwortungsbewußter, nüchterner Staatsmann sei, der alle seine Entschlüsse nur nach eingehender Beratung mit den jeweils bestqualifizierten Fachleuten der Außenpolitik, der Wirtschaft und der Wehrmacht, und nach reiflicher Überlegung, treffe; zu dieser Auffassung schien der unbezweifelbare deutsche Aufstieg nach den Elendsjahren 1918–1932 einen begründeten Anlaß zu geben. Ich hoffte, daß die bedrohlichen Entwicklungen im Nationalsozialismus „nach dem Sieg" abgebremst und schließlich verhindert werden könnten. Denn hinter ihnen stand ja nur eine Minderheit von Fanatikern; die große Masse des Volkes war gutgesinnt, „wollte leben und leben lassen", und dies galt auch für die Mehrzahl der Mitglieder der Partei-Organisationen.

Ich meinte, diese gutwillige Mehrzahl könne und werde es doch fertig bringen, das Großdeutsche Reich, auf das ich stolz war, zum Guten auszugestalten.

Ich war insbesondere nicht gegen diesen Rußlandkrieg eingestellt. Zwar hatte ich einen Zwei-Frontenkrieg, wie ihn einst Wilhelm II. führen mußte, schon von Jugend auf als verhängnisvoll fürchten gelernt. Auch glaubte ich zu wissen, daß diese, selbe Furcht für die Politik Adolf Hitlers ein grundsätzlich bestimmender Faktor war. Wenn nun aber – wie jetzt im Juni 1941 – eben dieser Adolf Hitler trotzdem den Weg zum Zwei-Frontenkrieg einschlug, so mußte er dafür – so dachte ich damals – zwingende Gründe gehabt haben, und ferner: er mußte doch wohl haarscharf kalkuliert haben, daß dieser Schritt nicht noch einmal in eine „napoleonische" Katastrophe führen, sondern erfolgreich enden werde.

Auch politisch habe ich diesen Krieg damals bejaht: es war ein großes, sittlich gutes Ziel, das verbrecherische, massenmörderische Terrorsystem des Bolschewismus zu vernichten und die unterdrückten Völker national zu befreien – würden wir mit diesem Ziel – anders als s. Zt. Napoleon – nicht auch die Masse der gutgesinnten Russen, Ukrainer, Balten und Kaukasus-Völker auf unsere Seite ziehen, und damit den Bolschewismus von innen her zum Einsturz bringen?

Aus heutiger Sicht ist es natürlich leicht – und eine ziemlich billige „Erkenntnis" –, einen großen Teil meiner damaligen Hoffnungen und Erwartungen als Illusion zu bezeichnen. Dies ist jetzt auch mein eigener Standpunkt, und ich kann es mir wohl ersparen, hierzu nähere Ausführungen zu machen. Aber ich stehe nicht an zu erklären, daß ich – andererseits – einen großen und wichtigen Teil meiner damaligen Meinungen und Hoffnungen auch heute noch, 1996, für sachlich begründet und sittlich vertretbar erachte. Auch hierzu will ich an dieser Stelle nichts ausführen. Denn dieser Erlebnisbericht ist nicht der Ort, über das im Wandel begriffene Geschichtsbild zu diskutieren: dieser Wandel ist ja – vor allem seit der Öffnung der russischen Archive, und im Zuge der russischen Vergangenheitsbewältigung – in einem geradezu rapiden Fortschritt begriffen.

Jedenfalls war ich, nachdem ich kurz vor dem 22. 6. 1941 die Führerproklamation vernommen hatte, von der Berechtigung unseres Angriffs voll überzeugt. Als ich einen Tag nach dem Angriffsbeginn, am 23. 6. 1941, mit dem nachmarschierenden FEB die Bug-Brücke südlich Sokal überschritt, geschah dies mit einem Gefühl der Genugtuung und der Siegeszuversicht. Der Fluß Bug war bisher die Grenze zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Herrschaftsgebiet gewesen; diese Grenze ging folglich über die Mitte dieser Brücke. Diese Brücke war von unserer Infanterie am 22. 6. 1941 um 3^{30} Uhr im Handstreich erobert worden und unversehrt in unsere Hand gefallen, und noch heute erinnere ich mich in aller Deutlichkeit daran, wie ich am 23. 6. 1941 diese Brücke – und diese Grenze – überschritt.

Ich sah auf der Mitte der Brücke – als Grenzmarkierung – einen aus Blech gefertigten, etwa 60–80 cm breiten und hohen Sowjetstern. Dieser war nicht mehr frisch und neu, sondern hatte erkennbar schon viele Jahre hinter sich: seine ursprünglich rote Bemalung war weitgehend verdorben; der Rost hatte ihre Farbe in „rost-rot" verändert; teilweise war die Farbe auch abgeblättert, so daß der nackte Rost des Blechs zum Vorschein kam. Auch standen die fünf Zacken des Sterns nicht mehr geometrisch exakt, sondern

waren teilweise leicht verbogen. Als ich damals diesen verrosteten und heruntergekommenen Sowjetstern erblickte, sagte ich mir: das also ist das Symbol des Bolschewismus.

In den langen Jahren nach 1945 hat es mich innerlich zutiefst geärgert, manchmal geradezu gequält, daß dieser verbrecherische Kommunismus unserem damaligen Angriff nicht nur getrost getrotzt hatte, sondern daß er mithilfe der Anglo-Amerikaner die Herrschaft über halb Europa erringen konnte. Heute, nach der Implosion des Sowjetstaates, ist umso größer meine Freude und Genugtuung darüber, daß - symbolisch gesehen - dieser widerwärtige „Sowjetstern" nun doch, und für immer, zum „alten Eisen" geworfen ist. Allerdings war dann der Krieg, wie ich ihn nach diesem Überschreiten der Bug-Brücke erlebt habe, ganz anders, als ich ihn nach der Führer-Proklamation zum 22. 6. 1941 erwartet hatte: er war unvergleichbar härter! Meine Illusion, der Sieg werde uns auch hier wieder, ähnlich wie zuvor in Polen und Frankreich, rasch und sicher in die Hände fallen, wurde sehr schnell zerstört!

Aus: *„Kriegserinnerungen von Dr. Karl Salm,* Bundes-Militärarchiv Freiburg, Militärgeschichtliche Sammlung 2, Nr. 5804, 6039, 6040.

MICHAEL SWIERCZEK / EINE BILDERGESCHICHTE

In Zeiten millionenfacher Arbeitslosigkeit sind die Gelegenheiten seltener geworden, neue Mitarbeiter im Betrieb begrüßen zu können. Trotz voller Auftragsbücher und obwohl einzelne Abteilungen auch in unserem Haus die Arbeit kaum noch bewältigen können, hält man es keineswegs für klug und weise, den Druck zu mindern und Leute von der Straße zu holen. Wenn trotzdem einmal eine Neueinstellung unvermeidlich geworden ist, dann fällt es im Regelfall mir zu, den neuen Mann oder die Frau durchs Werk und dessen einzelne Abteilungen zu führen, eine unauffällige Visitation des Neuzugangs vorzunehmen und anschließend unseren Chef über die gewonnenen Erkenntnisse zu unterrichten.

So war es auch vor acht Wochen bei der neuen Kollegin, die seither in der Disposition tätig ist und die ich hier Marnie Wendtmann nennen möchte. Sie hat gleich einen sehr guten Eindruck auf mich gemacht. Resolut aber doch auch unaufdringlich, gepflegt und doch nicht „overdressed", wie es heute so schön heißt, klug und durchaus humorvoll wirkte sie auf mich. Die Dispo gilt hausintern als schwächste Abteilung, ihr Chef als leistungsschwacher Wichtigtuer, der seine fatale Unfähigkeit hinter geschraubten Erklärungen, warum in seinem Bereich alles schiefgeht, nur unzureichend zu verbergen vermag. Gerade hier schien mir Frau Wendtmann die ideale Frau zu sein, um Schwung in den Ablauf zu bringen und ich habe mich nicht getäuscht.

Nur wenige Wochen nach ihrer Einstellung galt Frau Wendtmann bereits als wichtige Ansprechpartnerin für andere Abteilungen, sehr zum Verdruß ihres Vorgesetzten übrigens. Wir beide haben uns auf den langen Bürofluren häufig gesehen und langsam gingen unsere kurzen Gespräche vom rein dienstlichen mehr und mehr in den privaten Bereich hinein. So erfuhr ich auch, daß sie seit einem Jahr geschieden ist, danach den Wohnort gewechselt hat und nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit nun sehr froh ist, ein neues Wirkungsfeld gefunden zu haben.

Die Alarmsirenen hätten bei mir hell erschallen müssen, als sie den Grund für die Trennung von ihrem Mann geschildert hat. Dem hatte es nämlich angeblich am beruflichen Ehrgeiz gefehlt, er habe viel zu viel Zeit für seine Hobbys sinnlos verbraten, statt an sein Fortkommen zu denken, kurz, der gute Mann habe nicht so recht in unsere junge, dynamische Gesellschaft gepaßt. Ein Verlierer eben. Vielleicht habe ich zu diesem Zeitpunkt geschlafen, vielleicht mich auch vom durchaus ansehnlichen Äußeren der Dame blenden lassen und nicht weiter nachdenken wollen. Jedenfalls habe ich es verabsäumt, Abstand zu Marnie Wendtmann zu suchen und die weiteren Ereignisse nahmen unbeeindruckt von deren Erklärung ihren Lauf.

Als ich vor zwei Wochen zum Mittagstisch in der Kantine erschien, fand ich Marnie Wendtmann in denkbar mißlicher Lage. Kollege Bruckmeier, regelmäßigen Lesern der *Staatsbriefe* bereits bekannt, hatte sie mit sanfter Gewalt an seinen Tisch gezwungen und war gerade dabei, ihr seine extrem spannenden Urlaubsgeschichten anzutun. Zur bildlichen Erläuterung hatte Bruckmeier sich eine Serviette geschnappt und war gerade dabei, seine Reisewege quer durch Österreich und Südtirol mit Kugelschreiber auf dem Papier zu verewigen. Sofort erkannte ich die Situation und trat an, Frau Wendtmann aus dieser Umklammerung der geistigen Wüste zu befreien. Unter dem Vorwand, einen wichtigen bürotechnischen Ablauf mit ihr besprechen zu wollen, zog ich sie von Bruckmeiers Tisch an den meinen und habe so vielleicht nicht ihr Leben, wohl aber ihr Wohlergehen für den Tag gerettet. Sie bedankte sich artig für die gelungene Aktion und es folgte ein sehr privates Gespräch, an dessen Ende ich sie für den kommenden Abend in meine Wohnung einlud.

Üblicherweise gehören Arbeitskollegen nicht zu den Besuchern, die ich in meinem Domizil zu empfangen pflege. Meist sind es Menschen, die meine politischen Ansichten teilen, mitunter darf ich auch schon mal eine offizielle Delegation der Staatsmacht begrüßen, die sich in Ermangelung einer von mir ausgesprochenen Einladung vermittels eines Durchsuchungsbeschlusses Zutritt verschafft. Den Abend mit Marnie habe ich mir aber ganz anders vorgestellt, Sekt gekauft und Lebensmittel eingeholt, um ein italienisches Nudelgericht mit raffinierter Soße zuzubereiten, was ich für Staatsdiener bisher unterlassen habe.

Als sie bei Anbruch der Dämmerung klingelte, war ich noch mitten in den Vorbereitungen für unser kommendes Mahl und bat sie zunächst auf dem Sofa im Wohnzimmer Platz zu nehmen, ich würde gleich kommen. Kaum war die Soße vorschriftsmäßig am Köcheln bei kleiner Flam-

me, hörte ich aus Marnies Richtung einen heiseren, unterdrückten Schrei, der mich sofort vom Herd wegholte. Sie saß zwar noch immer auf dem Sofa, hatte aber ihren Oberkörper zur Seite gedreht und blickte auf eine Reihe von Bildern, die an der Wand hinter ihr hängen. Mit dem Zeigefinger deutete sie auf eine der Photographien und fragte mit bebender Stimme, was dies denn sei.

Auf dem Bild im ovalen Rahmen sieht man einen Mann um die dreißig in Ausgehuniform der früheren deutschen Wehrmacht. Die Schirmmütze hat er leicht schräg aufgesetzt, er lächelt ein bißchen sinister und in seinem blassen Gesicht fällt sofort ein sehr helles, leuchtendes Augenpaar auf, das im Verbund mit den beeindruckenden Schmunzelfalten um den Mund den Eindruck verstärkt, daß es sich bei dem Abgebildeten um einen Herrn mit tiefgründigem Humor handeln muß. Der Mann ist mein Großvater.

Marnie hat offenbar eine ganz andere Wahrnehmung als ich. Ohne meine Antwort von mir abzuwarten, beginnt sie einen geschichtlichen Vortrag über die Verbrechen der Wehrmacht. Beginnend beim Einmarsch in Österreich zieht sie einen weiten Bogen über Warschau und Kiew, der zielstrebig nach Stalingrad führt und in Auschwitz endet. Sie erzählt von ermordeten Partisanen und hingerichteten Frauen und Kindern, verbrannten Dörfern und bombardierten Städten (allerdings keinen deutschen), berichtet vom Leid der Menschen in Jugoslawien und Frankreich und den vielen Untaten, die die Soldaten im feldgrauen Kleid begangen hätten. Ihre Suada endet so überraschend, wie sie begonnen hat und nun blickt sie mich etwas erschöpft an, wie dies Menschen zu tun pflegen, die eine schwere Arbeit verrichtet haben und nun darauf warten, ob des geleisteten Werkes gelobt zu werden.

Während also die Soße, mit der ich mir solche Mühe gegeben hatte, langsam verkocht, suche ich nach den richtigen Worten, um die entstandene Situation zu entschärfen, ohne von dem Mann auf dem Bild auch nur einen Zentimeter abzurücken. Ich erkläre zunächst, daß es sich um meinen Großvater handelt, der Anfang 1943 in Rußland gefallen ist. Er sei nicht in dieses Land gekommen, weil ein Besuch in der Diskothek als Alternative anstand und er sich eben falsch entschieden habe und er sei auch sicher nicht in der Absicht gefahren, dort Frauen und Kinder zu töten. Er sei einfach seiner Pflicht folgend seinen Anordnungen als Soldat nachgekommen.

Das war nicht die Antwort, die Marnie erwartet hatte. Sie erregt sich über den Begriff „Pflicht", spricht von Massenmord und Einsatzgruppen und fragt dann noch, ob ich denn wohl die erhellende Wehrmachtsausstellung verpaßt hätte.

Inzwischen dürfte sich die Soße erledigt haben. Falls die Nudeln noch zu retten sind, könnte ich möglicherweise noch mit etwas Glück und auf die Schnelle einen Ersatz herzaubern. Allerdings fange ich an mich zu fragen, ob es sich wirklich lohnt, noch einen Versuch in diese Richtung zu unternehmen.

Statt über die Ausstellung auch nur ein Wort zu verlieren frage ich einfach mal bei Frau Wendtmann nach, was denn ihre Familie in den Kriegstagen so gemacht hat. Volltreffer, mein Gast wird bleich. Sehr nett sei ihr Großvater gewesen, meint die Kollegin, als Kind habe er sie immer auf den Knien geschaukelt und sie habe ihn furchtbar lieb gehabt. Über den Krieg und seine Zeit als Soldat der Waffen-SS (!) habe er freilich nie viel erzählt. Er sei wohl einige Male an der Front gewesen, habe aber „natürlich" während des ganzen Krieges nie einen Menschen getötet.

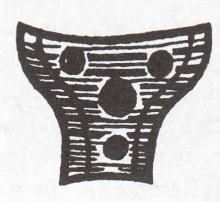
So muß es damals wohl gewesen sein, meine ich, Millionen junger Männer aus den verschiedensten Ländern sind angetreten, um sich zu bekriegen, viele fallen, viele kehren als Krüppel an Leib und Seele zurück, aber geschossen, geschossen hat selbstverständlich niemand. Und daran, wie lieb der Opa zu ihr als Kind gewesen sei, könne man doch erkennen, wie verschlagen und böse die Soldaten waren. Wie abstoßend, dem Enkelkind die Abgründe der gemeinen Seele vorzuenthalten, statt es so zu behandeln wie die Kinder damals in Rußland. Der Zynismus dieser Worte kann Marnie Wendtmann nicht entgangen sein. Wenig später suchte sie ohne groß nach Vorwänden zu suchen das Weite. Der Abend endete für mich mit einer Dose Ravioli, die auch ganz lecker geschmeckt haben.

Direkt über dem Bild des Großvaters hängt ein Photo einer alten Frau, der man auf den ersten Blick ansehen kann, daß ihr Leben nicht leicht gewesen ist. Nachdem er gefallen war, hat sie die Zähne zusammengebissen und sich durchgekämpft. Als bei Kriegsende die russischen Truppen die Heimatstadt in Schlesien tagelang mit Stalinorgeln beschossen, konnte er nicht mehr bei ihr sein, um sie zu beschützen und ihr Kind zu beruhigen. Die Flucht in den Westen hat sie ebenso alleine bewältigt wie den Neuanfang im Flüchtlingsghetto.

Sie hat mitgeholfen, aus den Ruinen wieder Städte zu bauen, doch das Wirtschaftswunder ist leider weitgehend spurlos an ihr vorübergegangen. Ihrem Kind hat sie trotzdem geboten, was sie nur konnte. So durfte meine Großmutter bei ihrem Tode auf eine gewaltige Lebensleistung zurückblicken. Und die Arroganz und Dummheit der Enkelgeneration, ihre schweren seelischen Schäden, ausgelöst durch „kritische" Magazine und Fernseh-„dokumentationen", für deren verheerende Wirkungen Marnie Wendtmann ein gutes Beispiel ist, hat sie ja nicht mehr miterleben müssen.

Erst drei oder vier Tage nach dem wenig gelungenen Abend habe ich die Kollegin wiedergesehen. Bruckmeier, der manchmal ein ganz erstaunliches Gespür für veränderte Situationen hat, ist es in der Kantine gelungen, Frau Wendtmann an seinen Tisch zu locken und einmal mehr mit seinen Urlaubsgeschichten zu langweilen. Als ich mit meinem Tablett in der Hand an den beiden vorbeikomme, trifft mich Marnie Wendtmanns Blick, der um Hilfe zu schreien scheint. Ganz unbeeindruckt zeichnet Bruckmeier weiter seine Linien und erzählt gerade etwas über die Schönheiten einer Pizzeria in Meran. Ich stelle meine Last kurz an einem Nebentisch ab, rücke die Krawatte zurecht und zeige dann wahllos auf einen Punkt auf der Zeichnung unseres verhinderten Künstlers. „Frau Wendtmann", meinte ich dann, „da waren Sie doch auch schon mal. Das wird Herrn Bruckmeier sicher interessieren."

Tablett wieder zur Hand genommen, umgedreht, Abgang. Strafe muß sein.

Goliarden  und  Logotheten

PETER JAGODCZYNSKI / ORTSBETRACHTUNGEN

BERLIN-LICHTENBERG (1996)

In dem traditionellen Arbeiterbezirk Lichtenberg im Herzen Berlins steht es, mein Haus. Nicht sehr alt, aber es hat doch schon über 15 Jahre auf dem Buckel. Es ist das größte Haus am Platze, überragt die anderen um das Doppelte. Wenn ich davor stehe und hoch blicke, fühle ich mich ohnmächtig und mir wird schwindlig. Schaue ich vom obersten Stockwerk hinab auf die zu Füßen liegende Landschaft bewohnter Steinquader, aus der gelegentlich – gleich Standarten des Fortschritts – qualmende Fabrikschlote aufragen, verstärkt sich noch das Gefühl, was mich schon unten beschlich. Das graue Häusermeer erstreckt sich bis zum Horizont. Winzige Autos sind es paradoxerweise, die dieser Kulisse so etwas wie Lebendigkeit verleihen, wenn auch nur eine motorische. Gebannt von dem zivilisatorischen Erscheinungsbild, welches sich von der unteren und der oberen Perspektive aus bietet, kulminieren meine Emotionen in tiefempfundenem Verlangen nach ursprünglicher Natur. Aber wo ist sie geblieben, die Natur? Ich vermag sie von meinem Standort mit meinen Sinnen nicht mehr zu erfassen.

Es wäre euphemistisch zu behaupten, mein Haus rage in den Himmel oder kratze die Wolken. Nein, es ist hell, rechteckig und hoch. Auf der Wetterseite ist kaum noch Farbe dran. Die Fassade, die von durchgehenden Balkonreihen strukturiert wird, wirkt müde und geschunden. Wind und Regen haben ihr zugesetzt. Hier und da wird die Fassade von Farbtupfern unterbrochen. Balkone, die sich die Leute farblich individuell gestrichen haben. In Eigeninitiative haben sie Farbe gekauft oder Paneelbretter zugeschnitten und den Balkon – wie einen winzigen Garten – verschönert. Weiße, gelbe, ockerfarbene und rote Farbtupfer, umkränzt von üppig bepflanzten Blumenkästen.

Es dürfte inzwischen über 7 Jahre zurückliegen, wo jemand das letzte Mal zu Pinsel und Farbe griff, um seinem kleinen Reich eine persönliche Note zu geben. Die Einzigen, die jetzt zur Farbe greifen, sind verwahrloste Lümmel und sie tun es heimlich. Junge Burschen wahrscheinlich, die mit Spraydosen und breiten Filzstiften die Fahrstühle und den Hauseingang verunzieren. Binnen zweier Jahre hat somit das Hausentree den fragwürdigen Charme eines amerikanischen Negergettos à la Bronx erhalten.

Vor fünf Jahren bezog ich meine Wohnung in diesem Haus. Keine 50 Quadratmeter, 2 kleine Zimmer, aber – seinerzeit durchaus komfortabel – gefliestes Bad und Telefon. Die Decken sind niedrig und die Zimmermaße bescheiden. Ich habe die Wohnung hell gestrichen und nur mit dem Notwendigsten möbliert. Anderes ist nicht möglich, will man nicht langfristig in einen Gemütszustand zwischen Klaustrophobie und Depressionen verfallen.

Mein erstes Fernsehgerät, ein kleiner Schwarz/Weiß-Apparat ohne Fernbedienung (der mich damals annähernd zwei Monatslöhne kostete), ist inzwischen einem übermächtigen Konkurrenten gewichen. Seit drei Jahren steht auf dessen Platz eine West-Glotze. Farbe, Fernbedienung, Stereo und Videotext! Der Jauche, die aus seinen 25 Programmen (ich habe jetzt auch Kabelanschluß) hervorbricht, wohnt ein eigentümlicher, faulig-modriger Gestank inne. Komisch, bei meiner ersten S/W-Glotze wirkte das alles noch süßlich wohlriechend. Es ähnelte wohl dem billigen Eau de Toilette, welches Dirnen nach vollzogener Unzucht mit Freiern auftragen.

Trete ich vor meine Wohnung, sieht der Hausflur genauso aus, wie zu DDR-Zeiten. Bei den übrigen Mietern auf der Etage sieht es da anders aus. Der entmachtete Bezirksbürgermeister zwei Wohnungen weiter ist weggezogen. Die restlichen 6 Mietparteien – Ehepaare um die fünfzig, Kinder aus dem Haus, kleinbürgerliche Berufe oder inzwischen arbeitslos – versuchen zurechtzukommen. Früher, bevor ich einzog, bildeten die Leute eine nachbarschaftliche Etagengemeinschaft. Abwechselnd wurde von Jedem der Etagenflur gereinigt und das Geld, daß die Wohnungsverwaltung dafür ausspuckte, wurde zusammen verfeiert. Man half sich gegenseitig und sprach offenherzig miteinander. Mit der Wende kam der allmähliche Bruch.

Heute reicht es gerade noch für ein lapidares „Guten Tag" und „Auf Wiedersehen". Wenn wir zusammen auf den Fahrstuhl warten oder in diesem stehen, wirken die Leute seltsam lethargisch. Stehen teilnahmslos da, morgens die Aktentasche umklammert, abends die dazugekommene PVC-Tragetasche mit bunt verpackten Lebensmitteln festhaltend. Und bei den meisten dieser leere, ausweichende Blick. Ein Bekannter aus Westberlin, der mich kürzlich aufsuchte, wunderte sich mir gegenüber, daß die Leute beim Betreten und Verlassen des Fahrstuhls noch den Mund zum Grüßen aufkriegen. Ich wunderte mich auch – warum auf einmal Selbstverständliches bizarr wirkt.

Die Umgebung meines Hauses hat sich auch verändert. Ein Neubaugebiet aus diesen uniformen DDR-Plattenbauten, Potemkinsche Dörfer Pankows. Einfallslos dupliziert und aneinandergereiht. Wie in Marzahn oder den an LEGO-Bausteine gemahnenden Neubauvierteln aus den 60er und 70er Jahren, in Westberlin. Die

Asphalt-Fußballplätze, dicht gestreut im Wohngebiet, sind verlassen. Damals waren sie immer proppenvoll mit bolzenden Gören, laut und lebhaft. Heute verbreiten die verödeten Fußballplätze, Tischtennisplatten und Klettergerüste eine unheimliche Stille. Unterbrochen vom satten Motorengeräusch parkplatzsuchender Pkws westlicher Produktion. Als wäre der Rattenfänger von Hameln durch die Stadt gegangen und hätte alle Kinder mitgenommen. Rattenfänger, wie heißt du? Vor der Kaufhalle, jetzt *Bolle*, stehen kleinwüchsige Asiaten (offenbar Vientamesen) und bieten Schmuggelzigaretten an.

Diese diabolisch lächelnden Fremdlinge verkörpern die Versuchung inbrünstig, die sie für Arbeitslose, Rentner und schlechtbezahlte Arbeiter darstellen – „...'n paar Mark sparen, sind ja eh nur Steuern, die der Staat zum Fenster rausschmeißt. Wir können nicht ins Ausland ziehen, um Steuern zu sparen, wie Die da oben..." gab mir treuherzig ein ehemaliger Schulkamerad zu verstehen, als ich ihn wegen des Erwerbs einer Stange Schmuggelzigaretten tadelte.

Aber das absolut Fremde hat in der Gestalt von handelsnomadischen Orientalen, die die Imbißbuden und Gemüsestände fest in der Hand haben, Einzug gehalten. Noch verlassen sie abends unser Wohngebiet. Aber letzte Woche wurde der mobile Obststand eines südländisch aussehenden Händlers durch eine feste Holzbaracke ersetzt. Wollt ihr hierbleiben?

Als ich neulich im beschmierten Fahrstuhl nach oben fuhr, unterhielten sich zwei Hausbewohnerinnen. Die eine gab erleichtert bekannt, daß sie auszieht und die Gegend verlassen kann. Die andere seufzte, weil ihr das nicht möglich wäre, obwohl sie eigentlich wollte, es war nicht das erste Mal, daß ich solche Ansinnen von Hausbewohnern vernahm. Ich aber bleibe hier in meinem Haus, beschloß ich trotzig.

BERLIN-HOHENSCHÖNHAUSEN (1999)

Drei Jahre später und ein paar Kilometer weiter. Jetzt ist es ein anderes, welches ich mein Haus nenne. Ich bin nun doch nicht geblieben. Habe mich in einer ruhigen beschaulichen Ecke des Nachbarbezirks niedergelassen. Zu Fuß 20 Minuten entfernt. Nicht so vertraut wie die alte Gegend, aber auch nicht fremd und allzuweit weg. Gleich den Damen, die ich seinerzeit im Fahrstuhl belauschte, zog ich ein Jahr später aus.

Es war nicht mehr mein Haus. Wo ich mich erst so heimisch fühlte. Es war nur noch ihr Haus. Jener, die in jede freie Wohnung Russen- und Araberfamilien einquartierten. Die es schaffen, binnen 2 Jahren die Sozialstruktur in Haus und Umgebung zu zerstören. Jener Vandalen, die alles zerschlugen und beschmierten, was ihnen im Wege war. Und zuletzt jener anonymen Ganoven, die eines Nachts den Fahrstuhl meines Hauses mit Papier füllten, anzündeten und zu mir, der ich gegenüber vom Aufzug wohnte, in die 20. Etage hochschickten. Dem schnellen Eintreffen der Feuerwehr verdanke ich wohl mein Leben.

Mein neues Domizil ist der krasse Gegensatz zum alten, welches ich verließ. Das Haus ist mindestens schon 70 bis 80 Jahre alt. Es ist vierstöckig und besteht aus Vorderhaus und rechtem Seitenflügel. Zusammen mit anderen Häusern bildet es einen großen nach einer Seite offenen Innenhof, der mit seinen vielen großen, alten Bäumen, der üppig grünen Wiese und den verwitterten Holzzäunen wie ein Garten wirkt.

Die Bäume wachsen wild und urwüchsig vor sich hin. Die Wiese blüht saftig und struppig. Wird nur 2- bis 3mal im Jahr gemäht. Wenn der Winter vorbei ist und es warm wird, die Sonne mit freundlich warmem Schein den Hof erstrahlen läßt, erwacht das Leben. In den Baumwipfeln lassen sich die verschiedensten Vogelarten nieder und erfüllen den Hof mit ihrem liebenswerten Gesang. Wenn es das Wetter zuläßt, setzen sich Bewohner meines Hauses mit Freunden unten in den Hof, grillen und trinken gemütlich Bier. In diesem gartenartigem Hof hat sich der eigentümliche Charakter Märkisch-Berlinischer Vororte konserviert. Einfach, natürlich, ungezwungen. Dies färbt scheinbar auch auf das Verhältnis meiner Nachbarn untereinander ab und läßt sich in der Maxime: „Leben und leben lassen" zusammenfassen.

Meinem Haus selber, sowie den umstehenden Häusern, sieht man das Alter schon äußerlich an. Die Fassade besteht aus einem groben Putz, der mit den Jahren in einen erdigen Ton gealtert und zwischen einem dunklen Grau und Umbra anzusiedeln ist. Da die Zeit schon deutlich ihre Spuren hinterlassen hat, verleiht gerade dieser Schimmer von Morbidität eine eigentümliche Aura von natürlichem Wohnen und Leben. Respekt und Einklang vor der Macht der Zeit und dem Drang der Natur.

Was hier verfiel, ist nicht Ergebnis menschlichen Vandalismus, sondern ein Tribut, den das Alter verlangt. Es gibt sicherlich Häuser, Siedlungen und Städte, die sind auf den ersten Blick nagelneu, blitzsauber und akkurat gepflegt. Trotzdem wirken sie seltsam steril, künstlich, ja wie überdimensionale Details von einer Modellbahnlandschaft. Weil sie nicht mit dem Boden, den Menschen und der Umgebung gewachsen sind, sondern aufgepfropft wurden.

Wenn man durch das marode aber trotzdem saubere Treppenhaus in meine Wohnung gelangt, ist man überwältigt. Fast den ganzen Tag sind die hohen Räume lichtdurchflutet. Große Fenster mit hohen Oberlichtern und tiefer Fenstersimshöhe ermöglichen dies. Im Gegensatz zu meiner vorherigen Wohnung, bot es sich hier an, die Räume verschiedenfarbig auszugestalten. Die hohen Zimmer vermitteln, trotz mehr Möbel und reichhaltiger Bebilderung, ein geräumiges, stilvolles Wohngefühl. Ein Wellensittich, zwei Zwergkarnickel und mein Hund runden nicht nur das Bild lebenswerter Natürlichkeit ab, sie sind auch ihr Ausdruck.

Wenn ich vor mein Haus trete, komme ich auf eine Seitenstraße, die in eine Hauptstraße mündet. An dieser Ecke ist gleich ein Gemüseladen mit berlinisch eingefärbtem Tante-Emma-Flair, der – gottseidank – noch ein deutscher ist. Auch wenn es etwas teurer als in der nahen EXTRA-Kaufhalle ist, kaufe ich lieber bei ihm Obst und Gemüse. Der Besitzer ist freundlich, hat stets ein nettes, persönliches Wort für mich und meinen

Dobermann, ist hier verwurzelt und ich freue mich, daß es seinesgleichen noch gibt.

Dies auch eingedenk der Tatsache, daß diese Branche zum überwiegenden Teil in der Hand von Orientalen ist, die wie auf einem Basar möglichst noch lautstark und aufdringlich die Angebote des Tages durch die Gegend keifen. Überhaupt sind in meiner Umgebung noch ca. 90 Prozent der Geschäfte in einheimischer Hand. Auch die Sozialstruktur ist noch voll intakt. So gut wie keine ausländische Wohnbevölkerung in der Gegend. Noch.

Gehe ich über die große Hauptstraße, um mit dem Hund an einem nahegelegen See zu spazieren, durchquerte ich ein größeres Eigenheim- und Schrebergartengebiet. Neben wenigen neugebauten Einfamilienhäusern, von Neureichen aus dem Katalog bestellt, sind hier überwiegend alte Häuser. Diesen sieht man förmlich an, daß sie erarbeitet und von zwei bis drei Generationen vom Munde abgespart wurden. Jedes ist anders und hat seinen eigenen Charakter. Preußisch einfach und zweckmäßig, bar jeglicher Verspieltheit und Protzerei. Selbst einige neuerrichtete Mehrfamilienhäuser im Stile von sogenannten Stadtvillen fügen sich recht harmonisch in die Umgebung ein. Sieh an, es geht also auch anders.

Alles in allem eine lebenswerte, ruhige und ursprüngliche Gegend, wo der moderne Fortschritt noch nicht so exzessiv gewütet hat, in die mich das Schicksal verschlug.

Es ist eine Basis für innere Ausgeglichenheit und Zufriedenheit, wie ich sie vorher selten empfunden habe. Hier verwurzelt, gedenke ich den schweren Zeiten, welche uns zweifelsohne bevorstehen, gefaßt entgegenzusehen.

FALK MALKOWSKI / ELEGIEN AUS BERGGIESSHÜBEL

Noch ist es kühl in früher sonne
Die scheuen geist zu sich gelockt
Der fröstelnd unter kahler buche hockt
und allen spielen der natur entronne.

Es weht ein frischer wind die asche fort
die seiten blättert um im buche
die träume schickt auf ungezählte suche
nach einem sinn und einem wahren ort.

Alles wird gefährlich einst gefunden
Und dann besungen dieses glück.
Vergessen endlich was entschwunden.

Vielleicht erwacht ein traurig sinnen nur ein stück
Verlangen noch des alten Geists nach dem gesunden
Der Unheil erkennend heischt zurück.

13. 4. 99

Vom dachsims tropft das wasser
des grauen schweren Himmels
Des schlosses turmuhr schlägt
Zwei vögel stürzen sich aufgeschreckt
Eben noch ihr gefieder glättend
Flüchtend vom roten dach
Um in nahen büschen wild zu tönen.
Der kleine teich im park
Von den schwänen verlassen
Atmet hörbar tief
Bänke stehen leer unter den eichen
Die gespenstig alt und kahl
Aus tiefer müdigkeit
Später erwachen
Als wüßten sie alles
Schon von diesem jahr.

17. 1.

Wo zwischen bergeshang und wasser
Ein schmaler pfad den hohe buchen säumen
Sich windend seinem ziele nähert
Um in der ferne zu entschwinden
Wo sich am steilen hange die stolzen hölzer
Nur noch mühsam halten ihre wurzeln
Felsgestein umklammern wurzeln wie riesenhände
knöchrig und vielfingrig verkrümmt
Mit buschwindröschen harmlos geschmückt
Düster kriechend nach dem pfade hin
Als wollten sie den arglosen wanderer greifen
Der staunend steht die listige tarnung übersehend.
Da ist ruh
Nur fernes rauschen des wassers betört noch die sinne
Und in geborgenheit wiegen einen die in jahrhunderten
Gewachsenen kronen doch sie nehmen
Das tageslicht weg unsichtbar wird der pfad
Raste nur nicht zu lange, hier lauert die letzte ewige ruh
Nur ein heller stein ist noch zu sehen.

26. 5. 99

Donnerkrachend bricht der Himmel auf
läßt seine blitze zuckend fallen
Beschleunigt wird jeder müde lauf
Grelle gesichter in schwarzen hallen

Das getier schärft seine todeskrallen
Schleicht aus verschütteten gängen
Die schweren tore heulend zufallen
Auswegloses dichtes drängen

Die beute windet sich in todesfängen
Es spritzt kein tropfen lebenssaft
Ausgedorrt nach all den zwängen
Die hoffnung der mut die kraft.

25. 5. 99

HANS-JOACHIM WINTER / FRIEDRICH DER ERSTE, KÖNIG IN PREUSSEN (2)

Friedrich ließ sich nur herbei, die Rückgabe Schwiebus ihrerseits an Konzessionen zu binden. Darüber wurde bis Ende 1694 verhandelt, und Wien mußte drei Zugeständnisse machen: Berufung eines Reformierten in den Reichshofrat, die Anerkennung Brandenburgs Anwartschaft auf Ostfriesland und die Anerkennung des Titels Friedrichs als „Souveräner Herzog in Preußen". Bei der Übergabe am 10. Januar 1695 selbst aber wurde im Übergabevertrag jene Klausel gestrichen, daß der Verzicht, den der Große Kurfürst auf die schlesischen Fürstentümer geleistet habe, dennoch gültig sei. Darauf sollte sich dann 1740 Friedrich der Große berufen, als er mit 22 000 Mann in Schlesien einmarschierte.

Die betrüblichste Folge der Rückgabe war für Friedrich das nun nicht zu hindernde Schicksal der Protestanten im Kreis Schwiebus, die sich bis zuletzt verzweifelt gegen die Rückgabe gewehrt und in einer Bittschrift an den Kurfürsten geschrieben hatten: „Wir würden die Betrübtesten und Elendsten auf der Welt sein, wenn wir wieder unter kaiserliche Gewalt kommen würden".

Wirklich brannte auch schon in der Nacht nach der Übergabe die erste evangelische Kirche, und es blieb natürlich nicht bei der Zerstörung von Gebäuden der Protestanten. Derartiges wird heute im „Zeitalter der Toleranz" gern verdrängt, bleibt aber dennoch ein Faktum.

RELIGIÖSE TOLERANZ ALS POLITISCHES PRINZIP

Wohl keine der Maßnahmen des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm während seiner achtundvierzigjährigen Regierungszeit hat so sehr Interesse in der Gegenwart gefunden wie das Edikt von Potsdam vom 29. Oktober (8. November unseres Kalenders) 1685, mit dem die wegen ihres reformierten Glaubens bedrängten Hugenotten nach Brandenburg-Preußen eingeladen wurden. Landläufig wurde es auch als „Toleranzedikt" bezeichnet.

Mit religiöser Toleranz waren bereits Friedrich Wilhelms Vorgänger Johann Sigismund (1608–1619), der 1613 von der lutherischen zur reformierten Konfession übertrat, und Georg Wilhelm (1619–1640) über den seit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 gültigen Reichs-Rechtsgrundsatz „cuius regio, eius religio" hinausgegangen.

Toleranz auf kirchlich-religiösem Gebiet in einem so bedeutenden und an Bedeutung zunehmenden Staat wie Brandenburg-Preußen zur politischen Richtschnur gemacht zu haben, ist ein Verdienst, das dieser Dynastie nicht abgesprochen zu werden vermag. Es steht in größerem Zusammenhang als lediglich in deren Gebundensein an politische Gegenheiten, etwa dem Widerstand der zumeist lutherischen Stände gegen den unpopulären Calvinismus, den es auch tatsächlich gab.

Die österreichischen Erblande, in denen die Stände sich seit drei Generationen überwiegend zum Protestantismus bekannten, sind fast zur selben Zeit durch eine rasche und energische Politik Ferdinands II. durchgreifend rekatholisiert wurden; ein anderes Beispiel liefert die Rheinpfalz, deren Bewohner viermal in Folge bei jedem Thronwechsel ihr Bekenntnis zu wechseln hatten. Noch 1731 konnte sich der Erzbischof von Salzburg erlauben, seine lutherischen Landeskinder regelrecht auszutreiben. In Brandenburg. trafen viele Faktoren, politische Einsicht und Reife, nicht zuletzt persönliche Religiosität und die Fähigkeit zur Toleranz des jeweiligen Herrschers, zusammen. Toleranz (dies sollte man jenen entgegenhalten, die heute angeblich das Toleranzprinzip verfechten) bezeichnet ja eben die Fähigkeit, die entgegengesetzte Meinung und den, der sie, vertritt, zu dulden, zu achten, ernst zu nehmen. Wenn wir heute gewöhnt sind, die lutherische und die reformierte Konfession als zwei zwar verschiedene, aber doch sehr ähnliche evangelische Bekenntnisse anzusehen, so war man damals rigoroser und ließ nur das eigene Bekenntnis gelten. Was in der Tat zu sagen ist, daß nämlich diese Toleranz keineswegs abstrakt, sondern in den wiederum oft recht engen Grenzen des im 17. und 18. Jahrhundert überhaupt Möglichen praktiziert wurde, macht das Verdienst dieser Dynastie nicht geringer, eher im Gegenteil.

Die Politik Kurfürst Friedrich Wilhelms im Blick auf religiöse Toleranz aber ragt aus der seiner Vorgänger und Nachfolger heraus: Wie kein anderer brandenburgisch-preußischer Herrscher hat er mit allen Mitteln, vom Einsatz seiner persönlichen Autorität bis hin zur staatlichen Administration, zu Toleranz und Ausgleich zwischen Calvinisten und Lutheranern sowie zur Duldung Andersgläubiger (etwa der Juden) beigetragen. Ja, er hat sich für Toleranz im praktischen Umgang der beiden protestantischen Konfessionen miteinander eingesetzt (Toleranzedikt von 1662, Anberaumung der lutherisch-reformierten Religionsgespräche 1662/63, Toleranzedikt „muta tolerantia" von 1664) bis hin zu Amtsenthebungen führender lutherischer Pfarrer, denen der Verzicht auf konfessionelle Polemik als Verrat ihres Ordinationsgelübdes erschien. Bekannt ist, daß der Liederdichter Paul Gerhardt, selber eine friedfertige Natur, der sich aber diese Friedfertigkeit nicht als Pflicht auferlegen lassen wollte, zu den Opfern dieser Maßnahmen gehörte.

Bei Kurfürst Friedrich Wilhelm kommt als ein weiterer Aspekt seine persönliche Religiosität hinzu. Friedrich Wilhelm war weder ein Frömmler noch ein Dogmatiker, hat aber seinen christlichen Glauben reformierter Prägung ernst genommen, und so hat er sich die Politik religiöser Toleranz geradezu abgerungen. Kurfürst Friedrich Wilhelm war gläubiger Calvinist, und wenn damals die Prediger seiner Konfession ihren lutherischen Mitbürgern alles Christentum absprachen (und umgekehrt), so war er ein Kind seiner Zeit und blieb davon nicht unberührt. Sich dennoch für religiöse Toleranz eingesetzt zu haben, wie er es tat, kann da nicht anders als erstaunlich und bewunderungswürdig angesehen werden. Dies um so mehr, als seine Glaubensüberzeugung für ihn auch im Politischen hohen Stellenwert hatte. Dafür nur zwei Beispiele.

Bei den Friedensverhandlungen in Osnabrück kämpfte Friedrich Wilhelm monatelang mit leidenschaftlicher Parteinahme für seine reformierte Konfession. Im Augsburger Religionsfrieden 1553, der Katholiken und Protestanten als gleichberechtigt anerkannt hatte, waren unter „Protestanten" nur die Lutheraner verstanden worden. Bei den Gegensätzen zwischen Calvinisten und Lutheranern wurde nun ernsthaft versucht (besonders durch den sächsischen Kurfürsten Johann Georg I.), die Calvinisten weiterhin auszuklammern und damit sozusagen ohne Rechtsschutz zu lassen. Friedrich Wilhelm für sich und seine Lande hatte zwar nichts zu befürchten, es gab aber eine Reihe kleinerer und schutzbedürftiger reformierter Reichsstände. Und so setzte er in zähem Ringen einen Kompromiß durch, auf dessen Grundlage die Reformierten sich als in den Religionsfrieden einbezogen betrachten konnten.

Einen anderen interessanten Beleg gibt es aus den sechziger Jahren: Bereits vor dem Frieden von Oliva war einmal ernsthaft von polnischer Seite angefragt worden (1658), ob Friedrich Wilhelm an einer Kandidatur für den polnischen Königsthron interessiert sei. Allerdings wurde sein Übertritt zum Katholizismus dabei als selbstverständliche Voraussetzung bezeichnet. Friedrich Wilhelm reagierte darauf nicht. 1661 aber wurde diese Angelegenheit erneut aktuell, und der Kurfürst bekundete sein lebhaftes Interesse an dieser Kandidatur, für die er alles Mögliche tun, sogar das Lehnverhältnis Preußens wiederherstellen würde, „wenn ich bei meiner Religion bleiben kann". Sein Festhalten an der eigenen reformierten Konfession begründete er mit den Worten: „Wie kuntte Ich Ihnen treu sein, da ich meinem Gott nicht treu were." Damit war dann seine Kandidatur auch gegenstandslos.

Bekannt ist, daß der sächsische Kurfürst Friedrich August – Vertreter jener Dynastie, die einst Luther schützte und so die lutherische Reformation erst ermöglichte – knapp vier Jahrzehnte später durch seinen Übertritt zur katholischen Konfession die Voraussetzung schuf, um als August II. (der Starke) König von Polen zu werden. Für Friedrich Wilhelm aber, dessen Interesse an Polen ungleich größer sein mußte als das eines sächsischen Fürsten (wie sich unschwer aus einem Blick auf die damalige politische Landkarte ergibt), stand seine religiöse Überzeugung und Bindung nicht zur Disposition.

Sein Nachfolger Friedrich III./I. kann als der letzte hohenzollernsche Monarch betrachtet werden, der sich wie sein Vater voller Überzeugung zur reformierten Konfession bekannte. Wie dieser war er von tiefer, politisch wirksamer Religiosität geprägt. Friedrichs Tag begann stets mit einer Morgenandacht und schloß mit dem Abendgebet. Auch dies war für ihn bezeichnend: Seine Andacht war die des Fürsten, des Ersten seines Landes, für das er zu entscheiden hatte und der sehr genau um die Grenzen menschlichen Vermögens wußte; solche Erfahrung macht demütig, auch auf dem Thron oder gerade dort. Einfach gesagt: Er wußte um seine Verantwortung vor Gott und sich auch als Fürst in Gottes Hand.

Diese Haltung wird heute kaum mehr verstanden; die Regierenden unserer Tage vertrauen mehr auf ihr eigenes Können, auf ihre Berater und ihre Computer (die Welt sieht auch danach aus), und die wenigen „regierenden" Fürsten und Fürstenhäuser unserer Zeit haben mehr zu tun mit Affären und Publicity, was ja auch seine Richtigkeit hat, denn sie fungieren lediglich als ornamentaler Beisatz staatlicher Organismen ohne wirkliche Macht.

Eine der Lieblingsideen König Friedrichs I. war eine Union der Reformierten und der Lutheraner zu einer Evangelischen Kirche, wie sie dann schließlich 1817 unter König Friedrich Wilhelm III. verwirklicht wurde. Dafür allerdings bestanden an der Schwelle zum 18. Jahrhundert noch keine Voraussetzungen. Aber auch er hat an der Toleranzpolitik seiner Vorgänger und besonders seines Vaters festgehalten, so daß Preußen das gelobte Land religiöser Toleranz blieb. Diese Tradition wird heute oft genannt, dabei aber im Grunde von unserem eigenen liberalistischen Denken her mißverstanden in dem Sinne, als seien von einem unparteiischem Staat alle Meinungen oder Auffassungen geduldet wurden. Es war vielmehr die entgegengesetzte, also die antagonistische Meinung, die da toleriert wurde!

In diesem Klima entwickelten sich denn auch zwei Richtungen des geistigen Lebens, die für das Preußen der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bestimmend wurden: Der Pietismus (Philipp Jacob Spener in Berlin und August Hermann Francke in Halle) auf der einen, die auf dem Naturrechts und der Aufklärung basierende Staatslehre Samuel v. Pufendorfs und Christian Thomasius' auf der anderen Seite. Von der letzteren leiten Pufendorf und Thomasius auch ein dem werdenden Gesamtstaat entsprechendes Kirchenrecht ab, demzufolge der Monarch als Inhaber der Kirchenhoheit vor allem die Aufgabe hat, „das kirchliche Leben der verschiedenen Kirchengemeinschaften, die in seinem Staatsgebiet nebeneinander leben, äußerlich zu beaufsichtigen, die Ordnung im Staate aufrechtzuerhalten, und namentlich dafür zu sorgen, daß der Friede nicht durch Zänkereien und gegenseitige Verketzerungen der Theologen verschiedener Bekenntnisse gestört werde. Der Geist, in dem diese auf ein freies Staatshoheitsrecht aufgefaßte Kirchenhoheit sich zu betätigen hat, ist der Geist der Toleranz. Es ist die theoretische Fortbildung der praktischen Kirchenpolitik, die der Große Kurfürst eingeleitet hatte, und zugleich ein Programm für die Tätigkeit seiner Nachfolger auf diesem Gebiet" (O. Hintze).

Daß auch Friedrichs Religiosität politisch wirksam war, sei ebenfalls an einem Beispiel gezeigt. Die Jesuiten waren nach dem Frieden von Oliva 1660, von dem ab die Souveränität des Herzogtums Preußen datiert, in diesem sozusagen rein lutherischen Lande weiterhin geduldet worden. Im Zusammenhang mit dem Streben Friedrichs nach der Königswürde gab es in der Gesellschaft Jesu Pläne, Friedrich in der preußischen Hauptstadt Königsberg zu einem katholischen König zu krönen, war doch Friedrich nach Konvertierung des sächsischen Kurfürsten Augusts des Starken (und vor der Errichtung der hannoverschen Kurwürde 1692) der letzte Protestant im Kurfürstenkollegium.

Welch ein Triumph für die Gegenreformation, wenn es gelang, das gesamte Kurfürstenkollegium wieder in den Schoß der römischen Kirche zurückzuführen! Selbst der Papst (Innozenz XII.) war in diese Pläne einbezogen, und er äußerte, auf Kurfürst Friedrich bezogen, in einem päpstlichen Breve, er „werde Gott in unablässigem Gebet bitten, daß er Uns

einst einen Weg weisen möge, auf dem Wir Unser Wohlwollen für jenen großen Fürsten deutlicher bezeigen können". Für Friedrich wäre dies eine sehr reale Chance gewesen, im katholischen Raum politische Unterstützung für sein Vorhaben zu finden. Alle diese Pläne aber verfingen nicht.

Bei den Wiener Kronverhandlungen, in denen auch die Zulassung der Jesuiten am Berliner Hof gefordert wurde, „wurde der Punkt der Religion sehr hart getrieben und ... (hat der Kurfürst) sich bald anfangs erklärt, daß (er) in diesem Stücke nichts, so (sein) Gewissen in geringsten drücken könne, einräumen, sondern ... lieber das ganze Werk fallen lassen und sich statt dessen mit der ewigen Krone begnügen wolle ..." (nach dem Bericht Ilgens). In einer eigenhändigen Ausarbeitung von 1699 hatte Friedrich geschrieben, daß er seine Religion „umb alle Krohnen der Welt nicht verwechseln werde", er hätte lieber auf allen Glanz des Königtums und damit auf sein höchstes politisches Ziel verzichtet.

PAROLE LONDON UND AMSTERDAM

Es ist keine Konzession an die Euromanie unserer Tage, die Staatenwelt unseres Kontinents an der Schwelle zum 18. Jahrhundert als „europäisch" zu charakterisieren und damit von einer Rolle des Heiligen Römischen Reiches als universalem Staatskörper des christlichen Europas abzusehen. Denn diese Rolle spielte das Reich bestenfalls noch „honoris causa", und das Problem, besser die Tragik bestand ja gerade darin, daß die sich herausbildenden National- und Großstaaten Europas nicht von ihrer ordnenden Mitte her geführt wurden.

Das Haus Habsburg aber, das seit der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts über das reichsoberhauptliche Amt verfügte, orientierte sich auf Arrondierung und Konsolidierung seines eigenen Hausbesitzes, der sich schließlich von den Niederlanden über Oberdeutschland, Kernösterreich und Ungarn bis Belgrad, von Böhmen bis Oberitalien erstreckte. Die Prädikate und Ansprüche des reichsoberhauptlichen Amtes freilich wurden vom Wiener Hof unbedenklich zur Durchsetzung seiner eigenstaatlichen wie europäischen Interessen gebraucht und eingesetzt, ohne jedoch die damit verbundene Verantwortung, etwa für den Schutz und Bestand des Reiches, tragen zu wollen. So wurde mit dem Westfälischen Frieden bereits Mitte des siebzehnten Jahrhunderts eine Ordnung der europäischen Staaten begründet, die das Reich in seiner Mitte praktisch ignorierte, negierte.

Es war eine Ordnung selbständiger, zunächst auf Dynastien und deren Territorialbestand beruhender Staaten, deren kräftigste sich an der Peripherie, also außerhalb des Reiches, als Großmächte entwickelten: England und Frankreich, Spanien, kurzzeitig Schweden und später Rußland. Das Reich in der Mitte aber war ein Verbund von Klein- und Kleinststaaten, aus denen zunächst nur der Hausbesitz der Habsburger herausragte und mit dem sich „Österreich" als eine jener Großmächte etablierte, deren wechselnde Vorherrschaft von nun an die Geschicke Europas bestimmte. Es ist geradezu erstaunlich, daß noch bis zum Jahre 1806 das Heilige Römische Reich nicht allein rechtlich fortbestand, sondern immer wieder auch gewisse Funktionen im Rahmen der europäischen Staatenordnung wahrnahm.

Am Ausgang des 17. Jahrhunderts war die Staatenwelt Europas bestimmt von der erdückenden Übermacht Frankreichs unter dem „Sonnenkönig" Ludwig XIV. In diesen Zusammenhang gehört die erste außenpolitische Aktivität des Kurfürsten Friedrich III., die praktisch bereits vor seiner Thronbesteigung einsetzte: In jenem letzten halben Jahr, unmittelbar nach dem tiefen Zerwürfnis mit seinem Vater, wurden er und Danckelmann (und nur sie beide!) von diesem in ein diplomatisches Unternehmen von hochpolitischer Bedeutung eingeführt: in die Bildung einer geheimen Allianz zur Brechung des unerträglichen Übergewichtes Frankreichs. Ludwig XIV. hatte den englischen König Jakob II. ermuntert, seine Pläne zur Rekatholisierung Englands zu verwirklichen; aber eben mit diesen Plänen brachte Jakob die ganze Nation gegen sich auf. Und es war Kurfürst Friedrich Wilhelm, der einerseits bei einer Rekatholisierung Englands dessen unvermeidlichen Anschluß an das Frankreich Ludwigs XIV. befürchtete, der aber andererseits in der Abneigung der Engländer auch die Möglichkeit sah, dieser Gefahr zu begegnen: Prinz Wilhelm III. von Oranien, derzeitiger Erbstatthalter der Niederlande, war als Schwiegersohn der designierte Nachfolger des englischen Königs Jakob, allerdings nur, wenn England protestantisch blieb. Es kam also darauf an, mit Hilfe des Oraniers einer Rekatholisierung Englands zuvorzukommen – kurz: Wilhelm mußte Jakob stürzen und den englischen Thron besteigen.

Es unterliegt gar keinen Zweifel, daß Friedrich Wilhelm zu den treibenden Kräften gehörte, die, zunächst mit diplomatischen Mitteln, diese sog. „glorreiche Revolution" von 1688 in England vorbereiteten. Wie sehr den Kurfürsten diese Vorgänge bis an sein Ende bewegten, zeigen die Parolen, die er an den beiden letzten Abenden seines Lebens für die Wache ausgab: „Amsterdam" und „London".

Mit Friedrichs Thronbesteigung wurden diese Aktivitäten energisch fortgesetzt bis hin zu dem Vertrag vom 5. August 1688, den Friedrich III. mit Wilhelm III. (seinem Oheim) schloß und darin den Holländern 6 000 Mann zu Roß und zu Fuß zur Verfügung stellte als Ersatz für jene Truppen, mit denen Wilhelm nach England übersetzen würde.

Schon vorher allerdings hatte Ludwig XIV. erneut die Berechtigung der ihm gegenüber bestehenden Befürchtungen unter Beweis gestellt mit seiner Absicht, sich wie 1681 Straßburgs, so diesmal Kölns zu bemächtigen; als Rechtstitel diente ihm eine umstrittene Wahl des kurkölnischen Erzbischofs. Ludwig ließ die Festungen des Kölner Erzstiftes (Bonn, Rheinberg und Kaiserswerth) besetzen und bedrohte nun Köln selbst. Da ließ Friedrich III. von Brandenburg Truppen in Köln einrücken und die bereits besetzten Festungen belagern; Rheinberg und Kaiserswerth kapitulierten bald, Bonn erst nach mehrmonatiger Belagerung und Erstürmung im Oktober 1688. Inzwischen hatte Ludwig mit dem Überfall und der Verwüstung der Rheinpfalz (nach einem Wort Pufendorfs äwie es seit den Tagen Attilas nicht geschehen") seine Aggression noch potenziert. Im Reich wuchs die Angst, freilich nicht beim Reichsoberhaupt, der sich gerade im Ruhm der Eroberung Belgrads sonnte.

Friedrich seinerseits erreichte ein Verteidigungsbündnis der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg mit dem Herzog von Braunschweig und dem Landgrafen von Hessen

und drängte den Prinzen von Oranien, sein Vorhaben zu verwirklichen (Wilhelm III. landete am 5. November in England) und dann mit England in den Krieg gegen Frankreich einzutreten. In der Tat, als der Papst (!) die Wiener Bedenken gegen die protestantische äUrsupation" von England überwunden hatte, kam dann wirklich eine Allianz zwischen dem Kaiser, Holland und England zustande, dem sich dann auch noch Spanien anschloß. Der Krieg allerdings wurde von seiten Österreichs mit wenig Nachdruck und insgesamt mit wechselndem Glück beinahe ein Jahrzehnt lang bis zum Frieden von Rijswijk (1697) geführt; innerhalb dieser Zeit gelang es Ludwig XIV., die „Große Allianz" allmählich zu lokkern und den Friedensschluß weitgehend in seinem Sinne zu gestalten. Immerhin: die Pfalz und das Erzstift Köln blieben deutsch, und wenn ein Fürst daran unmittelbar Anteil hatte, dann war es Kurfürst Friedrich III., der noch bei der Belagerung Bonns gebetet hatte, Gott möchte ihm bei seinem ersten Unternehmen keinen Schimpf erleiden lassen.

Gewonnen hat Brandenburg in diesem Kriege nichts, im Gegenteil. Kurfürst Friedrich III. hatte Grund genug, sich gegen den englischen Gesandten Stepney zu äußern: Bei dem Frieden habe jeder andere Vorteil gehabt – England, Spanien und Savoyen, nur er nicht, obgleich er doch zu der englischen Revolution den Hauptstoß gegeben und an Frankreich ebensogut den Krieg erklärt habe; an den Friedensverhandlungen habe man ihm dennoch keinen Anteil gewährt, er habe weder Reputation noch Vorteil davongetragen; das werde ihm in Zukunft zur Warnung dienen, den Alliierten seine Dienste nicht zu eifrig anzubieten, er werde warten, bis man sich ihm zu soliden Bedingungen verbinde (nach Ranke).

Ob der Einsatz brandenburgisch-preußischer Truppen in den nun folgenden jahrelangen Kriegen im Westen und Osten (der Spanische Erbfolgekrieg 1701 bis 1713, der Nordische Krieg ab 1700, der Türkenkriege im Süden nicht zu gedenken) immer nach dieser Maxime erfolgte, sei dahingestellt. Dennoch verdient festgehalten zu werden, daß Friedrichs Politik der Bündnistreue im Westen und der bewaffneten Neutralität im Osten nicht nur erfolgreich war: die Dominanz Frankreichs wurde durch den Utrechter Frieden überwunden und im Osten wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Friedrichs Sohn und Nachfolger dann ohne große Mühe die vorpommersche Odermündung mit dem wichtigen Stettin erwarb. Vor allem – und Friedrich hat sich dessen gerühmt – blieb das Brandenburgisch-preußische Staatsgebiet, als „die Welt in Flammen stand", bis auf Grenzbereiche vom Krieg verschont!

Einen Makel Friedrichs bedeutete allerdings der Sturz seines früheren Lehrers und lange vertrauten Mentors Eberhard von Danckelmann, der 1697, unmittelbar nach dem für Friedrich unbefriedigenden Frieden von Rijswijk, verhaftet, dann in die Festung Peitz gebracht und nach einem sich über mehrere Jahre hinziehenden Verfahren, das bei den fehlenden Gründen für eine Schuld zu keinem Abschluß kommen wollte, 1704 auf Friedrichs ausdrücklichen Befehl in Haft belassen wurde. Erst Friedrich Wilhelm I. hat Danckelmanns Ehre wiederhergestellt und ihn in Freiheit gesetzt – das von Friedrich I. eingezogene Vermögen Danckelmanns hat aber auch er nicht zurückerstattet.

DIE KÖNIGSWÜRDE

In einer Zeit, wo in Umkehrung des die preußische Haltung kennzeichnenden Leitsatzes (nach Moltke) „mehr Sein als Scheinen" alle Dinge nach ihrer Wirkung auf die Mitwelt beurteilt werden, wo das eigene Prestige, wo nicht einmal die Leistung selbst, sondern nur der Erfolg etwas gelten, wo — philosophisch gesehen — nicht das Wesen, sondern die Erscheinung zum Maßstab der Dinge wurden, sollte man denken, daß Friedrichs Streben nach der königlichen Dignität allgemeines Verständnis fände.

Das ist natürlich nicht der Fall, wohl schon deshalb, weil Friedrich ein preußischer Herrscher war. Um diesen seinen Schritt wenigstens zu relativieren, wird heute häufiger auf die Gleichzeitigkeit hingewiesen, in der es dem sächsischen (August II., der Starke, 1697) und dann dem hannoverischen Kurfürst (Georg I., 1714) gelang, ebenfalls die Königswürde zu erlangen; ergänzt werden muß, daß auch der bayerische Kurfürst Max Emanuel sich um eine Königskrone, sei es in den Spanischen Niederlanden, in Bayern selbst oder gar in Sardinien, bemühte, freilich ohne Erfolg. Und festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, daß die Königswürde nicht für die deutschen Länder Sachsen oder Hannover, sondern lediglich für deren Dynastien (und dies auch nicht dauerhaft) gewonnen wurde, und daß es in allen drei genannten Fällen die deutschen Untertanen unermeßliche Opfer kostete: Bayern wurde 1704 von Engländern und Kaiserlichen furchtbar verherrt und noch zehn Jahre von den Kaiserlichen ausgepreßt; Sachsen wurde 1706/07 von dem rachsüchtigen Gegner Augusts des Starken, dem Schwedenkönig Karl XII. Besetzt und ausgeplündert, und Hannover war fortan – als die Achillesferse Englands auf dem Kontinent – das Ziel militärischer Unternehmungen Frankreichs gegen das Inselreich. Preußen aber entwickelte sich in frappierender Kontinuität zu einem Großstaat, der seinen Schwerpunkt in Deutschland hatte und nach einem weiteren Jahrhundert schließlich zum Kristallisationspunkt für die deutsche Einheit wurde.

Um nun auf die Motivation Friedrichs, die Königswürde zu erwerben, zurückzukommen, so besteht zwischen ihr und dem Streben des heutigen Menschen nach Geltung und Ansehen ein tatsächlicher Unterschied.

Für den Menschen unserer Zeit ist das Streben nach äußerer Geltung, nach einem gehobenen gesellschaftlichen Status Selbstzweck insofern geworden, als sich das Leben selbst im Äußerlichen verliert — die Massenkommunikationsmittel, insbesondere das Fernsehen, bauen eine Scheinwelt auf, in der Bildung, die auf ethische Maximen als Lebensgrundlage abzielt, Altruismus gar, keinen Platz mehr haben. Die berechnete Wirkung ist Selbstzweck geworden. Der Schein gilt heute mehr als das Sein. Wer mit dem Schein nicht umzugehen weiß, gilt als erfolglos, ist, nach der herrschenden Weltsprache, ein nobody.

Für Friedrich aber war sein Streben nach der Königswürde ein Mittel zum Zweck, nämlich um für seinen Staat (damals noch: seine „Länder") in den Beziehungen zu anderen Staaten vorteilhaftere Wirkungen zu erreichen. Der Rang des jeweiligen Souveräns spielte im Europa seiner Zeit Ludwigs XIV. von Frankreich.



Symbolum-Ghibellinum



Der folgende Text und seine Fortsetzungen entstammen dem 1. Kapitel des Buches *„Kaiser und Bürger"*, das der Theologe Hans Schomerus 1934 in der Hanseatischen Verlagsanstalt, Hamburg, veröffentlicht hatte. Es blieb so wirkungslos wie die Reichsliteratur von Moeller van den Bruck, August Winnig, Edgar Julius Jung und Konrad Weiss. Die nationalsozialistische Bewegung fand Genüge an ihrem Parteihorizont, der zu eng war. Der Absturz wurde unvermeidlich. Schomerus würdigte, wie der jüdische Kronjurist der SPD Hermann Heller, durchaus die Bedeutung von Blut und Boden in der Geschichte. Er sah aber nicht nur das.

HANS SCHOMERUS / DAS REICH ALS HERRSCHAFTSORDNUNG (1)

Es ist ein erregender Vorgang, wenn die Geschichte eines Volkes wieder in den politischen Raum einmündet. An der Grenze zwischen dem bloßen diplomatischen Spiel und echtem politischem Handeln stehen Entscheidungen von solcher Schwere und Bedeutung, daß sie tief hineingreifen müssen auch in die Sphären, die gar nicht in den politischen Raum hineinzugehören scheinen. Auch das ausgesprochen unpolitische Ethos folgt mit unausweichlicher Notwendigkeit dem Gesetz, das die neue geschichtliche Ebene beherrscht.

Man kann nicht in der Geschichte leben wollen und zu gleicher Zeit die eigentümliche Atmosphäre verneinen, in die sie nun einmal einmündet. Die Geschichte unserer Gegenwart ist im Gegensatz zu der der vorausgehenden Epochen durch die politische Atmosphäre bestimmt. Denn selbst die Politik des Nationalen Liberalismus und des humanitären Sozialismus war ein Handeln auf einer unpolitischen Ebene.

In dem Augenblick, wo das politische Handeln im eigenen Raume geschieht, treten die Umrisse der Mächte und Tatsachen, die es bestimmen, immer deutlicher hervor. Nicht nur die Geschichte als gegenwärtig gelebtes Leben, sondern auch als erforschte und geschaute Vergangenheit, erhält im politischen Raum ein anderes Gesicht. Damit ist nichts gegen die Objektivität der geschichtlichen Vorgänge gesagt.

Alle Geschichtsforschung hat ihre Würde und Grenze in dem Respekt vor den Tatsachen. Es ist indes ein ander Ding, ob man in die Vergangenheit wie in ein Museum eintritt, in dem die Vorgänge ohne Anspruch und Leben einfach lagern, oder ob man in sie wie in das Haus der Väter tritt, wo die Dinge uns mit einer eigentümlich anspruchsvollen Lebendigkeit umgeben. Man treibt Geschichte, indem man die Verpflichtung aus dem Erbe bejaht oder leugnet. Und je nachdem ob man ein Erbe ist oder nicht, sieht einen die Vergangenheit anders an. Die Vergangenheit fragt und fordert die Gegenwart. Die Gegenwart aber fragt und fordert auch die Vergangenheit. Und es ist jedesmal ein ander Ding, ob wir aus dem moralischen oder aus dem sentimentalischen oder aus dem politischen Raum heraus die Frage an die Vergangenheit stellen.

Die Totalität eines Lebensraumes greift immer notwenig über die Gegenwart hinaus in die Vergangenheit über. Die neuerdings erhobene theologische Forderung einer objektiven Geschichtsforschung, die ein – nicht unbedingt notwendiges – Merkmal der existentialphilosophischen Richtung ist, hat sich mit der Ablehnung jeder „Schau" in Wahrheit selber eine sehr solenne Voraussetzung geschaffen, nämlich die Ablehnung der teleologischen Betrachtungsweise zugunsten der axiologischen. Die Theologie wird diese Richtung entscheidend nach ihrer Eschatologie fragen müssen, und an dieser Stelle wird es sich zeigen, daß ihre radikale Ablehnung jeder Schau mit christlicher Verkündigung wenig zu tun hat.

In demselben Maße, in dem wir Heutigen in die eigentümliche Atmosphäre der gegenwärtigen Geschichte uns hineinleben, werden die Umrisse der politischen Größen der Vergangenheit deutlicher und klarer, die an uns als Erben einen lebendigen Anspruch erheben.

Die Gegenwart reicht mit ihren Wurzeln tief in das Reich der Toten hinab, und je tiefer sie wurzelt, desto verheißungsvoller und vollmächtiger ist ihre Zukunft.

Alles politische Handeln ist in der Wirklichkeit ausgerichtet auf eine geheimnisvolle und doch ungeheuer reale Beziehung zweier Größen aufeinander: der Ordnung und der Herrschaft. Wo immer politisches Leben ist, da wird um diese beiden Dinge gekämpft. Wenn wir von ihnen reden, so reden wir in Begriffen und nicht von Ideen, d. h. wir bleiben in der Wirklichkeit, in der der Inhalt dieser Begriffe einen genau bestimmten, realen Ort hat, und scheiden uns damit von dem leeren Raum bloßer Gedanken und Ideologien. Eben darum aber wissen wir auch, daß wir diese Begriffe nicht eindeutig gebrauchen können. Sie werden nämlich je und je aus einem ganz anderen Raum her in der Geschichte aktuell und haben darum auch einen jeweils völlig verschiedenen Inhalt. An ihrem Inhalt aber entscheidet sich das politische Handeln selbst. Man übersteht diesen geschichtlich außerordentlich bedeutsamen Einfluß der geistigen Orientierung des politischen Handelns, wenn man so ohne weiteres nach einer vorab bestimmten Richtung hin

von Realpolitik meint reden zu können. Man müßte vorher sagen, was denn eigentlich real sei.

Sobald wir zu dieser Frage vorgestoßen sind, befinden wir uns im politisch-geschichtlichen Raum und werden in ihm überfallen von einer ungeheuren Fülle von „Realitäten", die einander aufs schärfste widerstreiten. In dem Augenblick stehen wir vor der Tatsache, daß die Feindseligkeit des realen Lebens wider sich selbst von einem Riß durch die Wirklichkeit herrührt, der von einer bloß positivistischen Realpolitik gar nicht begriffen werden kann. Politik ist daher immer ein Handeln aus einem Glauben.

Die politische Geschichte des heidnischen Zeitalters ist völlig anders als die des christlichen. Es hat seinen Sinn, daß wir unsere Zeitrechnung mit Christi Geburt beginnen. Was ist nun das politisch Entscheidende, was mit dem Einbruch des Christentums in die Zeit geschah? Es ist das Ende der heidnischen Götter. Mit ihnen endete auch die politische Geschichte der heidnischen Völker.

Die heidnischen Götter waren der Inbegriff alles dessen, was den völkischen Lebensraum vor Christi Geburt umschloß und erfüllte. Sie waren es allerdings nicht in dem Sinne des christlichen Glaubens an Gott. Der christliche Glaube ist an einer Offenbarung ausgerichtet, er lebt davon, daß er nicht durch Reflexion und Spekulation vermittelt wird, sondern durch Erleuchtung. Die heidnische Religion lebt dagegen nicht von einer Offenbarung, sondern vom Mythos, dessen Inhalt eine durch Reflexion erworbene Wahrheit ist.

Da die Geschichte der Heiden unter dem Schatten ihrer Götter gelebt wurde, blieb die Grenze zwischen Mythologie und Geschichte fließend. Zwischen Traum und Tag verrann die heidnische Geschichte. Das geschah, obwohl der heidnische Lebensraum ein wahrhafter Lebensraum war, d. h. worin sie leben sollten und konnten.

Ein Volk lebt nun nach dem eigentümlichen Gesetz seines Blutes, in ihm ist ihm die Richtung und Tiefe des Lebens gewiesen, die sein Gesetz ist. Es wird immer ein rätselhaftes Geschehen bleiben, wie sich aus der abgründigen Wirrnis des Blutes Richtung, Gesetz und Ordnung eines Volkes immer wieder neu gestalten kann. Denn wenn es irgendwo eine aller Berechenbarkeit und planmäßigen Beherrschung entzogene Gewalt gibt, dann ist es die Gewalt des Blutes. In sein dunkles und gewalttätiges Geheimnis reicht kein Berechnen und keine Rationalisierung.

Der Mensch kann das Geheimnis des Blutes verschütten, indem er es verdirbt. Und die Blutsverderbnis ist ein unheimlich-dämonischer Vorgang im völkischen Leben. Denn sie kommt aus der bösen Unruhe, die dem Menschen mitgegeben ist als Schuld und Schicksal. Sie ist nichts anderes als der Widerspruch und die Auflehnung des Bösen gegen das gottgeschaffene Leben – und doch, wer will unterscheiden zwischen dem Blute, dessen Leben der Wille Gottes ist, und dem, dessen Leben die höllische Sucht ist? Wie will man ferner realpolitisch handeln ohne zu wissen, daß das Geheimnis des Verderbens uns im Blute sitzt? Ein unverdorbenes Volk, d. h. ein Volk, das noch Rasse hat, ahnt diese Dinge und weiß, daß es nicht unverdorben ist. Darum achtet und ehrt es die Sitte.

Auch die Sitte kommt aus dem Blute, aber sie kommt daher, um dessen verderbliche Sucht zu bändigen. Nichts ist daher so schonungslos hart wie die Sitte, und sie ist um so härter und unbeugsamer, je gesunder und lebensnaher das Volk ist. Der Weg vom Schandpfahl für Ehebrecher zum Ehescheidungsbüro ist ein völkischer Abstieg. Blut und Sitte sind aufeinander angewiesen. Ohne die Sitte ist das Blut ein spielendes Ungeheuer, in jedem Augenblick bereit zu verderben und zu zerstören. Wiederum aber ist die Sitte ohne das Blut eine bloße abgestandene Sittlichkeit ohne Kraft und Vollmacht.

Wo die Sitte aufhört, fängt die Sittlichkeit an, die um so viel mehr Wesens von sich macht, je fragwürdiger ihre Inhalte werden. Blut und Sitte ist die lebendige Ordnung, in der ein Volk lebt. Sie werden mit dem Volk geboren, und wiederum wird erst aus ihnen das Volk geboren. Mit ihnen lebt und verdirbt es. Nicht das eine oder das andere entscheidet über den Bestand des Volkes, sondern nur ihre Einheit. Mit Rassenhygiene allein ist einem verderbten Volke ebensowenig geholfen wie mit Moralpredigten.

Aber über diesem Geheimnis des völkischen Lebens wölbt sich noch ein anderes, das an der Gestalt eines Volkes teilhat und seine Sitte und Ordnung bestimmt. Das ist der Raum, in dem es lebt, die Bindung an die Erde und den Himmel der Heimat.

Man kann ein Volk nicht beliebig verpflanzen auf einen anderen Boden. Es wandelt sich, sobald es unter einen anderen Himmel und auf eine fremde Scholle kommt. Es wandelt sich nicht nur seine Sitte, sondern auch sein Blut. Ein Volk ohne Heimat wird unruhig im Blut und in der Sitte. Es muß im Kampf mit dem fremden Himmel und der fremden Erde sein ihm eigenes Gesetz aufs Neue finden. Sobald es dort wirklich Heimat gefunden hat, wird es ein anderes Volk. Denn erst die Einheit von Blut, Sitte und Heimat ergeben das Wesen des Volkes.

Und das ist nun das Wahre an jedem heidnischen Mythos, daß ein Volk durch ein ewiges Gesetz gebunden ist an seinen bestimmten Lebensraum, nämlich eben den Raum, über den es seine Götter herrschend und waltend glaubt.

In diesem Lebensraum galt die Ordnung des Volkes als unverbrüchliches Gesetz seiner Götter. Jenseits seiner Grenze herrschten fremde, feindselige Götter und galt eine fremde, feindselige Ordnung. Sobald sie ihren Raum verließen, verließen sie auch ihre Götter und damit brach wiederum ihre Ordnung zusammen, mithin auch die Möglichkeit eigenen volkhaften Daseins. Die Völkerwanderung bietet dafür erschütternde Beispiele. Das Volkstum als Lebensordnung steht in dem Augenblick in Gefahr, wo das Blut verdirbt oder aber, wo die Heimat zu enge wird. Denn zu dem fremden Blute reden die Götter der Väter nicht mehr und unter dem fremden Himmel waltet auch ein fremder Gott.

Wo aber die Bindung an die Götter aufhört, da hört auch alle Lebensordnung auf, weil die Religion keine Privatsache ist.

UNBEQUEME BRIEFE (77) - ZU EINEM GESCHEITERTEN MONARCHEN

Liebe Thusnelda,

Ich schreibe Dir heute, weil sich der Geburtstag Kaiser Karl V. zum 500. Mal jährt. Gleich vier Museen, die miteinder kooperiert haben, in Gent, Bonn, Wien und Madrid, stellen den Kaiser in den Mittelpunkt großer Ausstellungen, ein gewisser Teil der Exponate reist von einem Ausstellungsort zum nächsten, aber jedes Museum fügt noch besonders attraktive Ausstellungsstücke hinzu, die für einen Transport zu kostbar oder empfindlich wären. An jedem Ausstellungsort wird die große Schau einen anderen Titel tragen. Die Bonner Ausstellung trägt den Titel „Karl V. Macht und Ohnmacht Europas". Bezeichnenderweise wurde er für Bonn gewählt. Ob die Bonner etwa glauben, daß das Modell Europas, das Helmut Kohl mit ausgekocht hat, gelingen wird?

Für Karl V. waren die Voraussetzungen zur Verwirklichung seiner universellen Reichsidee ungewöhnlich gut. Sie scheiterte jedoch an ihm selbst, an seiner Mittelmäßigkeit. Sein Reich war für seine Fähigkeiten zu groß gewesen, als daß er mit den auftretenden Schwierigkeiten fertig werden konnte.

Ein Reich, von dem er selbst zu Lebzeiten sagte, daß die Sonne darin nicht untergehe, verlangt zur Führung einen außergewöhnlichen Herrscher, das mußten schon die Römer, lange vor ihm, feststellen. Darius, der große Perserkönig, hat wahrscheinlich auch mit Verwunderung aus dem Jenseits beobachtet, wie schnell sein Sohn Xerxes das große, von ihm geeinte Reich wieder verloren hat.

Wir Deutschen sind ja nicht so gut auf Karl V. zu sprechen, weil er kein deutscher Kaiser war, wie es sein Großvater Maximilian I. gewesen. Ein echter Habsburger war er jedenfalls trotzdem, mit dem hängenden Unterkiefer und der typischen Unterlippe, die sich durch Generationen so unverkennbar vererbt hat. Von seiner Mutter, Johanna der Wahnsinnigen von Aragon und Kastilien, hatte er wohl seinen schwermütigen und freudlosen Geist. Geboren und erzogen in Gent von seiner Tante, der Erzherzogin Margarete und, ausgesuchten Geistlichen, u. a. von dem Utrechter Priester Hadrian Floriszoon, dem späteren Papst Hadrian VI., erhielt Karl die beste, einem so hochkarätigen Erben angemessene Ausbildung. Es gilt als sicher, daß Karl unter seiner gewöhnlichen Begabung gelitten hat. Vielleicht ist darin der Grund zu suchen, daß er in jungen Jahren arrogant, anmaßend und herrschsüchtig auftrat.

Die Machtfülle flog ihm zu ohne sein Zutun. Als sein Vater Philipp I., der Schöne, starb, war Karl V. sechs Jahre alt und Herr der Niederlande, mit fünfzehn Jahren wurde er für volljährig erklärt, und mit sechzehn fiel ihm, nach dem Tod seines Großvaters, Ferdinand von Aragon, das spanische Erbe zu. Neunzehnjährig wählten ihn die deutschen Kurfürsten in Frankfurt a. M. zum Kaiser und im Jahr darauf wurde er am 20. Oktober in Aachen gekrönt.

Durch Glück, Geld und das Geschick seiner Räte war Karl mit zwanzig Jahren zum einflußreichsten Herrscher der damaligen Welt geworden, ganz dem Motto in seinem Wappen „Plus ultra", über das Äußerste hinaus, entsprechend. Aber Großkanzler Gattinara bestimmte die Politik, die sich an mittelalterlichen Vorstellungen orientierte.

Verglichen mit den Staufferkaisern, die über ihre Zeit hinauswirkten, aber eben auch schon frühzeitig eigene Vorstellungen hatten, ließ sich Karl V. von seinen kirchlichen Ratgebern gängeln. Er hatte die Franzosen bei Pavia siegreich geschlagen und war, 1530, durch Papst Clemens VII. in Bologna zum Kaiser erhoben worden, als er sich von seinem Beichtvater Don Garcia Loaysa die Mahnung anhören mußte, Gottes Gnade möge ihm in Deutschland die Überwindung des Wohllebens und der Zeitverschwendung geben. Aber Karl konnte die Todsünden Trägheit, Ruhmsucht und Wohlleben nicht ablegen. Die daraus resultierende Gicht betrachtete er nicht als Krankheit, die man behandeln konnte, sondern als Strafe Gottes für Völlerei; gegen sie helfen Beichten, Beten, Bußetun, nicht Diät.

So befand sich Karl V. in den Händen seiner Beichtväter, die natürlich den Konflikt mit Luther einseitig schürten. Hätte sich Karl nur ein wenig bemüht, die Hintergründe zu Luthers Handeln zu betrachten, wäre die Geschichte Deutschlands anders verlaufen. Karl V. stand den Mißständen der Kirche durchaus kritisch gegenüber. Auch er hatte mit zunehmendem Alter ein ausgeprägtes Gewissen entwickelt, fast wie Luther. Ich behaupte, wenn Karl V. deutsch gesprochen und sich mit Luther persönlich unterhalten hätte, wäre es nicht zu einer Kirchenspaltung gekommen, so nah lagen die beiden Ansichten beieinander. Die Ratgeber wollten es indessen anders.

Mit zunehmendem Alter wurde sich Karl V. seines Unvermögens mehr und mehr bewußt. Bereits 1531 hatte er seinem jüngeren Bruder, Ferdinand, Österreich abgetreten, Ferdinand war es auch, der am 26. September 1555 den berühmten Augsburger Religionsfrieden schloß. Da hatte Karl V. aber längst resigniert. Er hätte sein Lebensziel verfehlt, sagte er. Er habe immer seine Unfähigkeit erkannt: jetzt aber fühle er sich ganz nutzlos.

Den Augsburger Religionsfrieden hatte er so nicht gewollt, Frankreich konnte er trotz fünf siegreicher Kriege nicht bezwingen, die Türken nicht zurückschlagen. Über das Äußerste hinaus war er nicht gelangt. Im Oktober 1555 trat er seinem einzigen legitimen Sohn Philipp in Brüssel die Niederlande ab und übergab ihm im Januar 1556 auch Spanien und Neapel. Im Kloster San Yuste bei Plasencia in Estremadura zog er sich in die Einsamkeit zurück, lediglich begleitet von wenigen Vertrauten und Bediensteten. Eine einmalige Begebenheit.

Mir nötigt diese Handlung Karls V. Respekt ab. Er mag kein großer Herrscher gewesen sein, aber am Ende war er wenigstens ehrlich zu sich selbst. Ist das nicht ehrenhafter? Daß er als reichster Potentat seiner Zeit einen Staatsbankrott zurückließ, ist ein pikantes Detail.

Verzeih mir meine trockenen Ausführungen, liebe Thusnelda, vielleicht hast Du ja Gelegenheit, Karl meinen Brief vorzulesen und kannst mit ihm darüber debattieren, was er heute aus seiner Erfahrung heraus den Politikern empfehlen würde. Ich warte mit Neugier *Deine Elke*

Falken  beize

WENN DIE HÖLLE ZUM HIMMEL STEIGT

Zu Beginn des letzten Jahrhunderts wurde in der bayerischen Landeshauptstadt der ernsten Muse eine eindrucksvolle Heimstatt errichtet: das Nationaltheater. Um auch der leichten Muse gefällig zu sein, öffnete einige Jahrzehnte später das im Stile der italienischen Renaissance gehaltene Gärtnerplatztheater seine Pforten, benannt nach dem früh verstorbenen Mitgestalter Münchens Friedrich von Gärtner. Seither ist das Haus mit seinen heiteren Opern und Operetten den lebensfrohen Landeskindern und zahlreichen Besuchern aus anderen deutschen Ländern eine Stätte fröhlicher Erbauung geworden.

Seit in jüngster Zeit das Nationaltheater durch erschreckende Platzmieten und seine immer befremdlicher werdenden Ovationen an den Geist der Moderne dem mittelständischen Publikum zu entwachsen begann, wurde das Münchner Gätnerplatztheater mit seinen publikumsfreundlichen Preisen und Inszenierungen auch dem ernster gestimmten Kunstliebhaber zur geistigen Heimat. Welcher Münchner Opernfreund trüge nicht Darbietungen des Gärtnerplatztheaters im Gedächtnis, welche durch Einheit von Ton und Bild die düsteren Seiten des Daseins aufgehellt hatten?

Während des letzten Jahres hatte man es im Gärtnerplatztheater für nötig befunden, die noch aus dem Jahre 1937 stammende Bühnentechnik auf den neuesten Stand zu bringen. Die Vorstellungen fanden anderswo statt, während im Bühnenraum Monate hindurch für 20 Millionen DM gehämmert und gewerkelt wurde. Am Jahresende konnte dem staunenden Publikum dann eine Bühne vor Augen gestellt werden, die es an keiner elektronisch gehandhabten Raffinesse fehlen ließ: Wie von Geisterhand dirigiert, erschienen und verschwanden die Dekorationen, lautlos drehte sich der gesamte Bühnenraum um sich selbst, stellte sich der Boden in Sekundenschnelle in die Schräge oder hob und senkte sich zu unterschiedlichen Teilen. Die Tage knarrender Knochenarbeit auf den Brettern der schönen Illusionen sind nun für immer Erinnerung.

Zum Jahresbeginn wurde mir eine Eintrittskarte in das neueröffnete Gärtnerplatztheater zum Geschenk gemacht, gegeben wurde *„Don Giovanni"*. Es war ein Platz seitlich ganz hoch oben, welcher den Blick nur auf die rechte Bühnenhälfte erlaubte.

Die Bühne wurde schon während der Ouverture sichtbar: Bühnenhohen Quadern entstiegen schemenhafte Gestalten. Das ganze weitere Geschehen hindurch bewegten sich weitere Quader in ständig wechselnder Stellung über den Bühnenboden, ihrerseits immer neue Quader unterschiedlicher Formen und Größen aus sich entlassend. Es war ein den Gesetzen der Schwere spottender Rausch der Quader und Kuben, welcher sich auch über die handelnden Personen ergoß: Leporello trug wie eine schußsichere Weste einen flachen Kasten auf der Brust, andere trugen tiefschwarze Papierkuben oder auch drahtgefertigte Würfel auf ihren Köpfen. Das Aufsprühen weiterer geometrischer Anleihen verhinderte die schon erwähnte Sicht.

Nicht kubistisch gestaltet war des Rouédieners Kopfbedeckung, eine Kreuzung zwischen Baseballmütze und indianischem Federschmuck. Nicht geradlinig verlief das herunterhängende Haarnetz des Hauptdarstellers. Auch den hervorquellenden Brüsten der Damen hatte man keine Gewalt angetan, schon gar nicht den schwarzen der Dame Elvira.

Ebenso aus dem geradlinigen Rahmen fielen die Bewegungen der Handelnden: Sie sprangen, wankten, räkelten sich ohne Innewerden der sie umgebenden strengen Form. Die Damen unterließen keine Gelegenheit, sich schlaff zu Boden fallen zu lassen und den Gegenstand ihrer Wollust mit sich hinab zu reißen. Der Hauptdarsteller kam je länger je höher ins Hüpfen, wobei er sich, weiße Haarsträhnen schüttelnd, seines Haarnetzes entledigte. Während einer tumultartigen Szene, der ich ob meines ungünstigen Blickwinkels nicht ansichtig wurde, ging der adlige Lüstling auch seiner übrigen Kleidungsstücke verlustig und ich sah ihn von rückwärts in die schutzbietenden Kulissen springen. Die Hinterbacken des verfolgten Liebhabers waren nicht kubistisch verformt.

Der geile Unrat, der das Schöne nicht hervorzubringen imstande ist, der Auswurf aus den dunklen Kammern des Menschenwesens, der seit einem halben Jahrhundert über das Schöne kriecht wie ein erstickender Schleim, das Häßliche hat nun auch den Münchner Gärtnerplatz erreicht.

So lehnte ich mich ins Dunkel zurück. Sollten mir doch die Farben und Formen der bemalten Decke, sollte mir das geheimnisvolle Glitzern des großen Kronleuchters die vertrauten Klänge mit Bildern füllen.

Der Frieden mochte sich dennoch nicht einstellen. Was bisher trotz allen Siegen der Häßlichkeit noch ausgespart geblieben war, hatte im Münchner Gärtnerplatztheater seinen Anfang genommen: die Vergewaltigung der Musik. Bisher hatte man sich schon jahrzehntelang nur an den Handlungen und den Bühnenbildern vergriffen. Die bekannten Harmonien hatten einen metallenen Klang, so, als habe die Verhöhnung auf der Bühne sie zur Phalanx gewandelt. Immer wieder stießen grelle Spitzen aus den Klängen hervor, die ich aus früheren

Darbietungen nicht in Erinnerung hatte. Auch wurde mir nicht klar, ob wiederkehrende Diskrepanzen zwischen Sängern und Orchester nur auf Unvermögen beruhten oder auf Vorsatz.

Stampfende oder schlagende Geräusche von der Bühne her versetzten mich wiederholt in Sorge, dort unten könne eine Unregelmäßigkeit vonstatten gegangen sein. Stets aber waren die akustischen Regellosigkeiten Teile der angeordneten Regie. Als die agierenden Personen die Partitur auch noch durch Heulen und Brummen anzureichern sich anschickten, waren mir die Kräfte zum Schönen erschöpft. Es blieb nur noch ein Warten auf das Ende.

Das Ende aber, das Auftreten des erschlagenen Komturs barg eine Überraschung. Der aus der Schwärze des Sarges entstiegene Tote sang mit einer Stimme, deren Kraft aus abgründigen Zonen gespeist schien. Das Orchester spielte wie dirigiert von fremder, eherner Hand.

„Bereue!" Dröhnte es durch den Raum. – „Nein!" „Kehre um!" Flehte es ein letztes Mal. – „Nein!"

Die quälenden Klänge füllten den Raum wie mit dunklen Flammen. Aller Augen blickten blöde und leer, auf den Gesichtern lag fahle Blässe. Es war, als sei den Irdischen mit dem Einbruch des Anderen aller Schutz gewichen, es war, als schlage die Feuersglut nicht nur über dem Missetäter, sondern über allem Lebenden ringsum zusammen.

Tage später erfuhr ich als Hannoveranerin, daß mit dieser schon andernorts, am 7. Oktober des Vorjahres im Prinzregententheater erprobten Neuinszenierung des Don Giovanni das Gärtnerplatztheater am 10. Dezember jenes Jahres seine Wiedereröffnung gefeiert habe. Überschwenglich sei der Jubel gewesen über den vor Spielwitz sprühenden Einfallsreichtum des Jungregisseurs mit dem pittoresken Namen Alexander Paeffgen, über den aparten Formenreichtum des britischen Bühnenbildners Duncan Hayler, über die gläsernen Töne des Dirigenten mit Namen David Stahl. Dieser komme, deutschstämmig, aus den USA, erzählte eine Theaterangestellte aus den diensttuenden Bereichen. Seit der Neueröffnung sei er fest installierter Chefdirigent des Hauses. Auf meine Frage, was denn aus dem früheren Dirigenten geworden sei, zuckte sie die Achseln: „Weiß nicht. Nicht mehr da."

Maria Schmidt

DIE FALSCHEN TOTEN

Am Sonnabend, dem 24. Juni 1922, kurz vor elf Uhr vormittags verübten die Marineleutnante a. D. Erwin Kern und Hermann Fischer in der Berliner Königsallee ein Attentat auf Reichsaußenminister Walther Rathenau. Er war sofort tot. Die Ursachen, Zusammenhänge und den Ablauf der Tat beschreibt Ernst von Salomon in *„Die Geächteten"*.

Nach wochenlanger Flucht kamen Kern und Fischer zur Burg Saaleck. Die ausgesetzte Kopfprämie von insgesamt viereinhalb Millionen Mark verdienten sich zwei Staatsbürgerpflichtbewußte; sie erkannten die Gesuchten auf der Burg und meldeten es der Polizei. Kern fiel durch eine Polizeikugel, Fischer erschoß sich selbst. Das war am 17. Juli 1922.

Wenige Tage später trugen Studenten des Thüringer Technikums Bad Sulza die Särge mit Fischer und Kern auf dem kleinen Friedhof der Gemeinde Saaleck zu Grabe. Später errichtete man einen Grabstein mit den Worten Ernst Moritz Arndts

TU, WAS DU MUSST
SIEG ODER STIRB
UND LASS GOTT
DIE ENTSCHEIDUNG

und pflanzte das Grab flankierend zwei Eichen.

Nach 1945 entfernten Unwürdige die Schrift. Das Grab selbst befand sich die ganze Zeit vor der Wende und danach bis zum 31. Januar 2000 in gepflegtem Zustand. Alljährlich zum 17. Juli lagen Kränze und Blumen am und auf dem Grabstein.

Ab 1997 bereitete die Ortspfarrerin Hoenen den Besuchern des Grabes Schwierigkeiten. Im Sommer 1997 zeigte sie bei der Polizei in Naumburg eine Gruppe junger Frauen und Männer an, die in stillem Gedenken am Grab eine Schweigeminute einlegten. Etliche Zeugen bestätigten, daß die Pfarrerin vor dieser Gruppe auf dem Grab herumtrampelnd minutenlang „Das Grab ist nicht bezahlt!" und „Faschisten" schrie und die Totenruhe und damit das Rechtsgut des Gräberfriedens verletzte.

Die Polizei in Naumburg hat dann die Anzeige auch nicht weiter bearbeitet.

1999 verließ Frau Hoenen die Pfarre im schönen Saaletal, jedoch nicht, ohne zuvor den Gemeindekirchenrat zum Beschluß zu bewegen, die Grabstätte von Fischer und Kern zu schleifen.

Offiziell sollte es heißen, die Grabstelle sei nicht mehr bezahlt. Das trifft auf dem Friedhof von Saaleck auf mehrere Grabstellen zu, allerdings bei keiner anderen gibt es einen vergleichbaren Gemeindekirchenratsbeschluß! Weil nun aber kein Geld für die Entfernung und, wie heute bekannt, beabsichtigte Zerstörung dieses sehr großen Grabsteines vorhanden war, sollte dazu die Bundeswehr, mithin der Steuerzahler, aufkommen. Die Pfarrerin wandte sich also an den für Naumburg und Weißenfels zuständigen Standortpfarrer Steinhäuser, der nun seinerseits bereitwilligst den Kommandeur der Sachsen-Anhalt-Kaserne in Weißenfels, Oberst Köpcke, um Ausführung bat.

Am Montag, dem 31. Januar 2000, rückte zum Entsetzen der Anwohner eine Pioniereinheit der Bundeswehrkaserne Weißenfels mit schwerer Technik an und entfernte den Grabstein. Der Kommandoführer der Einheit erklärte den Zuschauern, daß der Grabstein auf einen Schießplatz verbracht und dort gesprengt werde.

Eine telefonische Anfrage bei Hauptmann Ebensing im zuständigen Verteidigungsbezirkskommando 81 in Halle am 4. Februar ergab, daß dort zu diesem Einsatz keine Informationen vorlagen. Bei einer Nachfrage am 7. Februar erklärte dieser Offizier, die

Bundeswehr habe bei der Kirche Amtshilfe leisten müssen und das sei schon so in Ordnung. Als er daraufhin von seinem Gesprächspartner den Bescheid erhielt, daß die in der Bundesrepublik Deutschland geltende Trennung von Kirche und Staat eine Amtshilfe der Bundeswehr für die Kirche ausschlösse, verwies Hauptmann Ebensing auf die ausführende Truppe und machte den Oberst Köpcke in Weißenfels als Verantwortlichen namhaft.

Zwei in der Sache engagierte Bürger sprachen am Nachmittag des gleichen Tages bei Oberst Köpcke vor. Er versicherte, nicht gewußt zu haben, daß es sich um ein Soldatengrab handelt, versprach, den in der Kaserne Weißenfels lagernden Grabstein nicht zu zerstören und die Kirchengemeinde Saaleck aufzufordern, den Stein auf Kosten wieder abzuholen.

Ebenfalls an diesem Tage erhielt der neue Pfarrer von Saaleck, Herr Imbusch, Besuch von Einwohnern, die bei ihm schriftlich beantragten, die Grabstelle von Fischer und Kern zu pachten. Eine Antwort dazu und zur Frage der Rückholung des Steines aus der Kaserne Weißenfels gab Pfarrer Imbusch bis zur Stunde noch nicht.

Die Bundeswehr aber hat zu prüfen, welche internen Regelungen bei dem Einsatz am 31. Januar mißachtet wurden und sie ist rechtlich verpflichtet, die dabei angefallenen Kosten der Kirchgemeinde in Rechnung zu stellen. *Gerd Fritzsche*

WENN FEIGLINGE MUTIG WERDEN

In den letzten Wochen, Monaten wurde uns Abend für Abend in den elektronischen Medien und Morgen für Morgen in der Tagespresse ein erbärmliches, ja widerliches Schauspiel geboten. Wurstfresser aus allen Landesteilen geben – wahlweise bebend vor Empörung oder erschüttert und nachdenklich – ihr Abrücken vom Oggersheimer bekannt und fordern, besessen vom Mut eines Löwen, den Gescholtenen auf seine Finanziers offenzulegen. Will heißen: gefälligst weiter schön die Schnauze zu halten.

Inzwischen hundertfach plustern sich Bücklinge niederer und höherer Chargen wichtigtuerisch vor jeder dargebotenen Kamera auf und treten immer kräftig nach. Haut den Lukas. Wer will noch mal, wer hat noch nicht! Mit masochistischer Wollust gibt die fleischgewordene Verkörperung des „Boche“ den ehrduseligen Sündenbock. Eine neue anspruchsvolle Rolle noch der vorangegangenen des über Nacht national erleuchteten Wiedervereinigungskanzlers. Hätte er wirklich einen Hauch von Ehrgefühl, so fielen mir zig Gründe ein, für die er zum Revolver hätte greifen müssen.

Nun auf einmal ohne Respekt und frech wie Oskar geifern sie gegen den einst gefeierten „Einheitskanzler“. Allesamt unterwürfige Claqueure, die sich jahrelang auf Parteitagen und Wahlveranstaltungen die Hände blutig klatschten. Peinlich darauf bedacht, die minutenlangen Standing Ovations durchzuhalten und bei den lieben Parteifreunden/feinden ja nicht durch zu frühes Hinsetzen unliebsam aufzufallen.

Das ist genau die widerliche Spezies wie jene DDR-Intelektuellen die immer in den Westen reisen konnten sich dort als angebliche Dissidenten rumreichen ließen und nach dem Mauerfall dem Arbeiter- und Bauernparadies nachjammerten und gleichzeitig den Bürgerrechtler mimten. Daß einige von denen sich später noch mit dem Konterrevolutionär Nr. 1 zusammentaten, wunderte da nicht mehr. Oder diese Bonner und Münchner Brüder-und-Schwestern-Heuchler, die SED-Bonzen zu ihren Duzfreunden zählten, mit diesen prächtige Geschäfte machten und später zu den eifrigsten Einpeitschern einer strafrechtlichen Aufarbeitung des sogenannten „DDR-Unrechts“ gehörten. Zum Fleddern und Zerhacken eines Kadavers, der schon 10 Jahre zu Boden liegt, gehört kein Mut, das ist das Werk der Feiglinge.

Ich selbst hätte nach der Wende durchaus Anlaß gehabt mich an STASI-Bütteln und Richtern zu rächen. Ich wurde als 19jähriger Jüngling wegen „Vorbereitung zum ungesetzlichen Grenzübertritt“, „Faschistischen und revanchistischen Äußerungen in der Öffentlichkeit“, „Mißachtung staatlicher Symbole“ und Nichtanzeige einer Republikflucht zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 10 Monaten verdonnert. Davon habe ich anderthalb Jahre abgesessen und verdanke der Wende 89 meine vorzeitige Freiheit. Trotzdem war die Sache danach für mich erledigt.

Erstens wußte ich vorher, worauf ich mich einließ, denn der Staat hatte nie einen Hehl daraus gemacht, wie er mit Flüchtlingen und Andersdenkenden umspringt, also mußte ich auch bereit sein, die bitteren Konsequenzen zu tragen. Zweitens wurde ich persönlich von der STASI relativ fair behandelt. Willkürlichen Repressionen physischer oder psychischer Art war ich nicht ausgesetzt. Man wollte mich als jungen aber notorisch querulantischen Facharbeiter möglichst gewinnbringend an die BRD verkaufen. Drittens, die Leute waren entmachtet und die verhaßte DDR ging unter. Für mich Höchststrafe genug und nicht zuletzt war ich nach meiner Haftentlassung viel zu sehr damit beschäftigt, mir eine neue Existenz aufzubauen.

Wie ich die gewendeten Jubelperser über ihren gefallen Engel aus der Pfalz herziehen sah, fiel mir ein, woher mir solche Figuren so vertraut waren. Von 1991 bis 1998 war ich ein tatendurstiges, idealistisches aber politisch ziemlich naives Mitglied der REPUBLIKANER (gibt's die eigentlich noch?). Im Jahre 1992 fuhr ich als Delegierter eines Ostberliner Kreisverbandes zu meinem ersten Bundesparteitag ins bayrische Deggendorf. Die ganze zweitägige Veranstaltung stieß mich schon durch das kleinbürgerliche, politisch niveauarme Erscheinungsbild ab. Der Gipfel war aber die als Höhepunkt angekündigte Rede Schönhubers. Der besaß wirklich die Frechheit, seine plumpe Standardrede (Wir armen Patrioten werden dif-

famiert und stigmatisiert . . . bla, bla, bla), mit der er in Bierzelten vollgesoffene Schönwetterpatrioten und Spießbürger bei Laune hält, als großes Grundsatzreferat zu präsentieren. Eine Beleidigung für einen jeden Menschen, der noch alle Sinne beisammen hat. Die rhetorische Zumutung wurde mit der Ankündigung gekrönt, erneut für den Parteivorsitz zu kandidieren. Inmitten des frenetischen Jubels, der nun folgte, war ich als einziger sitzengeblieben und verweigerte jegliche Beteiligung an minutenlangen Klatschexzessen.

Darauf wurde mir von verschiedensten Seiten zugezischt, daß ich eine Schande für die Partei sei, was ich hier wolle und ich solle doch austreten. Ich war wohl zu diesem Zeitpunkt der Einzige, der in dem Saal Haltung und Würde bewies. Irgendwie war ich danach schon ein bißchen stolz auf mich, zu meiner Meinung gestanden zu haben. Nicht so wie andere im Saal brav mitklatschen und abends am Biertisch über Schönhuber herziehen. Ein Jahr später bin ich aus der Partei ausgetreten. Schönhuber wurde einige Jahre später von den eben beschriebenen, opportunistischen Claqueuren mit Schimpf und Schande aus der Partei gejagt. Es war die Zeit, in der er keine Wahlerfolge mehr vorweisen konnte.

Peter Jagodczynski

NOCH 'NE ENTSCHÄDIGUNG

Die schamhaft „Spendenaffäre" genannte Krise der deutschen Nomenklatura treibt nicht nur moderne Hofnarren - soweit sie sich nicht selber dazu zählen und sich deswegen jede Kritik verbieten - wie Kabarettisten und Glossenschreiber zur Verzweiflung, weil jeder Gag, jeder Bericht praktisch schon veraltet ist, wenn man ihn niedergeschrieben hat. Nein, sie hat auch irritierende Auswirkungen und treibt seltsame Bluten. So soll sich hier mit einer solchen Blüte befaßt werden, die im allgemeinen Getümmel fast unterging.

Medien meldeten folgendes: Das regierende Fürstengeschlecht derer von Liechtenstein hatte auch Besitzungen in der früheren Tschechoslowakei, die nach dem 2. Weltkriege von den tschechischen Kommunisten beschlagnahmt wurden. Jetzt soll der Blaublüter eine Entschädigung von Deutschland verlangt haben, weil das Reich doch den Krieg geführt habe, nach welchem es zur Beschlagnahme gekommen sei.

Mit Verlaub gesagt, Hoheit, bei Ihnen rappelt es unter der Mütze! Verzeihen Sie mir die kräftigen Worte, aber ich habe das Gefühl, daß ich sonst nicht verstanden werde. Entschädigung kann man nur von dem Verursacher verlangen. Man kann den Deutschen zwar einiges vorwerfen, aber Ihre Besitztümer haben nun mal die Tschechen beschlagnahmt und nicht die Deutschen. Vielleicht hätten Sie unter gewissen Bedingungen doch noch Chancen Entschädigung zu bekommen, aber Ihnen fehlt eine wesentliche Voraussetzung: Sie gehören keiner Gruppe an, die unter politischem Naturschutz steht. In Ihnen sieht man nur einen Herrn der Schwarzkonten, einen Regierungschef, der auch Geldwäsche zu einer Säule des Staates gemacht hat. Die Chancen auf Entschädigung ist gleich null. Diese Aktion dürfte sowieso als umgelenkter Entlastungsangriff gegen deutsche Ermittlungen, Code-Name „Schwarze Konten", verstanden werden.

Hans Casanova

WENN MAHNMALE URTEILE PRÄJUDIZIEREN

Den Einwohnern von Guben wird gegenwärtig viel zugemutet. Seitdem vor einem Jahr ein junger Algerier, der sich unter einem falschen Namen Asyl erschlichen hatte, nach einer Wirtshausschlägerei bei einem Unglücksfall auf der Flucht ums Leben kam, stehen sie am Pranger der Ausländerfeindlichkeit.

In Cottbus findet ein Prozeß statt, dem 11 junge Angeklagte ausgesetzt sind. Mit einer Sammelklage, die seit längerer Zeit schon vor sich hindümpelt, aber doch zur Verurteilung wegen Mordes führen soll. In einem politischen Klima, das an kommunistische Schauprozesse erinnert. Schon im Vorfeld wurde stigmatisierender Druck auf die Angeklagten, die Rechtsanwälte und die Richter ausgeübt.

Zu dem Druck gehört vor allem ein Denkstein, der für die Toten aufgestellt, alsbald beschädigt, im Februar durch ein Denkmal ersetzt wurde, das von der Polizei bewacht wird.

Um den Todestag rankten sich Podiumsdiskussionen, veranstaltet von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der internationale Jugendverein Guben/Gubin lud Teilnehmer aus anderen Ländern ein. Eine Demonstration fand statt, die von der Polizei mit hohem Einsatz abgesichert wurde. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse gab dem Druck die Weihe eines Staatsaktes, als er am Denkmal einen Blumenstrauß niederlegte.

Ich erinnerte mich an die letzte große Kundgebung der SED zur Jahreswende 1989/90 im Treptower Park gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Antisowjetismus und Nationalismus, mit der die Einheit abgewendet werden sollte. Statt sich dieser düsteren Phantome zu bedienen, sollte sich der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe lieber auf die Politik der DDR gegenüber Ausländern besinnen, die um vieles besser war als die heutige in der BRDDR. Wer in der DDR als Ausländer arbeitete oder ausgebildet wurde, kehrte in seine Heimat zurück, um dort günstigere Lebensbedingungen zu schaffen.

Kommen wir am Ende zum Stein des Anstoßes zurück: zu dem Denkmal, das die Verurteilung vorwegnimmt. Es ist eine monumentale Erpressung. Es macht die Richter zu Lumpen. Richter freilich, die sich zu Lumpen machen lassen. Haben wir noch andere?

Karl S. Horst

PAMPHLET 99

Es ist an der Zeit, sich zwischen folgenden Alternativen zu entscheiden:

Egalitarismus (ergo allgemeine „Menschenrechte") oder endlich wieder Akzeptanz gerechter Ungleichheiten – Individualismus oder Gemeinschaftsgeist – Verbundenheit zur Herkunftsgemeinschaft oder Kosmopolitismus – Völker oder „Melting Pot" – Historische Wahrheit oder Umerziehung – Unverdorbene Hochsprache oder Verhunzung derselben, z. B. durch „Angleutsch" sowie Beliebtheit von Fäkalausdrücken in der heutigen „Gebrauchssprache" – Staat im ursprünglichen Sinne oder fremdhörige Administration – Ausblutung durch willfährige Tributzahlungen nach überall oder das Prinzip do ut des – Vaterlandsliebe oder Chauvinismus bzw. diesbezügliche Gleichgültigkeit – Demokratie oder Aristokratie – Schönheit oder Häßlichkeit – Aufholung bei der Geburtenrate oder Überlassung ... den Türken – Kreatistische Höherentwicklung oder quantitative sowie qualitative Absenkung unseres Erbgutpotentials – Hedonismus (mit Verweichlichung) oder Härte im Dienen bis zum Opfer seiner selbst – Heuchelei, Lüge und Betrug schon im Alltagsleben oder nur in Ausnahmesituationen – Mehrheitsbeschlüsse oder Verantwortlichkeit oder verantwortliche Führung – Beruf oder Job – Manager mit minimalem Risiko oder Unternehmer mit vollem Risiko – Globalisierung der Wirtschaft oder Großraumdenken mit Autarkiekomponente – Wiedergebrauch der Prügel- und Todesstrafe oder Nachsicht und Verschonung für Verderber, Kriminelle sowie Verräter – Weniger Rechte für unerwünschte Einwanderer und deren Abkömmlinge oder Ausbeutung des eigenen Volkes bis zum Erliegen desselben – Totaler Aufnahmestop für fremde Asylanten oder Resignation wie bisher – Degressiver Abbau der öffentlichen Leistungen für Asylanten und Scheinasylanten innerhalb fünf Jahren bis auf Null oder sofortige Zwangsabschiebung unter Verlust aller bisherigen Rechte, wenn Strafverfahren anhängig bzw. auf frischer Tat ertappt – Steuerprivilegien für inländische Familien (ius sanguinis) oder keine Unterschiede bezüglich der Herkunft, selbst für Farbige nicht – Geschichtsunterricht und Kunsterziehung oder Soziologie, Psychologie, Politologie – Kostenloses Studium für alle und jeden oder Wiedereinführung anteiliger Studiengebühren (Stipendien in Ausnahmefällen) – Geld oder Ehre als individueller Höchstwert. *NN*

J'ACCUSE!

Ich klage an. Ich klage an Herrn Dr. Helmut Kohl, Ex-Bundeskanzler der BRD. Ich klage an, daß er sein Volk belogen, betrogen, bestohlen hat. Weiterhin klage ich ihm des Eidbruches an.

Herr Kohl ist angetreten mit dem Versprechen, eine Wende herbeizuführen. Eine Wende hat er allerdings herbeigeführt, indem er während seiner Amtsperiode die Arbeitslosenzahl verdoppelte, die Einwanderungszahlen verdreifachte und die Staatsverschuldung in ungeahnte Höhen trieb. Die Deutschen, welche ihn wählten, um die Wende herbeizuführen, haben unter dieser Wende das Gegenteil verstanden. Sie glaubten die multikulturellen Elendszustände würden beseitigt werden, desgleichen glaubten sie an die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Nachdem die Mitteldeutschen mit dem Schlachtruf „Wir sind das Volk – Wir sind ein Volk" den Anschluß an das andere Deutschland erzwungen hatten, wurden ihnen von Herrn Kohl „blühende Landschaften" versprochen. Stattdessen verdunkelte er einen Teil des Betriebes, der andere Teil wurde plattgewalzt und die Arbeiter und Angestellten in das Heer der Arbeitslosen eingereiht. Der Dank der BRD? oder: Die Strafe dafür, daß sie es wagten, die DDR-Machthaber zum Teufel zu jagen? Fazit: Herr Kohl hat die Mitteldeutschen belogen und betrogen.

Im Zuge des Anschlusses der DDR an die BRD bzw. der Wiedervereinigung zur BRDDR wurde das von den ehemaligen deutschen Vorbesitzern beschlagnahmte DDR-Vermögen in Millionen-Höhe widerrechtlich von Herrn Kohl zurückbehalten, und seinen rechtmäßigen deutschen Vorbesitzern nicht zurückgegeben. Begründet wurde dies mit der Behauptung, der Sowjet-Diktator Gorbatschow habe verlangt, daß das von der Sowjetunion in den Jahren 1945–1949 enteignete Vermögen nicht an die deutschen Vorbesitzer zurückgegeben werden darf. Als Kohls Hilfswillige und Spießgesellen entpuppten sich eine illustre Gesellschaft von Ex-Ministern, die Herren Klaus Kinkel, Theodor Waigel und Volker Rühe, welche sich zu Falschaussagen vor dem Bundesverfassungsgericht verleiten ließen und vor dem damaligen obersten Verfassungsrichter und späteren Bundespräsidenten Herrn Roman Herzog die unwahre Behauptung von Herrn Kohl mit ihren Aussagen unterstützten. Gorbatschow hat dies immer bestritten. Desgleichen widerspricht dem in einer eidesstattlichen Erklärung der damalige DDR-Unterhändler und später geschaßte Bundesverkehrsminister Günter Krause, derzufolge diese Forderung nicht als Vorbedingung für die Realisierung der deutschen Einheit von sowjetischer Seite gestellt wurde. Fazit: Herr Kohl betrügt und bestiehlt mitteldeutsche Volksangehörige und belügt dabei das deutsche Volk.

Kohl betreibt, um seinem Europa-Wahn zu frönen, die Abschaffung des Nationalstaates und somit die Abschaffung des deutschen Volkes durch Förderung und Zementierung der Multikultur, die ein Milliarden teures Unterfangen darstellt (soll dies eine Bereicherung für das sonst so armselige deutsche Dasein sein?). Die Begleitmusik ist die Zerstörung des kulturellen Erbes und damit die Auslöschung des deutschen Volkes.

Originalton Kohl: Uns Deutschen ist nicht zu trauen. Also bitte, meine europäischen Freunde, fesselt uns, bindet uns wirtschaftlich an euch, damit wir uns nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln können (*Spiegel* 14/1997, Seite 14).

Die Tatsache, daß Herr Kohl das deutsche Volk seiner nationalen Interessen beraubt, bereit ist, das eigene Staatsvolk durch ein anderes zu ersetzen, um es am Altar seines Europa-

Ticks zu opfern, nährt den Verdacht des Hochverrates und müßte strafrechtliche Verfolgungen nach sich ziehen.

Fazit: Herr Kohl hat seinen Eid gebrochen, einen Eid, der ihn verpflichtete, zum Wohle des deutschen Volkes zu handeln. Stattdessen frönt er lieber seinem Hobby und amüsiert sich mit den „Schwarzen Konten" seiner Partei.

Wo ist der unabhängige Staatsanwalt, der bereit ist, eine Anklage gegen diese zwielichtige Persönlichkeit vor Gericht zu erheben und wo ist das unabhängige Gericht, das diese, milde ausgedrückt, Verfehlungen untersucht und ein gerechtes, längst fälliges Urteil spricht. *Nicolas Salomon*

APPELL AN ALLE IN LETZTER STUNDE!

Richte den Blick auf Dein Inneres und bewahre die Seele unantastbar.

Sei Dir Deiner Herkunft bewußt und halte die Vorfahren in Ehren.

Bemühe Dich um ein wahrhaftiges, treues und uneigennütziges Leben.

Strebe von der Masse hinweg zur eigenständigen Persönlichkeit.

Achte alles Leben und versündige Dich nicht gegen die Natur.

Gründe eine Familie Deiner Art und ziehe Kinder auf.

Pflege und schütze die Muttersprache.

Begreife Religionen alleine als Brücken zum Höheren – dulde sie ausschließlich als Gottesdienst.

Begehe die Feiertage nach ursprünglichem Brauch der Vorfahren.

Lasse Politik alleine als Streben nach der Verwirklichung volksgemäßen Wollens und der Unabhängigkeit Deines Landes gelten.

Kämpfe stets gewaltfrei – Gewalt verursacht immer neue Gewalt.

Raube nicht anderer Menschen Land und verteidige Deine Heimat friedlich.

Bestehe unter allen Umständen auf Meinungs-, Versammlungs-, Glaubens-, Weltanschauungs-, Kunst- und Forschungsfreiheit für jeden Menschen.

Wisse, daß alle naturwidrigen Lehren am Ende scheitern müssen.

Erkenne, daß die Volkswirtschaft eine bloß versorgende und der Politik gegenüber dienende Funktion haben darf.

Hilf das allgemeine Recht auf Arbeit und die Pflicht dazu zu erkämpfen.

Fordere das Miteigentum aller Staatsbürger am Landesboden und allen übrigen Produktionsmitteln.

Verlange, daß dem Finanzkapital Fesseln angelegt werden, damit die drohende Weltdiktatur des Geldadels verhindert wird.

Verteidige das freie Bauerntum als Lebensquell Deines Heimatlandes.

Verlange eine Außenpolitik, welche Souveränität und die volle Gleichberechtigung Deines Landes unter den Völkern verwirklicht.

Verneige Dich vor allen Verteidigern des Vaterlandes in der Geschichte, die guten Glaubens waren. Werden sie mit Recht beschuldigt, so schweige.

Sieh, daß nur aus dem Heimatboden unverwechselbare Geisteskultur erwächst.

Liebe Dein Heimatland trotz aller geschichtlichen Katastrophen über alles.

Erwarte nicht fremde Hilfe – in Dir und Deinem Volk allein liegt die entscheidende Kraft zu Befreiung und Aufstieg aus tiefster Not. *Adolf-Peter Weber*

SCHLICHT PREUSSISCH

Lieber Herr Sander:

Aus Ihren *Staatsbriefen* 12/99 hat es mir diesmal nicht Ihr Leitartikel über die USA angetan, sondern Ihr letzter Artikel unter der Überschrift „Pasticcio". Gut. Sehr gut.

Sie vollbringen da etwas, was Wenige fertig kriegen. Der Sprung vom Persönlichen zum Allgemeinen. Sie überzeugen da, daß es weder die Melancholie, noch die Resignation, noch der innere Zusammenbruch sind, welche Sie verpflichten, weiterhin die *Staatsbriefe* zu veröffentlichen, sondern „dennoch die Schwerter halten" oder schlicht preußisch gesagt: Die Pflicht am und zum Volk. Und dafür sei Ihnen gedankt. Und auch die Erhöhung des Abonnementspreises akzeptiert. Mit Beschämung akzeptiert, denn das moderne Gelddenken ist so verabscheuungswürdig wie zumeist falsch. Man denkt immer an die Minderung der eigenen Einnahmen statt an die der Ihrigen.

Wie so oft habe ich Sie in meinen Briefen aufgefordert: „Halten Sie durch." Und damit meine ich auch mich. Mein geistiges Gefühl für unsere moralische Widerstandskraft, für unser geistiges Geschichtsbewußtsein, für unsere Verantwortung als Deutsche ist so groß, daß ich Sie auch diesmal wieder bitte: „Halten Sie durch." Der Getreuen sind wenige, aber die Treue eines Mutigen erhöht nicht nur die soeben erwähnte moralische Widerstandskraft, sondern sie stärkt vor allem unser geistiges Gefühl zum Ganzen.

Ich weiß, als Deutscher im Ausland, was das bedeutet. Vielleicht mehr als ein Deutscher im sogenannten Inland, wo der Mensch mit seiner Erde, seinem engeren Wohnort, dem Himmel über dem Horizont und der um ihn einher lebenden Kreatur einen täglichen Leib zum Ganzen bilden.

Wir Deutsche im Ausland suchen das alles in Büchern unserer Geschichte, in den Memoiren unserer Großen, in den Gedanken unserer Philosophen und Künstler, unserer Musiker und Staatsmänner. Wir leben im ständigen Abwehrkampf gegen die Überfremdung, indem wir uns mit Eigenem ernähren, uns durch unsere Sprache wachhalten und vervollkommnen, ja unser kritisches Bewußtsein an den Fehlleistungen des eigenen Volkes bis zur Unnachgiebigkeit steigern, aber immer und immer wieder den Glauben in uns wach halten, daß der Morgen die Klärung und die Überwindung unserer Not und unserer Armut bringen wird.

Es ist deshalb, daß ich die *Staatsbriefe* in ihrer inneren geistigen Sauberkeit und Furchtlosigkeit halte. Und das soll so bleiben ... Dadurch, daß wir abseits leben vom eigenen Volk, sind wir nicht getrennt, sondern wachsen mit jeder inneren Überwindung zusammen. Vielleicht weniger im Alltäglichen, aber desto mehr im Ganzen des Geistes. Denn den hat uns Gott – uns Deutschen – ganz besonders anvertraut.

Herzlich Ihr *Heinz Boese*

DEPESCHEN AUS LUCERA (43)

28. Dezember 1999

Da wagt es dieser als Bundeskanzler fungierende Gerhard Schröder heute, sich mit ausdruckslosem Chamäleon-Gesicht in den abendlichen Fernsehnachrichten mit der hanebüchenen Auslassung vernehmen zu lassen, eine Änderung des Parteiengesetzes sei nicht erforderlich, obwohl *DER SPIEGEL* am 27. Dezember feststellte, daß nur die Abwahl des größten Bundeskanzlers aller Zeiten und 37fachen Ehrendoktors Helmut Kohl jetzt und heute eine Staatskrise verhindert hat. Was mir dazu die Erinnerung sagt, als Auflistung:

- *STERN* 47/96 v. 14. 11. 1996: „Affäre Freie Fahrt fürs Flippern" Die Abgeordneten, die in Las Vegas waren, sind sich keiner Schuld bewußt – und an der Praxis solcher Lobby-Reisen wird sich nichts ändern.
- *DER SUMPF* (Verf. Jürgen Roth) Korruption in Deutschland. Schmieren, Schweigen & Kassieren. Kein Tag vergeht, ohne daß in Deutschland wieder ein kleinerer oder größerer Korruptionsskandal aufgedeckt wird.
- *BÜROKRATEN IN DEN CHEFETAGEN* (Verf. E. K. und Ute Scheuch) Deutsche Karrieren: Spitzenmanager und Politiker heute.
- *ZUR HÖLLE MIT DEN POLITIKERN* (Verf. Walter Gloede) Warum der Wähler das Vertrauen verliert/Fast täglich hört der Wähler – nicht nur in Deutschland – von neuen Skandalen, Lügen, Halbwahrheiten und dunklen Machenschaften der Politiker.
- *MACHT MACHT ERFINDERISCH* (Verf. H. H. von Arnim) Der Diätenfall: ein politisches Lehrstück.
- *DIE PARTEI, DER ABGEORDNETE UND DAS GELD* (Verf. H. H. von Arnim) Parteienfinanzierung in Deutschland/In einem parteiübergreifenden Kartell bedient sich die politische Klasse aus der Staatskasse.
- *DEMOKRATIE OHNE VOLK* (Verf. H. H. von Arnim) Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmißbrauch und Politikverdrossenheit. Parteienklüngel, Vetternwirtschaft und Selbstbedienung aus der Staatskasse – das Ansehen von Parteien und Politikern ist auf dem Tiefpunkt, ein Skandal jagt den nächsten.
- *„DER STAAT SIND WIR!"* (Verf. H. H. von Arnim) Politische Klasse ohne Kontrolle? Das neue Diätengesetz. Ein Diätenskandal kündigt sich an und gleichzeitig ein Anschlag auf elementare Grundsätze der Demokratie.

Um ihr Ziel zu erreichen, scheuen die Abgeordneten – erstmals – selbst vor einer Grundgesetzänderung zum eigenen Wohl nicht zurück. Gerhard Schröder sagte „Regieren macht Spaß!" Deshalb sieht der auch keinen Handlungsbedarf für eine Änderung des Parteiengesetzes!

7. Februar 2000

Da es sich im Fall des fettesten Oggersheimers aller Zeiten um das historisch singuläre BRDDR-Spitzenerzeugnis des hohen „C"-Systems handelt, könnte man den wundersamen Geldzufluß über neutralen Auslandsboden vergleichen mit dem bekannten alttestamentlichen Wunder, welches Manna vom Himmel regnen ließ. Die Geldvermehrung auf gleicher Ebene würde einem modernen Wunder gleichkommen, das der neutestamentlichen Vermehrung von Brot und Fischen für hungrige Jünger-Gefolgschaft gleich käme. Punktgenau kommt *TIME INTERNATIONAL* heute mit ausführlichem Bericht (Charles P. Wallace/Berlin) zur Sache mit der Überschrift: „Greasing the Wheels Allegations of high-level international influence peddling have shattered Germany's complaceney ... the Kohl scandal is showing that the CDU's ground is still prose to aftershocks."

22. Februar 2000

Man wird nachdenklich, wenn von Cash Dealer Union und Club Der Unwissenden geredet wird, obwohl der Vorsitzende der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, unlängst bebend nach Wildbad Kreuth geeilt ist, nachdem dort nicht einmal die Frage debattiert wurde, gegen welches Gebot des Dekalogs ggf. von seiten der hohen „C"-Parteien verstoßen wurde.

Ich möchte diesen Diskurs Theologen überlassen, die sonst auch immer vollmundig staatspolitisch das Wort ergreifen, ganz besonders von der Kanzel runter zu Kohl-Zeiten, wenn es denen darum zu tun war, daß christlich gewählt wurde ...

Scherz-, Witz- und Lachbolde bemerken schon, daß hohe „C"-polit-Klerisei zwar davon gehört hat, daß der Glaube Berge versetzt, sich dann aber doch sicherheitshalber auf einen Tresor im Abendland Schweiz – zumindest zeitweise – verlassen hat, und anstatt den Versuch zu unternehmen, trockenen Fußes über Wellen zu wandeln, zog man es vor, auf Stiftungen in Liechtenstein zu vertrauen.

Zum Wallfahrtsort könnte der Deidesheimer Hof bestimmt werden, wo es reliquienmäßig „Saumagen" zu bewundern gäbe. Dieser Gedanke wurde in Bayern ventiliert, nachdem Karl Lehmann in Wildbad Kreuth erschienen ist und weil im Hofbräuhaus der Engel Aloysius vor der Maß Bier hockt, mit der Botschaft göttlicher Weisheit im Sack, die er – wie Adolf Gondrell berichtete – der bayerischen Regierung (bis heute) nicht überbracht hat – und das merkt man landauf-landab dank dem heiligen Bimbes! „... luja sog i! Kreizsackelzement Halleluja!"

10. Februar 2000

Allen Kritikern der *Staatsbriefe* kann im Sinne ironisch gemeinter „Globalisierung" mit den Worten eines erfolgreichen Absolventen der US Army bei der Ausbildung der Special Forces/„Green Berets" in Fort Bragg schlicht und einfach geantwortet werden: „I am not here to win a popularity contest!" In der klassischen deutschen Literatur finde sich analog das Wort Friedrich Schillers (*„Briefe zur Ästhetischen Erziehung"*):

„Lebe mit deinem Jahrhundert,
aber sei nicht sein Geschöpf,
leiste deinen Zeitgenossen,
aber was sie bedürfen, nicht was sie loben."

Siegfried Ostertag

PASTICCIO

DER FALL RABEHL; ZWISCHENBILANZ

Der 5. und 6. Dezember 1998 waren ein denkwürdiges Wochenende im Haus der Münchner Danuben. Auf einer Tagung der Bogenhausener Gespräche machten sich drei Berliner Linksintellektuelle, wovon damals nur wenige wußten, öffentlich Gedanken über das Schicksal des deutschen Volkes: Horst Mahler, Anwalt und Ex-Terrorist der RAF, Bernd Rabehl, 68er und Hochschullehrer am Otto-Suhr-Institut der FU, und der emeritierte Philosoph Peter Furth.

Es gab im Publikum mit der Ausnahme von skeptischen Realisten und Beobachtern in drohendem Outfit wohl kaum jemanden, der nicht den Eindruck hatte, dies sei der lange ersehnte Auftakt zum Schulterschluß quer durch alle Fronten unseres Volkes. Allein, der erhoffte Durchbruch und Aufschwung kam nicht. Nachdem gerade der neue Bundeskanzler Schröder endgültig zur Raison gebracht war, duldete man natürlich kein Aufmucken von unten.

Die Medien schäumten gegen Mahler so wild auf, daß die gleichzeitig einsetzende Kampagne gegen Rabehl nur wenig beachtet wurde. Plötzlich verschwand der Ex-Terrorist aus den Schlagzeilen. Obwohl sich seine Aktivitäten steigerten, hielt man eine massive Gegenwehr nicht mehr für erforderlich. Mahler hatte sich wider alle Warnungen in die rechte Richtung abtreiben lassen: zu einem Trip de force von Endstation zu Endstation, wo der Beifall ihm bestätigte, etwas zu bewegen, ohne zu merken, daß man sich hier seit Jahrzehnten immer nur um sich selber drehte.

Dagegen ist Rabehl alsbald für gefährlicher eingeschätzt worden. Seine ruhige, bedächtige Art, seine Abneigung gegen Provokationen und unerschütterliche Resistenz, sich nicht provozieren zu lassen, die Beschränkung auf seinen Fachbereich, über den er unspektakulär, aber um so tiefer wirken konnte, führten zu immer härteren Gegenmaßnahmen.

Drei Semester hindurch ist immer wieder aus der Kollegen- und Studentenschaft gefordert worden, Bernd Rabehl aus dem Hochschuldienst zu entlassen. In seinen Lehrveranstaltungen kam es von Zeit zu Zeit zu Tumulten, an denen Jugendliche beteiligt waren, die allem andren als einem Studium oblagen. Man schreckte nicht davor zurück, Tribunale über Rabehl in Universitätsräumen abzuhalten. Man raubte aus dem Otto-Suhr-Institut die Büsten von Ossip Flechtheim und Richard Löwenthal, um sie zurückzuerstatten, wenn Rabehls Lehrtätigkeit beendet sei. Und die Verwaltung der FU unternahm nichts, gegen diese einer Alma Mater hohnsprechenden Spektakel.

Das corpus delicti bestand allein in der Bogenhausener Rede, die in der *Jungen Freiheit* und in *Wir selbst* veröffentlicht worden war. Und es ging dabei im Grunde auch immer nur um einen Punkt: um die Kritik an den Immigrationsschüben, durch die Bürgerkriegspotentiale in Deutschland eingeschleust werden würden und die Identität unserer Volkes Schaden erlitte. Das wurde zu Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus, Anti-Amerikanismus, Antisemitismus und Kriegshetze hochstilisiert.

Der Umstellte versuchte, die Kampagne abzubremsen, indem er gegen den Vorwurf der Kriegshetze wegen Verleumdung vorging. Es nützte nichts. Das Berliner Landgericht beschied ihm, das sei doch eine zulässige Meinungsäußerung gewesen. Der Rechtfertigungsversuch wurde nicht nur höhnisch abgeschmettert. Die politische Justiz brummte ihm noch einen Batzen von 3000 Mark Gerichts- und Anwaltskosten auf, die ein Familienvater, der kein Ordinarius ist, nur mühsam entrichten kann. Das Urteil wurde am 15. 6. 1999 verkündet.

Schon im Januar 1999 hatte die Kampagne auf einen Nebenschauplatz übergegriffen, auf die Hans-Böckler-Stiftung, zu deren Vertrauensdozenten Rabehl gehörte. Am 23. 1. beantragte der Ortsjugendausschuß der IG Metall Berlin, die Stiftung zur sofortigen Beendigung ihrer Zusammenarbeit mit Rabehl aufzufordern. Die „LK Uni Hamburg" faßte nach, desgleichen in Nr. 2/99 die Redaktion *express*. Als die Stiftung beschied, die inkriminierten Äußerungen seien ein Fall der Meinungsfreiheit, organisierte *express* im April 1999 eine Schwemme offener Briefe. Als bis Ende des Jahres noch immer nichts erfolgte, griff Andrej D. Markovits, ein „Deutschland-Experte aus Übersee", von Ann Arbor/Michigan aus ein. Er veröffentlichte in 1/2000 *express* und am 29. Januar im *Tagesspiegel* einen Offenen Brief in zwei Varianten mit der Bombe der „normativen Verknüpfung zwischen Anti-Amerikanismus und Antisemitismus" in Deutschland. Es dauerte dann nicht einmal drei Wochen. Am 17. Februar entband die Stiftung „mit sofortiger Wirkung" Rabehl von seinem Mandat.

Der Fall Rabehl ist das bisher krasseste Beispiel für die rasante totalitäre Entartung der Bundesrepublik. Es braucht heute nur einer die Einwanderungspolitik anzugreifen und er wird trotz guter Gründe zum Ausländerfeind, Kriegshetzer, Rassisten, Rechtsextremisten, Anti-Amerikaner und Antisemiten abgestempelt. Am Ende ist er ein Neonazi. „Braunes Schaf" nannte ihn unverfroren der *Tagesspiegel* am 19. 2. in seinem Abschlußbericht über die Kündigung durch die Hans-Böckler-Stiftung.

Wir sind gespannt, wie es auf dem Hauptschauplatz weitergeht. Rabehl hat für das Sommersemester 2000 angekündigt, die demographische Entwicklung in Deutschland nach 1945 zu erörtern. Wird die Freie Universität soweit gehen, die Methoden aus dem versunkenen Ostberlin zu übernehmen, gegen die sie mit aufwendigem Pathos gegründet wurde?

Oder wird der Einbruch Rabehls in *Kalaschnikow* eine überraschende Entwicklung befördern? In ihrem Heft 2/2000 veröffentlichte dieses linke Politmagazin seine Selbstdarstellung „Grenzgänger", die, eingebettet von Sottisen aus dem Bauch, mit besonnener, durch nichts zu erschütternder Klarheit die fanatischen Enkadrierungen abfallen läßt wie mürbe Blätter. *H.-D. S.*



CASTEL DEL MONTE

Postfach 14 06 28, 80456 München

Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, Postvertriebsstück